Nr. 15. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Volksschule im preußischen Etat.

Von den fünfzehn Prozent preußischer Staatsbürger, deren Stimme durch das elende Dreiklassenwahlsystem im preußischen Landtag zur Geltung kommt, wird kaum ein einziger die preußische Volksschule besucht haben. Daher ist es begreiflich, wenn das Junkerparlament für die Not der Volksschule wie für die Not des Volkes überhaupt nicht das geringste Verständnis hat. Woran es der Volksschule fehlt, woran sie je länger je mehr dahinsiecht, in welcher Weise sie innerlich und äußerlich zu heben wäre, alle solche Fragen versteht ein Auserkorener des Dreiklassenwahlunrechts gar nicht, geschweige, daß er sie zu lösen wüßte.

Am unverblümtesten tritt die Verständnislosigkeit der preußischen Reaktion in Regierung und Parlament gegenüber den Bedürfnissen der Volksschule in den Zahlen des Kultusetats zutage. Zwar nehmen von sämtlichen Positionen des Etats die Forderungen des Elementarschulwesens die größten Summen in Anspruch. Aber man darf dabei nicht vergessen, daß von sämtlichen schulpflichtigen Kindern ungefähr fünfundneunzig Prozent die Volksschule besuchen, so daß, absolut genommen, die Summen für das Volksschulwesen auch unbedingt und weitaus an erster Stelle stehen müssen. Man darf sich auch dadurch nicht irreführen lassen, daß der Kultusetat im ganzen und der Volksschuletat im besonderen von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Das bringt die Zunahme der Bevölkerung schlechterdings mit sich. Und in demselben Verhältnis sind auch die übrigen Positionen gestiegen. Charakteristisch ist bei alledem, daß der Etat für das Volksschulwesen im engeren Sinne von 30 Millionen im Jahre 1888 auf 68,6 Millionen im Jahre 1898, also um **129** Proz. gestiegen ist; im nächsten Jahrzehnt, der eigentlichen Aera Studt, ist dagegen nur ein Anwachsen des Etats von 68,6 Millionen im Jahre 1898 auf 102,8 Millionen im Jahre 1908, also um **50** Proz., zu verzeichnen.

Sehr unerfreulich ist auch die Situation in der Volksschule in Preußen, wenn man sie mit der der höheren Lehranstalten vergleicht. Für etwa 19 000 Studenten verausgabt der Staat 14 312 126 M., d. h. für den einzelnen Studenten pro Jahr ungefähr **750** M.; für etwa 170 000 Schüler höherer Lehranstalten wendet der Staat 14 963 389 M., also für jeden einzelnen Schüler jährlich ungefähr **90** M. auf; für über 6 Millionen Volksschüler gibt der Staat aber nur 102 786 776 M., also pro Kopf und Jahr ungefähr **17** M. aus. Diese drei Zahlen stellen den brutalen Klassencharakter des heutigen öffentlichen Bildungswesens erbarmungslos an den Pranger. Für die zukünftigen Stützen des Staates, für werdende Regierungsräte, Staatsanwälte und Pfaffen ist dem heutigen Staate kein Opfer zu hoch; auch für die Söhne der Wohlhabenden, die sich zum wenigstens das Einjährigfreiwilligenprivileg und damit die Aussicht auf dereinstiges Reserveoffiziersgigerltum erwerben wollen, greift der kapitalistische Klassenstaat tief in den Beutel. Nur wenn es sich um die Volksschule handelt, die von den zukünftigen rechtlosen Lohnsklaven der Handarbeit besucht wird, dann dreht der Staat jeden Pfennig zehnmal herum ehe er ihn ausgibt.

Wenn der Volksschuletat in diesem Jahre einen etwas stärkeren Sprung nach vorwärts aufweist, so ist dies nicht etwa auf den neuen Kultusminister Holle zurückzuführen, der im Gegenteil durchaus Geist vom Geiste und Fleisch vom Fleische Studts ist, sondern allein auf die Tatsache, daß am 1. April dieses Jahres das berüchtigte Volksschulunterhaltungsgesetz vom 28. Juli 1906 in Kraft tritt, wodurch verschiedene Mehrausgaben notwendig werden. Aber diese Ausgaben kommen nicht in erster Linie der Volksschule zugute, auch nicht ihren Lehrern, sondern in der Hauptsache den leistungsunfähigen kleinen Gemeinden und Schulverbänden mit nicht mehr als sieben Schulstellen, mit anderen Worten den notleidenden — Gutsherren, den Agrariern! Und auch bei den Ausgaben, die durch das neue Schulgesetz notwendig werden, hat die Regierung zu sparen versucht, so sehr sie nur konnte. Während bei der Beratung des Gesetzes ein jährlicher Mehraufwand von mindestens 20—22 Millionen Mark für erforderlich gehalten wurde, begnügt sich der Etat für 1908 mit nicht ganz 12 Millionen Mark. Und selbst wenn diese Summe nur für die letzten drei Viertel des Jahres berechnet sein sollte, so würde sie für das ganze Jahr berechnet immer erst gegen 15 Millionen Mark ergeben. Daraus geht nebenbei auch noch hervor, daß es der Regierung und den Kompromißparteien seinerzeit viel weniger um die Schaffung leistungsfähigerer Grundlagen für die Schulunterhaltung als vielmehr um die damit verquickte Verpfaffung der Volksschule zu tun war.

Der Kultusetat teilt mit, daß in diesem Jahre eine Reihe neuer Seminare errichtet werden sollen; im ganzen sind es zwölf Seminare und eine Präparandenanstalt. Nach dem alten preußischen Grundsatz, daß die Seminaristen, die zukünftigen Volkserzieher, am besten möglichst fern vom flutenden Leben der Zeit erzogen werden, damit ihre einseitig-muckerische Dressur nicht durch die Verführungen der Großstadt gefährdet wird, sind für die neuen Seminare fast ausschließlich kleine abgelegene und zum Teil recht öde Provinzorte in Aussicht genommen wie Jüterbog, Züllichau, Krotoschin, Kettwig, Wollstein, Tarnowitz, Coesfeld, Ratingen und Merzig. Dem chronischen Lehrermangel will man auch in diesem Jahre durch eine große Zahl außerordentlicher Seminarnebenkurse abzuhelfen suchen. Das wird aber auch in diesem Jahre wiederum verlorene Liebesmüh sein, da nicht Mangel an Seminaren, sondern die erbärmlichen Besoldungsverhältnisse und die jammervolle Unfreiheit des preußischen Volksschullehrerstandes die eigentlichen Ursachen der Lehrernot sind.

Wie schon aus der Etatsberatung im preußischen Abgeordnetenhause zu ersehen war, denkt auch der neue Herr im Kultusministerium nicht daran, den Wünschen der Lehrer und aller freigesinnten Menschen nach grundsätzlicher Einführung der Fachschulaufsicht Rechnung zu tragen. Die Ortsschulaufsicht ist ja durch das neue Schulunterhaltungsgesetz erst neu geregelt und den Geistlichen mehr als zuvor ausgeliefert worden. Aber auch die Kreisschulinspektionen im Hauptamte werden im neuen Etat nur der Not gehorchend nicht dem eigenen Triebe um einige vermehrt. Und dann ist leider noch in vielen Fällen auch der hauptamtliche Kreisschulinspektor ein ehemaliger Geistlicher, oder er ist doch hinlänglich verpfafft, so daß er den eigentlichen Pfaffen kaum viel nachsteht.

Eine Erhöhung im Kultusetat haben die unwürdigen Positionen erfahren, durch die gewissen Volksschullehrern für gewisse Dienste Trinkgelder in die Hand gesteckt werden können. Die Summe für widerrufliche Zulagen an Lehrer „in Posen und den gemischtsprachlichen Kreisen Westpreußens zur besonderen Förderung des deutschen Volksschulwesens" ist um 35 000 M. und damit auf fast 2 Millionen erhöht worden, die „Remunerationen behufs besonderer Förderung des deutschen Schulwesens in den polnischen Bezirken" haben eine Steigerung von 550 000 M. auf 700 000 M. erfahren. Diese Summen, besonders die letztere, sind besonders geeignet, den Keim der Korruption und der Zwietracht in die Kreise der Lehrer zu tragen. Da es sich um widerrufliche Zulagen für Leistungen handelt, die mit dem Wesen der Schule fast nichts, mit Hurrapatriotismus, Chauvinismus, falscher Deutschtümelei und ähnlichen zweifelhaften Tendenzen aber umsomehr zu tun haben, so werden die Lehrer geradezu dazu gedrängt, sich gegenseitig durch „gute Gesinnung", durch Kriecherei und Streberei den Rang abzulaufen. Es ist bedauerlich — und nur aus der armseligen Besoldung der Lehrer begreiflich —, daß sie nicht schon längst auf das unwürdige Ostmarken-Trinkgeld mit Stolz und Würde verzichtet haben, statt um Erhöhung dieses Geldes zu betteln.

Die „Pädagogische Zeitung" schließt einen Artikel über den Kultusetat mit der schüchternen Hoffnung, daß Herr Holle in finanzieller Beziehung nicht bei seinem Vorgänger sondern bei dessen Vorgänger Bosse anknüpfen möge. Ganz abgesehen davon, daß auch Bosse nichts weniger als ein tatkräftiger Förderer der Volksschule war, daß er sich höchstens im Grad, nicht in der Art von Studt unterschied, so zeigt diese Hoffnung auf den neuen Mann wieder die alte Vertrauensduselei der liberalen Lehrer, die am Abend schon wieder vergessen haben, wenn sie morgens geprügelt worden sind. Auch Studt haben die Lehrer jahrelang „Vertrauen" entgegengebracht. Werden die preußischen Lehrer nicht bald erkennen, daß das System geändert werden muß, daß insbesondere an die Stelle des heutigen Privilegienparlaments in Preußen eine wirkliche Volksvertretung treten muß? Auch für die preußische Volksschule hängt alles ab vom Ausgange des gegenwärtigen Kampfes um das Wahlrecht. —

Die preußische Wahlrechtsbewegung und die Londoner Presse.

London, 15. Januar.

Die einzige Zeitung, die die Tragweite der letzten Berliner Demonstration sofort erfaßte, war die „Times", die durch ihren Berliner Korrespondenten sowie durch eine tüchtige Redaktion ausgezeichnet über preußisch-deutsche Verhältnisse unterrichtet ist. Die anderen Blätter Londons begnügten sich entweder mit einem Reuterberichte oder mit kurzen Depeschen ihrer eigenen Vertreter. Von diesen war die Korrespondenz des „Standard" recht gut. Erst nach und nach werden die englischen Redaktionen durch die Lektüre deutscher Zeitungen auf die Vorgänge in Berlin aufmerksam gemacht.

Die „Times" behandelte schon am 13. d. M. die Berliner Demonstration in einem Leitartikel, in dem gesagt wurde: „Der Ablehnung des Wahlrechtsantrages im preußischen Landtage folgte gestern eine große Demonstration in Berlin. In einem modernen Staate, wo die Selbstregierung eine Realität ist, würde eine solche Demonstration von allen Staatsmännern als ein Ereignis von tiefster Bedeutung betrachtet werden. . . . Sie zeigte, was schon allgemein bekannt ist, daß die Gegensätze zwischen den Volksmassen und den kleinen regierenden Kreisen Preußens tief sind. Aber sie gab diesen Gegensätzen ein scharfes Relief, und sie muß bei allen denkenden Menschen ernste Zweifel an der Dauer der Stabilität einer Gesellschaft erwecken, in der solche Gegensätze vorhanden sind und wo alle Versuche, sie durch konstitutionelle Mittel auszugleichen, auf eine hartnäckige Ablehnung stoßen. Das zum Bewußtsein aller zu bringen war offenbar der Zweck der Organisatoren der Demonstration, und diesen Zweck haben sie zweifelsohne erreicht. Denn zu Gewalttaten haben sie ihre Anhänger nicht veranlaßt. Die Sozialdemokraten haben hinter sich eine große Macht — und trotz der letzten Reichstagswahlen — eine wachsende Macht. Sie sind nicht gesonnen, „den preußischen Exzellenzen, von denen Fürst Hohenlohe in seinen „Memoiren" spricht, in die Hände zu spielen. . . . Es sind zwar einige Schüsse abgegeben worden, aber es liegt kein Beweis vor, daß der Verbrecher zu den Demonstranten gehörte. . . . Im großen ganzen aber beschränkten sich die Massen auf eine moralische Demonstration. . . . Der Sieg des Fürsten Bülow im Landtag dürfte sich kaum als eine Quelle der Kraft für ihn erweisen. Erstens hat ein Teil des Blocks gegen ihn gestimmt. . . . Zweitens ist Preußen nicht mehr das agrarische und ultra-konservative Land früherer Zeiten; wirtschaftliche Entwickelung und Erziehung haben dort große Massen von Arbeitern geschaffen, die sich lebhaft für politische Fragen interessieren, und je gefährlicher sie dem gegenwärtigen politischen System werden, desto mehr werden ihre Stimmen unterdrückt.

. . . Daraus folgt, daß je länger dieser Zustand aufrechterhalten wird, der nur darauf berechnet ist, dem Konservativismus und den illiberalen Teilen der Bevölkerung eine fiktive Stärke zu geben, desto gefährlicher die Stimmung der Unzufriedenen werden dürfte. Fürst Bülow, dem man liberale Ideen zuschrieb, hat eine große Gelegenheit verpaßt, indem er es verfehlte, durch eine prompte Reform Begeisterung hervorzurufen und wirkliche staatsmännische Begabung zu zeigen. Seine Allianz mit den Freisinnigen im Reichstag würde ihm die Gelegenheit gegeben haben, die er verpaßte, und der „Vorwärts" hat recht, als er ausrief: „Das Phantom der liberalen Aera ist nunmehr verschwunden!"

Die deutschfreundliche „Daily News" bringt erst heute einen Leitartikel über die Sonntagsdemonstration. Sie stellt sich ausdrücklich auf den Standpunkt Dr. Barths, „des einzigen bürgerlichen Progressisten, der in englischen und französischen Augen den Namen eines Liberalen verdient". Dann sagt sie: „Die Zitadelle der Klassenvorrechte ist besetzt von Konservativen und ihr Kommandant ist Fürst Bülow. Die einzige Armee, die die Zitadelle mit Ernst belagert, ist die sozialistische. Aber es ist das Banner des Fürsten, um das sich die Freisinnigen scharen, und es sind die Konservativen, bei denen sie Bundesgenossen suchen, — und zwar gegen die Sozialdemokraten. In ihren Versammlungen, in ihrer Presse, und sogar im Landtage legen die Freisinnigen ihr demokratisches Bekenntnis ab, allein die Regierung versteht, daß diese akademischen Demonstrationen nur Parademanöver sind. Der Kampf, der wirkliche Kampf wird ausgefochten zwischen jener großen Volkspartei (der Sozialdemokratie), die keinen einzigen Vertreter im Landtage hat, und den mittleren und oberen Klassen, die sich dort verschanzt haben. . . . Die sozialistische Partei hat erst vor wenigen Jahren den ernsten Versuch unternommen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Eine große, starke und gebildete Partei, wie diese, ist nicht geneigt, sich ohne Bedenken an eine Frage heranzuwagen, die sehr schwer zu lösen ist; denn sie weiß, daß sie in einem solchen Kampfe ihr Prestige, ihren Kredit auf eine ungeheure Probe stellt. . . . Jetzt aber hat der Kampf in allem Ernst begonnen und kann nicht mehr abgebrochen werden. Eine Partei, die sich in einer derartigen Lage befindet, mag wegen ihrer außerkonstitutionellen Kampfmethoden nur von Pedanten angeklagt werden. Aber welche anderen Mittel stehen einem entrechteten Proletariat zur Verfügung? Eine entrechtete Klasse hat keine anderen Mittel als Demonstration, und wenn diese versagt, den Streik. Es ist überhaupt fraglich, ob man — angesichts der Waffengewalt der Regierung — einen Generalstreik eine extreme Kampfmethode nennen darf. . . . Der preußische Landtag ist das letzte Bollwerk des Absolutismus und der persönlichen Regierung. Die Sozialisten werden nur nach einem entschlossenen und kritischen Kampfe siegen können. Gelingt es ihnen, Preußen zu demokratisieren, so werden sie Europa von einem Alpdrücken befreit haben"

Lehrer und Politik.

Ueber den Konflikt in der Bremer Lehrerschaft hat der „Vorwärts" kürzlich berichtet. Die Auseinandersetzungen wegen des „Rolands", der bekannten Monatsschrift der Bremer Lehrerschaft, haben nun zu einer höchst interessanten Entschließung im bremischen Lehrerverein geführt. Eine Anzahl Lehrer hatten ein großes Aergernis daran genommen, daß die Herren Sonnemann und Holzmeier in der „Bremer Bürger-Zeitung" ihren Standpunkt verteidigt bezw. die Hausberg und Gebr. Scharrelmann angegriffen hatten. Tolerant, wie Liberale nun einmal sind, hatten sie beantragt:

„Der Bremische Lehrerverein steht **nach wie vor nicht auf sozialdemokratischem Standpunkte**: er muß natürlich die Verantwortung für die Veröffentlichungen einzelner Mitglieder, speziell in der „Bremer Bürger-Zeitung" und im „Roland" ablehnen."

Der Vorstand des Bremer Lehrervereins parierte diesen Antrag mit der folgenden, einstimmig von seinen Mitgliedern gutgeheißenen Resolution:

„Die Ziele, für deren Verwirklichung der Bremische Lehrerverein in den letzten Jahren gestrebt hat, lassen sich in die Worte zusammenfassen: **weltliche Schule, Einheitsschule, Arbeitsschule. Diese Ziele weist auch das Schulprogramm der sozialdemokratischen Partei auf, und die Vertreter dieser Partei haben sich bei ver-**

schiedenen Beratungen innerhalb unserer Bürgerschaft, **wenn auch nicht als die einzigen, so doch als die konsequentesten Verfechter jener Idee gezeigt! Auch die sozialistische Presse hat für sie auf das nachdrücklichste gewirkt.** Diese Tatsachen hat der Lehrerverein zu wiederholten Malen konstatiert und anerkannt, **wie er auch die Unterstützung seiner Bestrebungen seitens jeder anderen Partei** anerkennen würde.

Der Vorstand ist der Meinung, **daß der Verein im Kampfe für seine gegenwärtig höchsten Ziele die Hülfe eines solchen Bundesgenossen wie der sozialdemokratischen Partei nicht verschmähen solle.** Daß im übrigen die politischen Tendenzen der genannten wie irgend einer anderen Partei den Lehrerverein nicht berühren, liegt in seiner Verfassung begründet. Welche Parteistellung die Mitglieder im politischen Leben einnehmen und wie sie sich auf diesem Gebiete betätigen, ist durchaus jedes einzelnen persönliche Angelegenheit. Diese Stellungnahme und Betätigung zu beaufsichtigen und darauf einzuwirken, kann der Vorstand nicht als zu seinen Pflichten gehörend ansehen."

Antrag und Resolution wurden abgelehnt. **Für die** letztere entschieden sich **130**, gegen sie **162** Lehrer. Der Liberalismus hat einen „Sieg" erfochten, der ihm nicht geringe Kopfschmerzen bereiten wird. Zwar die „Weser-Zeitungs"-Männer werden sich freuen, denn die, so von ihnen seinerzeit „zügellose Draufgänger" genannt wurden, sind der Zahl nach unterlegen. Die 130 haben aber gar keine Ursache, kleinmütig zu werden, und die Sozialdemokratie kann sogar höchst erfreut über das Abstimmungsresultat sein, denn die Tatsache, daß **von 292 Lehrern 130 anerkannten**, was die Sozialdemokratie im Kampfe auf dem Gebiete der Schulpolitik bedeutet, und daß jene 130 so gar keine Rotscheu zeigten, sind gute Zeichen für uns, üble für Schulbureaukratie und kirchliche Orthodoxie!

Zwar, was die Bremer Lehrerschaft durch ihre mutigen Kämpfe gegen die Flachsmännerei und Pfäfferei versprach, hat sie nicht gehalten, ja, sie hat sogar enttäuscht. Aber es will uns scheinen, daß jenes Feuer, das damals hohe Flammen schlug, lustig weiter brennt. An Nahrung, es wieder aufflammen zu lassen, wird es nicht fehlen, um so weniger, je unheimlicher das Totenglöcklein des Liberalismus vernehmbar wird.

Die Sozialdemokratie aber wird nach wie vor für die Schule und die Lehrer eintreten, wie ihre Grundsätze es ihr gebieten. Wo ist die Partei, die es ihr darin gleichtun könnte? Damit wird die Frage der erbetenen oder ungebetenen Bundesgenossenschaft aber nicht minder wie die Frage, ob die Lehrer ungestraft die Politik ignorieren dürfen, leicht und sicher gelöst werden. Die Lehrer werden sich politisch betätigen müssen und zwar vom Standpunkte des Klassenkampfes aus, oder sie werden die traurige Rolle weiter zu spielen haben, die ihnen im Lande der „Denker und Dichter" zugewiesen ist.

Die Sozialdemokratie in der dritten Duma.

Achtzehn Mann stark ist die Sozialdemokratie in die dritte Duma eingezogen — gewiß ein schöner Erfolg, wenn man das verzwickte, die Arbeiter entrechtende Wahlsystem und die wütenden Verfolgungen der Regierung berücksichtigt. Es ist der Regierung trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, diejenigen aus der Duma zu verbannen, von denen sie mit Recht erwartete, daß sie ohne jegliche Rücksicht und Scheu von der Dumatribüne herab die Regierungspolitik vor aller Oeffentlichkeit brandmarken werden. Doch schwierig genug hat sich die Lage der sozialdemokratischen Fraktion gestaltet. Ein weit vorgeschobener Posten des Proletariats, mitten im feindlichen Lager stehend, ist sie die Zielscheibe des Hasses aller Dumaparteien, von den Gift und Galle speienden „Echt-Russen" bis zum aalglatten, sauersüß lächelnden Kadetten, der nach links und unten zwar gern als Oppositioneller, nach rechts und oben aber als „loyal" gelten möchte und daher kein Wort des Protestes findet, wenn einem sozialdemokratischen Redner von der berserkerwütigen Rechten oder dem oktobristischen Präsidenten seine Redefreiheit illusorisch gemacht wird.

Daß diese Atmosphäre allgemeinen Hasses und wilder Feindschaft an und für sich schon eine ersprießliche Arbeit, eine volle Ausnutzung der Duma ungemein erschwert und selbst auf die stärksten Charaktere lähmend und entmutigend wirken muß, das ist ohne weiteres klar. Dabei ist aber auch die gedrückte Stimmung im Lande, die augenblicklich gesunkene revolutionäre Tatkraft des Proletariats nicht danach angetan, die Stimmung in der Fraktion zu heben. Erschwerend für die gesamte Tätigkeit der Fraktion natürlich ist auch ihre geringe numerische Stärke. Dieser Umstand bewirkt einerseits, daß sie in vielen Kommissionen überhaupt unvertreten ist, andererseits aber, daß sie ihr Interpellationsrecht nicht voll ausnutzen kann; denn eine Interpellation muß mindestens 30 Unterschriften tragen, daher muß die Fraktion die fehlenden 12 Stimmen bei den paar Trudowiki und parteilosen „Linken" zusammensuchen. Ungünstig ist endlich auch die Zusammensetzung der Fraktion: Die besten Kräfte, die feinsten Köpfe der Partei kamen ja als Emigranten und „Illegale" für die Wahlen überhaupt nicht in Betracht. In die erste, besonders aber in die zweite Duma kam die Elite der wählbaren Parteigenossen, die dann aber in die dritte Duma infolge des Wyborger Prozesses und des Strafverfahrens gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma nicht mehr gewählt werden konnten. So kommt es, daß die jetzige Fraktion aus Genossen besteht, die in der inneren Parteiarbeit als Agitatoren, Propagandisten und Organisatoren ganz vortreffliches leisten, aber den Schwierigkeiten parlamentarischer Arbeit, besonders in der „Herrenduma", in der eine ganz besondere parlamentarische Geschicklichkeit erforderlich ist, noch nicht vollkommen gerecht zu werden vermögen.

Trotzdem hat ihre sozialdemokratische Gesinnung der Fraktion in den wichtigsten Momenten des Dumalebens den richtigen Weg gewiesen. An den Präsidentenwahlen und der Adreßdebatte hat sie sich nicht beteiligt, da ja von vorn herein fest stand, daß der oktobrisch-„echtrussische" Block den Sieg davontragen werde; andererseits bot aber die erwartete Regierungsdeklaration eine viel bessere Gelegenheit zu einer Prinzipienerklärung der Sozialdemokratie. Diese Erklärung sowie ihre Begründung in der Rede des Genossen Pokrowsky gipfelte in der Gegenüberstellung der beiden ersten und der jetzigen Duma und in der Entwickelung des sozialdemokratischen Minimalprogramms und präzisierte klar und deutlich die Stellungnahme der Partei zu den wichtigsten Fragen des russischen Lebens — allerdings mit einer Ausnahme: **Deklaration und Begründung entbehrten beide eines Hinweises auf die Unterdrückungspolitik der Regierung gegenüber anderen Nationen, was um so wichtiger wäre, als in der Duma selbst der Nationalitätenhaß in den Reden der „Echt-Russen" und zum Teil auch der Oktobristen wilde Orgien feiert.** Diese Unterlassung hat denn auch, wie nicht anders zu erwarten war, in weiten Kreisen tadelnde Bemerkungen ausgelöst.

Bei den Debatten über das Finanzexposé Kokowzews schickte die Fraktion den Genossen Gegetschkori ins Treffen, der mit scharfen Worten die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung zeichnete, welche die Bevölkerungsmassen und vor allem die Bauernschaft in den Abgrund des größten Elends stößt. Die sozialdemokratische Resolution forderte daher Verwerfung des Budgets ohne Kommissionsberatung.

Zu erwähnen ist ferner die Stellungnahme der Fraktionen zur Verpflegungsfrage der hungernden Bauern, zu deren Ernährung die Regierung 15 Millionen Rubel als hinreichend gefordert hatte. Da einerseits die Sozialdemokratie aus leicht begreiflichen Gründen nicht dagegen stimmen konnte, andererseits aber es sattsam bekannt ist, in welcher Weise die kaiserlichen Tschinowniks die Verpflegungskampagne durchführen (siehe Gurko-Lidval-Affäre!), so beschloß sie, sich der Abstimmung zu enthalten.

Wenn so die Fraktion aus den angeführten Gründen verhältnismäßig wenig öffentlich auftreten konnte, so geht doch in ihren Kommissionen eine rege Arbeit vor sich. Bereits fertiggestellt ist ein Gesetzentwurf zur Wahrung des Streikrechts; in Vorbereitung befinden sich Entwürfe über Arbeiterversicherung, Selbstverwaltung und die bürgerlichen Freiheiten. Außerdem wird — parallel mit den Arbeiten der Dumakommission — auch das Budget von unseren Genossen bearbeitet, damit bei den Debatten im Plenum eine ausführliche Kritik an den einzelnen Posten geübt werden kann. Ferner sind Arbeiten zur Begründung von Interpellationen im Gange: über das ungesetzliche und willkürliche Vorgehen des Stadthauptmanns von Noworossijsk während des dortigen Hafenarbeiterstreiks, über die administrativen Verfolgungen der Gewerkschaften und über die Arbeitslosigkeit.

Recht erfreulich ist es, zu bemerken, daß die Fraktion das Vertrauen der verschiedensten Volksschichten genießt: so haben sich außer den Petersburger und Noworossijsker Arbeitern, die mit der Bitte um die obenerwähnten Interpellationen an die Fraktion herangetreten sind, auch die Duchoboren (eine Sekte im Kaukasus, welche schon seit Jahren von der Regierung verfolgt wird) mit einer ähnlichen Bitte an die Fraktion gewandt. Sogar eine Gruppe von Postbeamten richtete an die Fraktion ein Schreiben, in dem sie bittet, sich ihrer anzunehmen und bei der Etatberatung für eine Verbesserung ihrer materiellen Lage zu plädieren! —

Die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma wurden, eben weil sie Sozialdemokraten waren und sozialdemokratisch handelten, unter Verhöhnung aller Gesetzlichkeit dem zarischen Gerichte ausgeliefert und als „Staatsverbrecher" abgeurteilt. Die jetzige Fraktion hat sich offen als Nachfolgerin jener bekannt und erklärt, deren Politik fortsetzen zu wollen. Wenn sich aber in der zweiten Duma noch darüber streiten ließ, ob die Kadetten in die Auslieferung der sozialdemokratischen Abgeordneten willigen würden, so besteht diesmal nicht der geringste Zweifel darüber, daß „Echtrussen" und Oktobristen mit Wonne einem ähnlichen Wunsche der Regierung willfahren würden. Ja, es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie bei einer bequemen Gelegenheit der Regierung gewissermaßen zuvorkommen; sie haben es nämlich völlig in der Hand — da sie die Mehrheit bilden — die Sozialdemokraten für fünfzehn Sitzungen, das heißt für eine ganze Session aus der Duma auszuschließen! So hängt also die Möglichkeit eines gewaltsamen Endes ihrer Tätigkeit wie ein Damoklesschwert über dem Haupte der Fraktion. Trotzdem wird sie natürlich ohne Zagen ihre schwere sozialdemokratische Pflicht bis zum Ende erfüllen.

* *

Der sozialdemokratische Streikgesetzentwurf lautet:

§ 1. Die Arbeiter haben das Recht zum Streiken.

§ 2. Alle Handlungen, welche nach Uebereinkommen von zweien oder einer größeren Anzahl Arbeiter zum Schutze der wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Interessen ausgeführt werden, sind nicht strafbar, wenn sie keiner Strafe unterliegen, falls sie von einem einzelnen Arbeiter ohne Uebereinkommen ausgeführt werden.

§ 3. Streik und Boykott insbesondere sind nicht strafbar. Auch unterliegt keiner Strafe eine Androhung eines Streiks und Boykotts, Organisierung, Aufmunterung zu solchen, Anteilnahme an Verbindungen, welche Streiks und Boykotts organisieren, Aufstellung von Posten und dergleichen Vorbereitungen, welche zur Durchführung des Streiks und Boykotts unternommen werden.

§ 4. Ungesetzliche Handlungen, welche von Streikenden oder anderen Personen zur Aufmunterung zum Streik ausgeführt werden oder zum Zweck der Durchführung oder Verlängerung des Boykotts, unterliegen keinen schärferen Strafen.

§ 5. Beamte oder Zivilpersonen, welche die Ausübung der Rechte, die sich aus der Anwendung des § 2 dieses Gesetzes ergeben, verhindern, unterliegen einer Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten. Insbesondere unterliegen dieser Strafe Unternehmer oder Direktoren von Unternehmungen, welche sich verabreden, um die Teilnehmer an Streiks nicht anzustellen oder solchen Arbeitern das Auffinden von Arbeit zu erschweren. Das Entfernen wegen Streiks wird als Verhinderung zur Ausübung des Streikrechts betrachtet.

§ 6. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit für persönliches Ausscheiden vor dem Termine aus der angenommenen Stellung wird aufgehoben.

§ 7. Die Arbeitseinstellung wegen eines Streits löst den Arbeitsvertrag nicht auf.

§ 8. Bei solchen Streiks, die dadurch hervorgerufen worden sind, daß die Verwaltung des Unternehmens die allgemeinen Rechtsnormen oder irgendwelche anderen Bedingungen des Arbeitsvertrages überschritten hat, erhalten die Arbeiter den Lohn für die ganze Dauer des Streiks.

§ 9. Arbeiter und ihre Organisationen sind für irgend welche Schäden, verursacht durch Handlungen, die im § 2 dieses Gesetzes auseinandergesetzt sind, nicht verantwortlich.

§ 10. Gesetzesvorschriften, welche diesen widersprechen, werden aufgehoben.

§ 11. Die gegenwärtigen Vorschriften verstehen unter dem Worte „Arbeiter" alle Arbeiter und Angestellte, welche dem Lohnvertrag unterliegen, wobei diejenigen Personen, welche die Rechte des Staatsdienstes genießen, davon nicht ausgeschlossen sind.

(Bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen in der Duma ist es selbstverständlich, daß ein solcher Entwurf auf Annahme nicht rechnen kann.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Januar 1908.

Bergarbeiterbeschwerden.

Aus dem Reichstage. Zwistigkeiten zwischen den Aeltesten der Knappschaften und den Werksbesitzern über das Knappschaftsstatut haben drei, gleichzeitig das Haus beschäftigende Interpellationen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung (Antisemiten) veranlaßt. Die Sozialdemokratie verknüpfte mit ihrer Anfrage die Anregung zu einer Novelle zum Krankenversicherungsgesetz. das Zentrum forderte reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens.

Einig waren alle Interpellanten in der Verurteilung der ablehnenden Haltung der Werksbesitzer gegenüber Knappschaftsvertretern, wodurch das Nichtzustandekommen des Statuts verschuldet und so der Regierung eine Handhabe zum Eingreifen gegeben wurde.

Der Vertreter des Zentrums, Herr Schiffers, machte sogar auch gegen die preußische Regierung Front, weil sie die Bergarbeiterinteressen nicht genügend wahrnehme. Indem er die preußische Berggesetznovelle vom Jahre 1905 für ein verpfuschtes Gesetz erklärte, zog er eigentlich gegen seine eigene Partei zu Felde; denn das Zentrum trägt die Mitschuld an diesem preußischen Gesetz.

Namens der Sozialdemokratie sprach Genosse Hue. Er unterstrich kräftig die Versündigung des Zentrums bei der Annahme des Gesetzes und machte ihm besonders zum Vorwurf, daß es auch nicht geschlossen für das geheime Wahlrecht bei den Knappschaftswahlen eingetreten sei. Das Gesetz sei so weitmaschig, daß die angebliche Kürzung der Arbeitszeit tatsächlich durch Ueberstunden völlig ausgeglichen wurde. Die Zahl der Unfälle stieg. Ein Reichsberggesetz sei deshalb unbedingt erforderlich. Von dem preußischen Dreiklassenparlament hätten auch die Bergarbeiter nichts zu erwarten. Im einzelnen wies Hue eindringlich nach, wie sich die Lebensverhältnisse und damit die Lebensdauer der Bergarbeiter von Periode zu Periode verschlechtert haben. Um so mehr müsse dafür gesorgt werden, daß das Los des Bergmanns gebessert würde, da er eine der beschwerlichsten und gefährlichsten Arbeiten im Interesse des Gemeinwohls zu verrichten habe.

Der Minister v. Bethmann-Hollweg erging sich in längeren Ausführungen darüber, daß die Bergarbeiterfrage, wie sie jetzt den Einzelstaaten überlassen sei, auch künftig am besten in deren Händen bleibe.

In der Diskussion vertrat der nationalliberale Herr Ofann den Werksbesitzerstandpunkt, mit recht bedingter Anerkennung der Arbeiterforderungen, während der konservative Herr v. Brockhausen in schnarrendem Feldwebelton eine Lobrede auf die preußische Verwaltung hielt. Dabei verstieg er sich zu der kühnen Behauptung, daß der preußische Monarch immer die richtigen Männer auf den richtigen Platz stelle .... Den Arbeitern will dieser Junker gütigst gestatten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, wenn sie den königstreuen Parteien ein Zusammenarbeiten mit ihnen ermöglichen.

Ein zweiter Regierungsvertreter, der Geh. Oberbergrat Meißner, suchte Hues Angriffe auf die Regierung wegen ihrer Stellung zum Wagennullen (wodurch erreicht wird, daß den Arbeitern für die betreffenden Wagen kein Lohn gezahlt wird) zu entkräften, indem er dieses Nullen für eine private Angelegenheit zwischen Unternehmern und Arbeitern erklärte.

Nachdem noch der Freisinnige Dr. Mugdan die interpellierenden Parteien unterstützt hatte, wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Eine Frechheit.

Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hat vor kurzem unter dem Druck der asphaltliberalen Agitation beschlossen, einen Agitationsausschuß einzusetzen, der den Mittelpunkt für die freisinnige Wahlrechtsagitation sein sollte. Wir haben neulich schon die Vermutung ausgesprochen, daß nach der Vergangenheit der Freisinnigen Volkspartei zu befürchten stehe, daß dieser Ausschuß mehr das Skatspiel als die Wahlrechtsbewegung fördern werde. Nunmehr wird die Zusammensetzung dieses Ausschusses bekannt. Vorsitzender ist Herr **Müller-Sagan** und Mitglieder sind **Fischbeck (!), Wiemer** und **Pachnicke.**

Hier haben wir die Antwort des Freisinns auf die Erklärung Bülows einerseits, auf die Wahlrechtsforderung andererseits. Mit absichtlichem Hohne hat man offenbar die **berüchtigsten, unbedeutendsten und borniertesten Reaktionäre in den Ausschuß hineingewählt.** Durch diese Wahl haben sich die Freisinnigen mit der Regierungserklärung Bülows vollständig identifiziert. Sie ist ein Schlag ins Gesicht, eine schallende Ohrfeige für alle demokratischen Elemente im Freisinn, deren Antwort wohl jetzt nicht mehr verzögert werden kann. Sie ist eine freche Provokation aller Wahlrechtskämpfer, aber sie entspricht durchaus dem bisherigen Verhalten des Freisinns. Es wird rechtzeitig dafür gesorgt werden, daß den Herren die Betätigung der Skatleidenschaft nicht durch parlamentarische Geschäfte erschwert wird. Soweit unser Einfluß reicht, werden die Herren bei den nächsten Wahlen glatt herausgewählt werden. —

Ein bayerischer Vorstoß gegen Bülow.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages **hat folgende Interpellation zur Wahlrechtsfrage** eingebracht:

Ist der königlichen Staatsregierung bekannt, daß der Kanzler des Deutschen Reiches in der Sitzung des preußischen Landtages vom 10. Januar 1908 die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet und sich insbesondere gegen das geheime Wahlrecht ausgesprochen hat? Welche entscheidenden Schritte gedenkt die königliche Staatsregierung im Bundesrate gegen die von Preußen ausgehende Gefährdung der deutschen Einheit und der süddeutschen Bundesstaaten zu tun?

Freisinnige Wahlrechtsfeindschaft.

Mit allen Mitteln sucht die „Voss. Ztg." den Kampf um das Wahlrecht zu erschweren. Heute verteidigt sie im vornhinein die ihr wahrscheinliche Ablehnung der Beantwortung unserer Wahlrechtsinterpellation durch den Fürsten Bülow und höhnt über die Interpellation unserer Genossen in der bayerischen Kammer. Das Blatt schreibt:

> Ob sich der Reichskanzler auf die Beantwortung der Interpellation im Reichstage überhaupt einlassen wird, da diese im Grunde eine innere Angelegenheit Preußens betrifft, weiß man noch nicht. Wenn die bayerische Staatsregierung zu der Interpellation der Sozialdemokraten in der Zweiten Kammer Stellung nimmt, wird sie schwerlich den Sozialdemokraten auf dem von ihnen betretenen Wege folgen und nahezu vier Jahrzehnte nach der Gründung des Deutschen Reiches in dem preußischen Wahlrecht plötzlich eine Gefährdung der deutschen Einheit erblicken wollen, lediglich (!) weil Bayern das öffentliche, Preußen aber das geheime Landtagswahlrecht hat. Und die Sozialdemokratie als Schützerin der deutschen Einheit!

Die letzten Sätze sind völliger Unsinn. Daß in Bayern nicht das öffentliche, in Preußen nicht das geheime Wahlrecht besteht, dürfte ja auch die „Voss. Ztg." wissen und es sich hier immerhin nur um einen Druckfehler handeln. Daß aber das Blatt den Gegensatz zwischen dem gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht in Bayern und der Dreiklassenschmach in Preußen auf den Gegensatz zwischen öffentlicher und geheimer Wahl reduziert, ist ein nettes Beispiel für die Skrupellosigkeit der freisinnigen Methode. Geradezu albern ist es aber, daß das Blatt die Frage des Dreiklassenwahlrechts als eine innere preußische Angelegenheit bezeichnet; denn damit verleugnet es die bisherige Haltung des Freisinns selbst. Die Freisinnigen haben im Reichstage für die Anträge gestimmt, die

die Einführung des gleichen Wahlrechts in den Landtagen fordern und die föderalistischen Bedenken des Zentrums gegen solche Anträge mit Recht als Ausrede bezeichnet. Der Abgeordnete Schrader hat noch im August vorigen Jahres die Absicht geäußert, im deutschen Reichstag einen solchen Antrag, wie ihn die Sozialdemokraten bereits wiederholt und auch in dieser Session gestellt haben, einzubringen. Jetzt hat die Wahlrechtsfeindschaft und die Blockangst das freisinnige Organ schon so heruntergebracht, daß es dem Schwindel mit den föderalistischen Bedenken Vorschub leistet. Das saubere Blatt sollte sich seine Ironie sparen. Heute ist wirklich die Sozialdemokratie die Schützerin der deutschen Einheit geworden.

Im übrigen möchten wir dem Freisinn etwas mehr Klugheit empfehlen. Wir können ihm versichern, daß die Sozialdemokratie sich die freisinnigen Kandidaten bei allen Wahlen sehr scharf ansehen und erbarmungslos alle offenen und verkappten Wahlrechtsfeinde im Freisinn durchfallen lassen wird.

Neues Steuerbukett für Leipzig.

Neue Steuern für das Reich, neue Steuern für Sachsen, neue Steuern für die Gemeinden ist eine stetig wiederkehrende Mitteilung, und die Tat folgt der Ankündigung immer ziemlich schnell auf dem Fuße. Schon vor Weihnachten munkelte man in „eingeweihten Kreisen" Leipzigs vom Kommen einer Biersteuer und anderer direkter und indirekter städtischer Steuern. Jetzt, da den Gemeindevertretern die Steuervorlagen zugegangen und der Oeffentlichkeit bekannt geworden sind, zeigt es sich, daß die schlimmsten Befürchtungen übertroffen werden. An erster Stelle marschiert die Biersteuer, die mit 65 Pf. pro Hektoliter erhoben werden und 470 000 M. einbringen soll; dann kommt die neu einzuführende Wertzuwachssteuer von 5 bis zu 20 Proz., je nach der Wertsteigerung, die 8—900 000 M. betragen soll und eine Erhöhung der Besitzwechselabgabe, aus der der Rat 200 000 Mark herausschlagen will. Darauf folgen noch zwei schöne Steuern, die die Leipziger Stadtverwaltung als auf der Höhe der Zeit stehend zeigen: Es soll eine Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherfahren erhoben werden und zwar von einer Wagenladefläche von 1 Quadratmeter 20 Pf., 1—2 Quadratmeter 50 Pf., 2—3 Quadratmeter 1 M. und über 3 Quadratmeter 1,50 M. pro Tag. Ferner ist eine Steuer in Aussicht gestellt, die von Nichtbürgern erhoben werden soll. In welcher Höhe diese gedacht ist, wird noch nicht angegeben. Man will damit die reichen Nichtbürger in Leipzig zur Bürgerrechtserwerbung zwingen.

Die gesamten neuen Steuern sollen dem Stadtsäckel jährlich 1½ Millionen Mark einbringen und am 1. Juli in Kraft treten.

Erst vor wenigen Wochen wurde eine 50 Millionen-Mark-Anleihe beschlossen, jetzt kommt noch dieses Steuerbukett hinterher! Feine Aussichten für die Steuerzahler. —

Ein neuer Beitrag zur deutschen Auslieferungsschmach.

Das „Volksblatt" zu Kassel teilt mit:

„Ein Glasmacher in Rinteln erhielt am 2. Januar d. J. vom königlichen Landrat des Kreises Grafschaft Schaumburg folgenden

Ausweisungsbefehl.

„Der russische Staatsangehörige Glasmacher Karl B. . ., am 31. Oktober 1874 zu Oknicz — Rußland — geboren, zurzeit in Rinteln wohnhaft und daselbst als Glasmacher tätig, wird, weil er sich durch sein Verhalten als lästiger Ausländer betätigt hat, hiermit aus dem Gebiete des Deutschen Reiches ausgewiesen.

Die Ausweisung erfolgt im Wege des Transportes über Hannover-Berlin nach der Reichsgrenzstation Thorn, und zwar am 15. d. Mts. mit dem 2 Uhr nachmittags in der Richtung Hannover abgehenden Zuge." gez. Ditfurth.

Der Glasmacher, der sich nach der Ansicht des Landrats Ditfurth „als lästiger Ausländer betätigte", war seit 1899 im Deutschen Reiche ansässig. Er ist ein ruhiger, arbeitsamer Mann, der sich bei seinen Arbeitskollegen des allerbesten Ansehens erfreute. Nun soll er sich dadurch „als lästiger Ausländer betätigt" haben, daß er an einer Flugblattverteilung teilgenommen hat. Das ist in den Augen der Organe des preußischen Staates ein so schweres „Verbrechen", daß es nur mit der Ausweisung des ruhigen Mannes geahndet werden kann. Den Gipfel erklimmt diese unerhörte Ausweisungsaktion des Polizeistaates dadurch, daß kurzerhand diktiert wurde:

Die Ausweisung erfolgt . . . . . nach der Grenzstation Thorn. . . .

Der lästige Ausländer wäre demnach beim Ueberschreiten der deutschen Grenze unentrinnbar in die Arme der russischen Schergen gerannt. Diese unerlaubte Art der Ausweisung wurde verhindert, denn als die Polizei am 15. d. M. die Ausweisung des Glasmachers in das Land des Blutzaren vornehmen wollte, hatte der „lästige Ausländer" den Staub der deutschen Straßen längst von seinen Pantoffeln geschüttelt. Mit Hülfe von Freunden war es ihm gelungen, denjenigen Staat zu fernerem Aufenthalt zu wählen, den er als Zufluchtsstätte am geeignetsten hielt."

Die Ausweisung hatte also eine Auslieferung werden sollen! Eine Auslieferung an die Verbrecherbande, die sich russische Regierung nennt. Deutschland ist ein Kulturstaat! Wer zweifelt daran! —

Wieder eine Reichsverbands-Lüge.

Die „Deutsche Tageszeitung" bringt aus der Lügen-Korrespondenz unter dem Titel „Ein rabiater Genosse" folgende Stelle aus der Rede des Gen. Fischer auf der Bock-Versammlung vom letzten Sonntag zum Zweck der Denunziation:

„Wir werden uns das Recht, auf der Straße zu demonstrieren, schon noch erzwingen! Und wenn nun doch die Sozialdemokratie plötzlich mit einer im Geheimen vorbereiteten Demonstration auf dem Plan erschiene, dann wollte ich den Mann sehen, der den Befehl gibt, auf die Kanaille zu schießen! Der Mann bliebe nicht am Leben!"

Selbst dem Basilio der „Tageszeitung" ist dieses angebliche Zitat zu dumm. Denn er schreibt dazu: Wenn die Worte wirklich so gefallen sind, so grenzt eine derartige Redeweise ziemlich nahe an das, was man unter „Aufforderung zu Gewalttätigkeiten" versteht.

Ja, wenn der Hund —

Etwas vom „Teilen".

Die „Freisinnige Zeitung" grub dieser Tage wieder einmal eine Berechnung Eugen Richters aus, um zu beweisen, daß die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung die denkbar beste sei. Es habe immer Arme und Reiche gegeben, folglich seien die Klassenunterschiede auch nicht aufzuheben. Verteile man die Einkommen der Besitzenden auf die Gesamtheit, so erhöhe sich dadurch das Einkommen der Nichtbesitzenden nur ganz unbedeutend.

Zunächst will die Sozialdemokratie nicht einfach „teilen", sondern durch sozialistische Organisation der Arbeit den Ertrag der Arbeit steigern. Aber selbst wenn mechanisch die heutigen Einkommen geteilt würden, führen dabei die Arbeiter so schlecht?

Sehen wir einmal zu!

In Preußen hatten 1906 528 000 Personen mit mehr als 3000 M. Einkommen ein Rein-Einkommen von 4780 Millionen Mark. Behielte nun jede dieser 528 000 Personen ein Einkommen von 3000 M., so blieben immer noch 2628 Millionen Einkommen übrig, die unter die preußischen Einwohner verteilt werden könnten, die nur bis zu 3000 M. Einkommen besitzen.

Würde diese übrig bleibende Summe unter die 36 Millionen Einwohner Preußens verteilt, so entfiele auf den Kopf jährlich der Betrag von 73 M., also auf die fünfköpfige Familie der Jahresbetrag von 365 M. Wäre es denn so sehr vom Uebel, wenn jede Proletarier-, Handwerker-, Klein- und Mittelbeamtenfamilie täglich 1 M. mehr verzehren könnte?!

Aber sicherlich wäre noch bedeutend mehr zu verteilen. Wies doch die „Deutsche Tagesztg." am 15. Dezember vorigen Jahres nach, daß in Preußen allein die Steuern für 25 000 Millionen Leihkapital hinterzogen würden. 25 Milliarden Kapitalvermögen würde aber einem Zinsgenuß, d. h. einem nichtversteuerten Einkommen von 1 Milliarde entsprechen. Verteilte man auch noch diese 1000 Millionen, so macht das pro Kopf der 36 Millionen Preußen weitere 27 M., pro Familie also 5 × 27 = 135 M. 365 + 135 sind aber 500 M.! Bei ganz mechanischer Teilung würden also die Einkommen derer mit bis zu 3000 M. Einkommen pro fünfköpfige Familie um mindestens 500 M. jährlich erhöht werden können!

Wäre das denn so schrecklich?!

Der richtige Schluß.

Der König von Sachsen hat noch einmal Veranlassung genommen, seiner Freude über den Ausfall der Reichstagswahlen in Sachsen Ausdruck zu geben. In einem Dankschreiben an die städtischen Kollegien sprach der König seine Befriedigung über die anläßlich der letzten Reichstagswahl bekundete patriotische Gesinnung des sächsischen Volkes aus.

Da der König von Sachsen mit dem Reichstagswahlrecht so zufrieden ist, ist sicher zu erwarten, daß er den Kampf unserer sächsischen Genossen um die Einführung des Reichstagswahlrechts in Sachsen mit allen Kräften fördern wird. —

Petersclique.

In dem Peterssprozeß, der zurzeit vor dem Kölner Schöffengericht zur Verhandlung steht, bringt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" die Anklagerede des Vertreters des Reichskommissars Dr. Peters in aller Ausführlichkeit, in mehr als 500 Petitzeilen. Von der Verteidigungsrede des Rechtanwalts Dr. Falk gibt sie dagegen nur etwa 30 Zeilen wieder, und dabei in der Hauptsache nur, was Anerkennendes über das Plaidoyer des Justizrats Sello bezw. der Intelligenz des Herrn Peters gesagt wurde. Es handelt sich hier aber keineswegs um einen Einzelfall, sondern regelmäßig wird aus dem Material herausgeschält, was in die alldeutsche, scharfmacherische Grundtendenz des Blattes hineinpaßt, die Auslassungen der Gegenseite dagegen werden einfach unterschlagen. —

Eine Sympathiekundgebung für die preußischen Wahlrechtskämpfer.

In Eßlingen sprach am Montag in einer sehr stark besuchten Volksversammlung die Genossin Klara Zetkin über „Frauenpflicht im Kampf gegen die künstliche Lebensmittelverteuerung". Einleitend besprach die Rednerin den Wahlrechtskampf in Preußen, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die am 13. Januar in Kugels Festsaal in Eßlingen tagende Volksversammlung begrüßt es freudigst, daß das Proletariat Preußens unter Führung der Sozialdemokratie durch die Demonstration vom 9. und 12. Januar d. J. seine feste Entschlossenheit bekundet hat, mit allen ihm geboten scheinenden Mitteln in den Kampf für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts einzutreten. Die Versammlung drückt ihre Anerkennung und Sympathie insbesondere dem organisierten Proletariat der Städte aus, allen voran Berlin, das am Sonntag auch um den Preis der Bluttaufe unerschütterlich für sein Recht demonstriert hat."

Angeblicher Terrorismus.

Durch einen Teil der bürgerlichen Presse geht folgender Bericht:

„Am Abend des Tages, an dem von der Regierung der freisinnige Wahlrechtsantrag glatt abgelehnt worden war — am Freitag, den 10. Januar 1908 — flocht Herr Gothein folgende Bemerkung in seinen Vortrag:

„Heute sprach mich im Reichstag Kollege Bebel an. Er sagte, daß er vom Landtag wenigstens erwartet habe, daß man das geheime Wahlrecht gewähre; denn im Norden und Osten von Berlin seien ja der kleine Bäcker und Fleischer durch das bestehende Wahlrecht gezwungen, sozialdemokratisch zu wählen. Und diese Leute seien doch gar keine Sozialdemokraten!"

Was wird die Sozialdemokratie zu diesem Bekenntnis Bebels sagen? Vom Wahlterrorismus spricht die Sozialdemokratie doch nur im bürgerlichen Lager, während ihn Bebel zum guten Ton der Sozialdemokratie zu rechnen scheint."

Dazu schreibt uns Genosse Bebel:

„Ich kenne nicht den Wortlaut der Ausführungen, die der Abgeordnete Gothein in der Versammlung vom 10. Januar über den Inhalt meiner Privatunterhaltung an jenem Tage mit ihm gemacht hat. Die Darstellung der bürgerlichen Presse entspricht jedenfalls nicht meinen Aeußerungen. Ich äußerte dem Abg. Gothein gegenüber, daß die preußische Regierung ein Entgegenkommen in der Wahlrechtsfrage zeige, hätte ich selbstverständlich nicht geglaubt; daß sie aber auch ablehne, die geheime Abstimmung einzuführen, zeige ein Maß von Beschränktheit, das ich nicht erwartet hätte. An der geheimen Stimmabgabe seien doch auch die abseits stehenden bürgerlichen Parteien im höchsten Maße interessiert, und so hätte schon die Rücksicht auf den Block zu dieser Aenderung führen müssen. Die Folge werde sein, daß sich dem Terrorismus von oben — wie er bisher bei den Landtagswahlen geübt worden sei — der Terrorismus von unten entgegenstelle. Ich hätte bisher jeden Versuch, einen solchen Terrorismus zur Geltung zu bringen, bekämpft. Nach Bülows Erklärung sei jedoch zu erwarten, daß künftig Gleiches mit Gleichem vergolten werde. Am meisten würden darunter diejenigen bürgerlichen Elemente leiden, die nach ihrer Stellung, wie zum Beispiel Bäcker- und Fleischermeister, in den Arbeiterquartieren meist nicht zu uns gehörten, aber dann aus Furcht vor dem Boykott sozialdemokratisch stimmen müßten. Von diesen Ausführungen nehme ich kein Wort zurück."

Der Verrat militärischer Geheimnisse.

Leipzig, 17. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Vor dem Reichsgericht wurde heute gegen den aus der Provinz Posen gebürtigen 32 Jahre alten Schneider Siegfried Wilhelm Michaeli unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. Den Gerichtshof stellte der zweite und dritte Strafsenat. Als Sachverständiger ist Major Bergmann vom Kriegsministerium in Berlin geladen. Außerdem noch eine Anzahl Zeugen. Der Oberreichsanwalt hat beim Beginn der Sitzung nach der Aufnahme der Personalien des Angeklagten sofort den Ausschluß der Oeffentlichkeit beantragt. Der vor seiner Verhaftung in Paris wohnhafte Schneider Michaeli soll sich in verschiedenen Städten Deutschlands in den Jahren 1906/07 an Soldaten bis zum Vizefeldwebel herangemacht haben, um ihnen Mobilmachungspläne, Einrichtung der Feldtelegraphie usw. zu entlocken. Die Kenntnis dieser Dinge hat Michaeli dann der französischen Regierung zum Kauf angeboten. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. —

Frankreich.

Eine neue „Matin"-Affäre.

Paris 15. Januar. (Eig. Ber.)

Die „Humanité" deckt eine neue Korruptionsaffäre auf, deren Nutznießer der „Matin" ist: Während des Streiks der Elektrizitätsarbeiter hat es dieses Blatt durchgesetzt, daß es vermittels zweier in den Kanälen (égouts) gelegter Kabel an die Stromleitung der Untergrundbahn angeschlossen wurde! Diese Protektion dankt es dem Direktor der Untergrundbahn-Gesellschaft, Herrn Bénard, demselben Bénard, der sich kürzlich bereit erklärt hat, die vom „Matin" dem Staate aus Anlaß der Mission Blanchet geschuldete Summe zu bezahlen. . . . Der Seine-Präfekt, der die Oberaufsicht über die Untergrundbahn hat, weigerte sich wohl, eine schriftliche Autorisation zur Kabellegung zu geben, diese aber wurde dennoch „provisorisch" vorgenommen. Der „provisorische" Zustand dauert nun schon 10 Monate! Der unmittelbare Vorteil für den „Matin" besteht darin, daß er für den Fall eines neueklichen Streiks der Elektrizitätsarbeiter gesichert ist. Die Konkurrenzblätter mögen ihr Erscheinen einstellen, er wird nur um so bessere Geschäfte machen. Aber interessant wird es wohl auch sein, zu erfahren, um welchen Preis der „Matin" den Strom von der Untergrundbahn bezogen hat. — Wie der Bankier Bénard wird doch auch der Direktor Bénard dem „Matin" gegenüber Noblesse bewiesen haben. . . .

England.

Die Speisung der Schulkinder.

Das englische Gesetz gibt den Gemeinden das Recht, eine Extrasteuer zu erheben, um die Speisung der Schulkinder durch öffentliche Mittel zu bewerkstelligen. Die „Moderierten", die jetzt den Londoner Grafschaftsrat beherrschen, haben es abgelehnt, von diesem Rechte Gebrauch zu machen; sie beschränkten sich darauf, die private Wohltätigkeit durch Listensammlungen in Anspruch zu nehmen. Wie zu erwarten war, hat diese Sammlung nur geringen Erfolg gehabt. Trotz größerer Anstrengungen einer Anzahl der reichsten Leute Londons sind doch nur 126 000 M. für diesen Zweck zusammengekommen! Die sozialdemokratische Federation hat nun dieser Tage große Versammlungen veranstaltet. In einer Versammlung in der Queens-Hall sprachen die Genossen Blatchford, Hyndman, O'Grady, die Gräfin Warwick und andere. Es wurde als eine Schande bezeichnet, daß die reichste Stadt der Welt es ablehnt, ihre hungernden Schulkinder — es handelt sich um zirka 122 000 — zu speisen.

Marokko.

Nach einer Meldung aus Marrakesch hat Mulay Hafid den heiligen Krieg gegen die Franzosen proklamieren lassen. Indes sollen seine Bemühungen, auf diese Weise ein Heer zusammenzubringen, vergebens sein, die Zahl der Soldaten soll vielmehr abnehmen, da sie keinen Sold erhalten.

Von General d'Amade ist in Paris ein telegraphischer Bericht eingetroffen über den Verlauf eines längeren Kampfes vom 14. Januar, der zur Einnahme der Stadt Settat führte. Die Stadt war von der hafidischen Mahalla des Mulay Reschid verteidigt, verstärkt durch die Schauja-Stämme, die an den jüngsten Metzeleien beteiligt waren. Das Lager Mulay Reschids wurde zerstört. Auf französischer Seite erlitten ein Offizier, ein Unteroffizier und dreizehn Soldaten Verwundungen. Die Marokkaner hatten 150 Tote und 300 Verwundete. Durch das Gefecht ist die Linie Settat—Berreschid—Mediuna, die die Verbindungen Marrakesch—Rabat beherrscht, freigeworden.

In der französischen Deputiertenkammer interpellierte am Freitag Jaurès über die dem General d'Amade erteilten Weisungen und sprach die Befürchtung aus, daß der Kampf bei Settat als der Preis für die Stellung Frankreichs bei Abdul Aziz angesehen werde. Die Kammer habe ein Recht, Erklärungen zu fordern, bevor Frankreich unabänderlichen Tatsachen gegenüberstehe. (Beifall auf der äußersten Linken.) Der Ministerpräsident Clemenceau stellt in Abrede, daß die Regierung den General Drude zurückgerufen habe. Der Minister des Aeußern Pichon beantragte, die Interpellation auf den 24. d. M. zu vertagen. Die dem General d'Amade erteilten Instruktionen seien genau dieselben, die dem General Drude gegeben worden waren und die der Kammer gelegentlich der letzten Interpellation dargelegt worden sind, nämlich: In der Gegend von Casablanca für Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Sicherheit der Europäer, die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zu sorgen und die Stämme zu bestrafen, die Casablanca plünderten. Der Minister teilte dann mit, daß General d'Amade gestern einem Stamme gegenüber gestanden hat, der an den blutigen Ausschreitungen vom Juli beteiligt war, und daß er ihn streng bestraft hat. So werden, erklärte Pichon ferner, alle mitschuldigen Stämme bestraft werden; ob sie zu Abdul Aziz halten oder zu Mulay Hafid. Wir werden unsere Aufgabe erfüllen, die darin besteht, unsere Landsleute und die übrigen Europäer zu schützen. Unsere Marokkopolitik wird von allen Mächten gebilligt und hat keine Aenderung erfahren. Die Interpellation ist durch keine neue Tatsache begründet. (Beifall.) Jaurès erwiderte, die Regierung könnte durch die Ereignisse verleitet werden, den Generalen zu elastische Instruktionen zu erteilen. Jaurès drang nochmals auf sofortige Beratung der Interpellation, das Haus setzte aber mit 367 gegen 197 Stimmen den 24. Januar, wie die Regierung beantragt hatte, für die Beratung der Interpellation fest.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart sind soeben nachstehende Novitäten erschienen:

Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften. Von Adolf Braun. Preis gut geheftet 75 Pf., in Leinwand gebunden 1 M. Vereine erhalten bei direkter Bestellung eine wesentliche Preisermäßigung.

Es fehlte bisher an einer vom Standpunkte der modernen Gewerkschaften geschriebenen, leicht verständlichen und für die Agitation verwertbaren Schrift über das Wesen und die Bedeutung der Tarifverträge. Diese Lücke in unserer Literatur versucht die vorliegende Arbeit auszufüllen; es erscheint um so dringlicher, als wir eine große Zahl von Arbeiten aus anderen Lagern über die Tarifverträge besitzen. Man ersieht hieraus das starke Bedürfnis, sich über Wesen und Bedeutung der Tarifverträge zu unterrichten, um sich für die Kämpfe der Arbeiter um Tarife zu wappnen und die beste Vertretung der Unternehmerinteressen zu sichern. — Möge die Braunsche Schrift, die sich die Aufgabe stellt, den Arbeiterinteressen zu dienen, freundliche Aufnahme finden.

Geschichte des Sozialismus in Frankreich. Von Paul Louis. Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen versehen von Hermann Wendel. Preis broschiert 2,50 Mark, gebunden 3 Mark.

Der Uebersetzer sagt über das Buch in seiner Vorrede u. a:

„Mit der Uebertragung dieses Buches glaube ich einem Bedürfnis entgegenzukommen. In der Tat verfolgt das deutsche klassenbewußte Proletariat den Vormarsch der sozialistischen Arbeiter Frankreichs mit einer Anteilnahme und einer Spannung, wie den keiner anderen proletarischen Partei. Daß dieser Anteilnahme nicht

in allen Fällen die Sachkenntnis entspricht, liegt einmal an den durchaus nicht einfachen und klaren Verhältnissen des französischen Sozialismus, wie auch daran, daß eine zusammenfassende Darstellung der politischen Arbeiterbewegung Frankreichs in deutscher Sprache nicht existierte. Ein Buch, das die Wurzeln und Verzweigungen des französischen Sozialismus bloßlegen will, dürfte also wohl willkommen sein.

„Möge die Uebersetzung dazu beitragen, die Bande internationaler Waffenbrüderschaft zwischen der deutschen und der französischen Arbeiterklasse, die durch ein paar bunte Grenzpfähle getrennt, aber durch eine ganze Welt verbunden sind, noch enger zu knüpfen."

Die Philosophie Spinozas. Von J. Stern. Dritte, stark verbesserte Auflage. Preis broschiert 1,50 M., gebunden 2 M.

Die ununterbrochene Nachfrage nach diesem Buch hat den Verfasser zu einer gründlichen Durchsicht des Textes veranlaßt. Dabei ist eine Reihe von Verbesserungen und Erweiterungen angebracht worden, wodurch das Buch, das ein geschlossenes, philosophisches System auf der Grundlage des Spinozismus und zugleich eine Erläuterung des letzteren darstellt, allgemein verständlicher und leicht lesbar geworden ist.

Bildungsbestrebungen.

Im Gau Südbayern ist kürzlich eine Wanderbücherei mit dem Sitz in München ins Leben gerufen worden. Sie besteht aus wissenschaftlichen, Unterhaltungs- und Jugendschriften. Es werden jedesmal 10 bis 12 Bücher, aus den verschiedensten Gebieten zusammengestellt, als Postkistchen versandt. Genaue Fragebogen sollen ermöglichen, die Reihen nach Wunsch und Bedürfnis zusammenzustellen. Die Leihfrist ist für jede Sendung auf höchstens 8 Wochen festgesetzt. Die Entleihung ist kostenlos.

Ein Sozialdemokrat zur Stadtratswahl vorgeschlagen. Das Stadtverordnetenkollegium zu Dresden hat neben einem zweiten Bürgermeister auch noch je einen besoldeten und unbesoldeten Stadtrat zu wählen an Stelle des verstorbenen Landtagsabgeordneten Kunath. Der Wahlausschuß des Kollegiums schlägt nun neben zwei bürgerlichen Kandidaten auch den Kassenbeamten Genossen Krüger I offiziell mit vor. Das ist natürlich nur Heuchelei, denn daß unser Genosse auf sich nicht mehr als die sozialdemokratischen Stimmen vereinigt, ist eine ausgemachte Sache.

Den Austritt aus der Partei haben die drei „sozialdemokratischen Gemeindevertreter Kuhn, Haft und Feller zu Eschersheim erklärt. Sie hatten durch ein ganzes Bündel von Stegmüllereien die Partei kompromittiert, so daß ihnen Genosse Zielowski in öffentlicher Bürgerversammlung attestieren mußte, daß sie vom sozialdemokratischen Kommunalprogramm keine Ahnung haben. Dieses Zeugnis hat die Herren zu ihrer Erklärung bewogen. Die Konsequenz zu ziehen und ihre Mandate niederzulegen, das haben sie nicht fertig gebracht. Die Eschersheimer Genossen erklären in der „Frankfurter Volksstimme", daß sie den dreien keine Träne nachweinen. Besser wäre gewesen, sie hätten diese unsicheren Kantonisten nicht zu ihren Vertretern bestellt.

Ein eigenes Heim wird die Arbeiterschaft in Ronneburg zum 1. Februar beziehen. Die vereinigten Gewerkschaften haben das Parteilokal Fürstenkeller zum Preise von 69 000 M. käuflich erworben. Das Grundstück soll als Gewerkschaftshaus in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht umgewandelt werden. Der Besitzwechsel wird am 1. Februar vollzogen.

Personalien. Genosse Goßler scheidet aus der Redaktion der „Oberfränkischen Volkszeitung" zu Hof aus und übernimmt die Leitung der Oberfränkischen Genossenschaftsweberei Lipperts (Sitz Hof). Die „Oberfränkische Volkszeitung" sucht deshalb für sofort oder spätestens bis zum 1. April einen tüchtigen Lokalredakteur.

Klassenjustiz in Schweden.

Während des jetzt fast ein Jahr lang dauernden Kampfes der Hafenarbeiter von Norrköping gegen den Versuch, ihre Arbeitsgenossenschaft durch eine Ausbeutergesellschaft zu vernichten, brachte die sozialdemokratische Zeitung „Oestergötlands Folkblad" einige Zeilen über ein vom Unternehmertum eingerichtetes Streikbrecherlokal. Das führte zu einer Anklage wegen Preßvergehens, und am Sonnabend hat nun Norrköpings Rathausgericht den verantwortlichen Redakteur Anton Andersson zu nicht weniger als einem Jahr Gefängnis und zu 4500 Kronen Schadenersatz verurteilt! Für Beleidigung des Lokalinhabers soll er vier Monate sitzen, für Beleidigung der vier Aufwärterinnen je zwei Monate. Nur dadurch, daß man aus der Sache fünf Anklagen machte, konnte man zu dem hohen Strafmaß kommen. Sonst ist die höchste Strafe für derartige Vergehen sechs Monate. Das Norrköpings Rathausgericht ist übrigens wegen seiner harten Klassenurteile bekannt. Es war dieses selbe Gericht, das vor ungefähr einem Jahre den Genossen Sundström seines antimilitaristischen Flugblattes wegen zu einem Jahre Strafarbeit verurteilte. Die Strafe wurde dann allerdings von der höheren Instanz auf sechs Monate herabgesetzt. Voraussichtlich wird auch das jetzt gefällte Klassenurteil nicht die Billigung der höheren Instanz finden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Kleinkrieg. Die sozialdemokratische Bewegung im Wahlkreise Cleve-Geldern hat einen fortwährenden Kleinkrieg mit der Behörde zu führen. Im ganzen Wahlkreise steht unseren Genossen nicht der kleinste Raum zu einer Versammlung zur Verfügung. Die Lokalinhaber fürchten den Boykott des katholischen Klerus und die Aufmerksamkeit der Behörde. Unsere Genossen sind daher auf die schriftliche Agitation, Flugblatt- und Broschürenverteilung angewiesen. Nicht genug, daß sie dabei mit einer fanatisierten katholischen Landbevölkerung zu tun haben, die die Flugblattverteiler oft mit den Hofhunden empfängt, sie müssen auch gewärtig sein, daß stets einige der ihrigen verhaftet und ihnen das Agitationsmaterial abgenommen wird.

Vor einigen Tagen erdreistete sich ein Polizeibeamter in Goch sogar, einem in einer Restauration anwesenden Genossen Agitationskalender aus der Tasche zu nehmen. Um nun dem Manne zu zeigen, daß die Sozialdemokraten noch nicht ganz vogelfrei sind, ist gegen ihn wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt Strafantrag gestellt.

Wie gesetzeskundig die Behörde im allgemeinen in dem Kreise ist, zeigte dieser Tage eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Goch. Zwei Genossen waren angeklagt, Flugblätter von Haus zu Haus verteilt zu haben, ohne im Besitz einer polizeilichen Erlaubnis zu sein. Ein Gendarmeriewachtmeister bekundete als Zeuge, daß er die beiden Uebeltäter erwischt habe. Der Bürgermeister von Goch, der als Amtsanwalt fungierte, beantragte für jeden der Angeklagten 20 M. Geldstrafe und zwar auf Grund des preußischen Preßgesetzes, § 10.

Es mußte dem Herrn von der Verteidigung gründlich klar gemacht werden, daß eine polizeiliche Erlaubnis zur Verteilung von Flugblättern von Haus zu Haus gar nicht nötig ist und daß der angezogene Paragraph in diesem Falle nicht anwendbar sei. Nebenbei fielen noch einige sarkastische Hiebe für die Staatsanwaltschaft, die eine solche unsinnige Anklage erhoben.

Schnell eilte darauf der Gendarm noch einmal als Retter herbei; er wollte gesehen haben, daß ein Angeklagter die Flugblätter von der Straße in einen Hausflur geworfen habe, so daß die Verteilung also eine öffentliche gewesen sei. Schließlich mußte der Ordnungswächter aber zugeben, daß er selbst nichts gesehen habe, ihm sei nur eine Mitteilung von anderen Personen gemacht worden. Der Richter hielt es noch nicht einmal für nötig, den Gendarm wegen der sich völlig widersprechenden Aussagen Vorhaltungen zu machen. Das Gericht kam notgedrungen zur Freisprechung. Vielleicht hat die Verhandlung das Gute, die Polizei etwas mehr an das Studium der Gesetze zu gewöhnen, damit unsere Genossen nicht mehr unter fortwährenden Drangsalierungen durch gesetzesunkundige Beamte zu leiden haben.

Redakteurfreuden. Eine dreiwöchige Gefängnisstrafe trat am Donnerstag Genosse Albert in Breslau im dortigen Strafgefängnisse an. Er soll in der „Volkswacht" ein paar Steiger, die in der Grube hurrapatriotische Agitation gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Sachse getrieben, beleidigt haben.

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Haftpflicht des Hausbesitzers für ein morsches Treppengeländer. In dem Grundstück eines Hausbesitzers L. **der Reinickendorfer Straße zu Berlin** führt eine Treppe vom 4. Stockwerk nach dem Trockenboden. Diese Treppe hatte eine Zeitlang ein mangelhaftes Treppengeländer: dasselbe war durchmorscht und nicht standhaft. L. will deshalb auch schon einen Tischler mit der Reparatur beauftragt haben. Ehe dieses aber ausgeführt wurde, kam die in dem Hause des L. wohnende **Frau Bittner dadurch zu Unglück**, daß sie sich am 15. September 1905 auf der Treppe einige Stufen unterhalb des Trockenbodens über das Geländer derselben beugte, um sich dadurch zu überzeugen, ob das von ihr gehörte Klingeln durch jemand, der zu ihr wollte, an ihrer Wohnung verursacht wäre. Sie wollte durch das Hinuntersehen über das Geländer Zeit sparen, um nicht die ganze Treppe vom Wäscheboden bis zu ihrer Wohnung herabsteigen zu müssen. Nach der Tatbestandsfeststellung des Kammergerichts mußte das Ueberbeugen soweit geschehen, daß die Frau das Obergewicht bereits verloren hatte und einen Halt im Geländer suchte. Bei diesem Versuch, nach ihrer Wohnung zu sehen, **brach das Geländer plötzlich ab** und Frau B. fiel bis auf den Flur ihrer Wohnung.

Infolge der entstandenen Schädigungen an ihrem Körper und ihrer Gesundheit machte die Verunglückte Schadensersatzansprüche gegen den Hauswirt geltend, da er als Vermieter für die ordentliche Instandhaltung der Räumlichkeiten zu sorgen hätte. Der Beklagte bestritt, daß das Holz des Geländers bereits durchmorscht gewesen wäre und berief sich auch darauf, daß er dem Tischler bereits Auftrag zur Reparatur gegeben hatte.

Das Landgericht Berlin entschied dahin, daß der **Klägerin** wie dem Beklagten an dem Unfall ein **Verschulden** treffe, daß jedoch das Verschulden der Klägerin infolge ihrer Unvorsichtigkeit größer sei und diese deshalb **zu Dreiviertel**, der **Beklagte zu Einviertel den Schaden** zu tragen habe. Es erkannte darum die Schadensersatzansprüche der Klägerin nur zu 25 Proz. für gerechtfertigt an. Auf die Berufung der Klägerin urteilte das **Kammergericht in umgekehrtem Sinne und sprach der Klägerin 75 Proz. als Ersatz des Schadens zu.** In der Begründung heißt es, daß der Vermieter eines Wohnhauses auch für dessen ordnungsmäßige Instandhaltung und gefahrlose Benutzung zu sorgen habe. Wenn die Reparatur vorgenommen werden sollte und der Tischler zögerte, so hätte der Beklagte und sein Verwalter den Tischler daran erinnern und auf die Abstellung des Mangels dringen müssen. Allerdings treffe auch die Klägerin ein Mitverschulden an dem Unfalle, da sie den mangelhaften Zustand des Treppengeländers kannte. Da sie jedoch in der Eile gehandelt habe, um die Tür ihrer Wohnung zu sehen, so sei ihre Unachtsamkeit so weit zu entschuldigen, daß sie gegenüber dem Verschulden des Beklagten nicht mehr als ein Viertel ausmache.

Die vom Beklagten gegen das kammergerichtliche Urteil eingelegte **Revision** hatte keinen Erfolg und wurde **vom 3. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.**

Hohe Gehälter für die oberen Beamten — Abfälle für die Arbeiter. Angesichts der Tatsache, daß die Staatsarbeiter in Bayern bei der Lohnaufbesserung nur ein Almosen und zum Teil gar nichts bekamen, griff unter ihnen eine starke Erbitterung Platz. Um den Staatsarbeitern zu beweisen, daß für sie sein Herz ganz besonders warm schlägt, veröffentlicht der bayerische Verkehrsminister nun eine spaltenlange Vorschrift, daß die **Abfälle** an Holz in den Staatsbetrieben in erster Linie an die schlechtest Bezahlten — **verkauft** werden sollen. — Keine Lohnzulage, aber Abfälle. Staatliche Sozialpolitik!

Terrorismus einer Eisenbahnverwaltung.

Ein **unglaublicher Terrorismus gegen Arbeiter** gelangte durch eine Verhandlung vor dem **Gewerbegericht** in **Dresden** an die Oeffentlichkeit. Es klagten hier zwei bei der **Fuhrwerksgesellschaft Schiffner u. Co.** beschäftigte **Arbeiter** auf Rückzahlung von 2,25 M. und 1,00 M., welche Beträge den Klägern **vom Lohn als Strafgelder abgezogen worden waren!** Das interessanteste bei der ganzen Angelegenheit ist, daß die Strafen nicht vom Unternehmer, sondern **von der sächsischen Eisenbahnverwaltung** über die Arbeiter **verhängt wurden.** Das Verhältnis der Firma Schiffner u. Co. zur Eisenbahnverwaltung besteht darin, daß diese Frachtgüter für die letztere verladet. Ein Vertrag, welchen die Eisenbahnverwaltung mit der Firma abgeschlossen hat, enthält einen Passus, wonach die Eisenbahnverwaltung sich für berechtigt hält, die Arbeiter zu bestrafen. Die über Arbeiter verhängten Strafverfügungen wurden diesen amtlich zugestellt und durch die Firma eingetrieben. Im vorliegenden Falle sind die Arbeiter wegen nicht Ausführens von Ueberstunden bestraft worden. Vom Bodenmeister der Bahnverwaltung wurde den Arbeitern bekannt gegeben: **„Wer keine Ueberstunden macht, wird bestraft."** Die Kläger machten keine Ueberstunden und erhielten dafür eine Strafe von je 1 M.! Bald darauf wurde bekannt gemacht: **„Wer keine Ueberstunden macht, erhält eine höhere Strafe."** Einer der Kläger machte wieder keine Ueberstunden und die Folge war **1,25 M. Strafe!** vom Lohn abgezogen. Mehrere ebenfalls bestrafte Arbeiter unterwarfen sich den Strafverfügungen, während sich die beiden Kläger nicht der Strafe unterwarfen.

Das Gewerbegericht **verurteilte die Beklagte zur Rückzahlung der vom Lohn abgezogenen Strafgelder**, indem es ausführt, daß die Eisenbahnverwaltung **nicht befugt** sei, die Arbeiter zu bestrafen, da diese Angestellte der Firma sind. Die **Lohnabzüge sind somit unzulässig** und zurückzuzahlen.

Zum Aerztekonflikt in Döhlen.

Das offizielle Organ des streitbaren Leipziger Aerzteverbandes, die „Aerztlichen Mitteilungen" vom 10. Januar, bringen eine längere Darlegung über den Döhlener Aerztekonflikt, in dem sie sich krampfhaft bemühen, die Darstellung des „Vorwärts" über diese Angelegenheit als ein „völlig entstelltes Bild" hinzustellen.

Tatsächlich widerlegt die ganze dann von den Aerzten gegebene Darstellung des Leipziger ärztlichen Organs **auch nicht eine der im „Vorwärts" aufgestellten Behauptungen.** Das Elaborat hat offensichtlich nur den Zweck, den Arzt, der herausgebissen werden soll, als „Sozialdemokraten" den Behörden zu empfehlen. In der ganzen Angelegenheit handelt es sich aber tatsächlich nicht um den Arzt, sondern um das **Selbstverwaltungsrecht des Kassenvorstandes**, das die honorigen Aerzte im Plauenschen Grunde mißachteten. Ihnen war die freie Arztwahl, für die sie **sonst** wie die Löwen kämpfen, hier nicht angenehm, weil ein junger Kollege die Früchte davon erntete und die alteingesessenen Aerzte in den Mond guckten. Das sind die Folgen der freien Arztwahl, wie sie sich auch bei anderen Kassen: München, Köln usw. zeigen. Der Kassenvorstand hatte die Aufhebung der freien Arztwahl abgelehnt, nicht aus Liebe zu dem einen, im übrigen wegen seiner Tüchtigkeit und Hülfsbereitschaft beliebten Arzt, sondern weil bei einer Betriebskrankenkasse ein anderes System für die Arbeiter gewisse Gefahren in sich birgt.

Die Behauptung der honorigen Aerzte in der Leipziger Streitschrift, der von ihnen bekämpfte Arzt hätte beabsichtigt, seine Kollegen von der Bearztung der Kassenmitglieder des Döhlener Werkes vollständig zu eliminieren, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Selbstverständlich mußte der Arzt, als sein Patientenkreis so groß wurde, daß er ihn nicht allein bearzten konnte, sich nach Assistenz umsehen, und hat das auch getan, wie viele seiner Kollegen auch, ohne daß ihnen deshalb „nichtstandeswürdiges Benehmen" vorgeworfen würde.

Die ganze Geschichte ist eben nichts weiter als krasser Neid auf einen vielbeschäftigten und beliebten Kollegen. Man schwenkt den roten Lappen, um den Arzt nach oben anzuschwärzen. Ein ebenso beliebtes wie verwerfliches Mittel gewisser Kreise, wenn sie sachlich keinen Grund für ihr ungewöhnliches Verhalten vorbringen können.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Einigungsfrage bei den Fliesenlegern.

Am Donnerstag nahm eine Versammlung des Ortsvereins der Freien Vereinigung der Fliesenleger und Hülfsarbeiter Stellung zu der Einigungsfrage. Der Referent Puttlitz besprach die Vorgeschichte der Einigungsbewegung und führte aus: Die Fliesenleger standen anfangs auf dem Standpunkt, daß sie ohne Zustimmung des Kongresses der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften sich nicht für Einigungsverhandlungen erklären könnten. Inzwischen haben aber die Zimmerer und die Maurer sich für den Anschluß an die Verbände entschieden, so daß also die Einigungsfrage für die Fliesenleger in ein anderes Licht gerückt worden sei. Das Anwachsen der Unternehmerorganisation sowie das Entstehen unternehmerfreundlicher Arbeitervereine mache die Einheitlichkeit der klassenbewußten Gewerkschaftsorganisationen zur Notwendigkeit. Auf eine erneute Anfrage des Parteivorstandes habe die Leitung der Fliesenleger geantwortet, daß sie erst nach Abschluß ihrer Lohnbewegung zu der Frage Stellung nehmen könne. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen. Eine Resolution, die sich für Eintritt in Einigungsverhandlungen erklärt, sei bereits von 14 Ortsvereinen — der größten Mehrzahl derselben — angenommen worden. Jetzt habe sich der Berliner Ortsverein als letzter über diese Angelegenheit zu entscheiden. Der Redner legte die nachstehende Resolution vor, die nach kurzer Besprechung einstimmig angenommen wurde.

„Anerkennend, daß ein einiges und geschlossenes Handeln auf gewerkschaftlichem Gebiete sehr im Interesse der Arbeiterschaft liegt, erklärt sich die Versammlung, der Anregung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei folgend, damit einverstanden, daß der Vorstand unserer Vereinigung an etwa stattfindenden Einigungsverhandlungen teilnimmt. Jedoch lehnt es der Verein ab, für sich allein in Einigungsverhandlungen zwecks Verschmelzung mit oder Anschluß an andere Organisationen einzutreten, um die Einheitlichkeit unserer Gesamtvereinigung auch in dieser Frage zu wahren. Die Versammlung beauftragt unsere Vertreter, bei den Verhandlungen die bisherige Tendenz unserer Organisation sowohl als auch das Bestimmungsrecht der Fliesenleger resp. Hülfsarbeiter über ihre speziellen beruflichen Angelegenheiten in wirksamer Weise wahrzunehmen, weil insbesondere letzteres, durch die eigenartigen Verhältnisse unseres Berufes eine unbedingte Notwendigkeit ist und deshalb statutarisch garantiert werden muß. Der Vorstand ist jedoch nicht befugt, selbständig endgültige Abmachungen zu treffen, sondern hat das Ergebnis der Verhandlungen den Ortsvereinen durch Zirkular zur Beratung zu übermitteln. Ist dies geschehen, so ist umgehend die 6. Konferenz der Fliesenleger und Hülfsarbeiter Deutschlands einzuberufen, welche für uns den endgültigen Entscheid in der Einigungsfrage zu treffen hat."

Eine gelbe Größe.

Herr Meinke, der berühmte ehemalige Arbeitsvermittler der Tischlerinnung und Gründer des gelben Vereins der Holzarbeiter wurde von einer am 16. d. M. stattgefundenen Versammlung der Gelben wegen Unregelmäßigkeiten in der Geschäfts- und Kassenführung seines Amtes als Vorsitzender und Arbeitsvermittler des gelben Vereins enthoben. Seiner Amtsentsetzung gingen turbulente Szenen voraus. Seinen Gepflogenheiten folgend, wollte er in dieser Versammlung wieder einmal einige Mitglieder, die ihm etwas zu scharf auf die Finger sahen, an die Luft setzen mit dem Hinweis, daß diese Leute als „sozialdemokratische Verbändler" nur spionierten. Der bei den Mitgliedern des Vereins schon längst schlummernde Verdacht gegen Meinke bekam durch das gewalttätige Vorgehen des M. neue Nahrung. Sie ließen die Ausweisung trotz der von M. requirierten Polizei nicht zu und kamen im weiteren Verlauf der Raufereien mit dem Vorstand zu dessen Entsetzung. Schließlich wollte M. noch ein Vereinsbuch verschwinden lassen, das ihm aber auf Veranlassung von Mitgliedern von einem Polizeibeamten wieder abgenommen wurde. Eine Revisionskommission soll das Geschäftsgebaren Meinkes prüfen und ihn eventuell gerichtlich zur Verantwortung ziehen. Nach Schluß der Versammlung rauften sich die Gelben noch zum Vergnügen untereinander.

In der Magnesia-Kompagnie (Inh. Silberstein), Wilmersdorf, Kaiser-Allee 19 und Aschaffenburger Straße 25, ist es wegen Akkordreduzierungen zum Teilausstand gekommen, und dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach eine Uebertragung des Abzuges auf alle dort Beschäftigten erfolgen. Wir ersuchen, jeden Zuzug strengstens fernzuhalten. Die Organisationsleitung

Deutsches Reich.

Der Kampf in der sächsischen Wirkerbranche verschärft sich immer mehr. Bekanntlich sind in Goensdorf die Arbeiter in drei Fabriken wegen einer Lohnreduktion bis zu 20 Proz. in den Streik getreten. Die Unternehmer nannten die Lohnreduktion Lohnregulierung. Sie hatten nämlich auch auf einzelne Artikel minimale Aufbesserungen des Lohnes gemacht. Wie aber die „Lohnregulierung" aussieht, beweisen die Lohndifferenzen, welche die Arbeiter der Firma Dressel in einer Woche gegen früher gehabt haben. Unter der Geltung des neuen Tarifes erhielten 36 Arbeiter zusammen 121,75 M. weniger als früher und 5 Arbeiter 1,95 M. mehr an Lohn. Man sieht, die Herren Unternehmer machen mit dieser „Lohnregulierung" ein sehr gutes Geschäft. Den Streik beantworteten die Unternehmer zunächst mit der Aussperrung der Arbeiter der in Goensdorf noch vorhandenen vierten Fabrik. Im ganzen liegen 410 Arbeiter und 154 Arbeiterinnen auf der Straße. Jetzt übertragen die Unternehmer den Kampf noch auf andere Orte. Eine Errungenschaft der Lohnbewegung der letzten Jahre war die Einführung von **Arbeiterausschüssen.** So lange die Konjunktur günstig war, wurden die Ausschüsse respektiert. Jetzt glaubt man mit der unbequemen Vertretung der Arbeiter in der Fabrik aufräumen zu können. Die Firma **Günther und Drechsel** in Meinersdorf und die Firma **Eger u. Richter** in Thalheim haben zusammen 19 Personen gekündigt, **unter ihnen befindet sich in beiden Fällen der gesamte Arbeiterausschuß.** Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Unternehmer nach einem bestimmten Plane handeln. Sie lassen nichts unversucht, um ihren Zweck, die beabsichtigte Lohnreduktion, zu erreichen. Unter solchen Umständen muß der Kampf immer größere Dimensionen annehmen.

Die Lohnreduktionen im Bergbau

sind durch eine Meldung des Wolffschen Bureaus in Abrede gestellt worden. Auf den Stinnesschen Gruben werden aber die Löhne trotz aller Dementis immer weiter reduziert. Den Heuern ist eine weitere Lohnreduktion für den 1. Februar angekündigt worden. Am Schichtlohn sind nochmals 25 Pf. gebrochen, vom 1. Februar soll der höchste Schichtlohnsatz 4,50 M. betragen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Erstickt.

Nürnberg, 17. Januar. (W. H.) In Blindenham (Oberpfalz) fanden zwei **Hammerschmiedegesellen**, die eine unheizbare Kammer mit einem Kohlenfeuer erwärmen wollten, **während des Schlafes den Erstickungstod.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

82. Sitzung vom Freitag, den 17. Januar, 1 Uhr nachmittags.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen betr.

Regelung des Knappschaftswesens.

Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.):

„Die Unterzeichneten richten an den Reichskanzler die Anfrage, ob er eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vorzulegen gedenkt, welche die Verhältnisse im Knappschaftswesen in einer für die Arbeiter befriedigenden Weise regelt.“

Interpellation Giesberts, Wiedeberg, Schiffer (Z.):

„Sind dem Reichskanzler die Schwierigkeiten bei der Einführung des Knappschaftsstatuts im Oberbergamtsbezirk Dortmund sowie das endgültige Scheitern eines Statuts und infolgedessen des Anschlusses an den Rückversicherungsverband bekannt? Gedenkt der Reichskanzler baldtunlichst einen Gesetzentwurf zwecks einheitlicher reichsgesetzlicher Regelung des Knappschaftswesens vorzulegen?“

Interpellation Behrens, Kölle, Linz (Wirtsch. Vg.):

„Sind dem Herrn Reichskanzler die sehr erheblichen Schwierigkeiten bekannt, welche sich bei der Durchführung der Knappschaftsreform im Oberbergamtsbezirk Dortmund ergaben und die zur Ablehnung des Statuts führten?

Sind weiter dem Reichskanzler die im Knappschaftswesen überhaupt vorhandenen, völlig ungenügenden Zustände bekannt, unter welchen die Invaliden, Witwen und Waisen der Bergleute zu leiden haben?

Ist der Reichskanzler bereit, noch in dieser Session zur Abhülfe dieser Uebelstände dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen?“

Die Interpellation des Zentrums begründet

Abg. **Schiffer** (Z.): Die Bezüge der invaliden Bergleute aus den Knappschaftskassen sind vollkommen ungenügend. Als die Bergleute nach ihrem großen Kampfe vor zwei Jahren die Arbeit wieder aufnahmen, setzten sie ihr Vertrauen auf die preußische Regierung. Dies Vertrauen hat sie getäuscht; die Gesetzesvorlage der preußischen Regierung war völlig ungenügend und ist von der reaktionären Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses noch verschlechtert worden. Die Arbeit des Bergbaues ist in dem Jahrzehnt von 1896—1905 immer ruinöser geworden. **Die Zahl der Unfälle stieg in dieser Zeit um 20 Proz., die der Krankheitsfälle von 50 Proz. der Belegschaft auf 62 Proz., die Zahl der Erkrankten stieg um 84 Proz., die der Krankheitstage um 101 Proz.,** während die Belegschaftsziffer nur um 48 Proz. wuchs. Im Gebiete des Allgemeinen Knappschaftsvereins weisen die Zahlen noch schlimmere Verhältnisse auf. **So sank das Lebensalter der Bergleute von 48,6 auf 43,0 Jahre!** Es kann hier nicht verschwiegen werden, daß an der Verkürzung der Lebensdauer, an der Vermehrung der Krankheits- und Unfälle der Umstand wesentlich Schuld trägt, daß die preußische Regierung und der preußische Landtag nichts Wesentliches auf dem Gebiete des Bergarbeiterschutzes getan haben. Die Knappschaftskassen im Saarrevier, wo staatlicher Bergbau herrscht, erhalten vom Staat höhere Beiträge als im Ruhrrevier von den Arbeitgebern; im Ruhrrevier bleiben sie weit hinter denen der Arbeiter zurück; daher sind die Kassen im Ruhrrevier auch viel weniger leistungsfähig. Die Bergwerksbesitzer können sich wahrhaftig über eine zu große Belastung für Versicherung der Arbeiter nicht beklagen, **während ihre Gewinne ganz außerordentlich hoch sind.** Viele Knappschaftskassen sind nicht mehr lebensfähig; deshalb hat nun die preußische Regierung im Jahre 1906 eine Vorlage betr. das Knappschaftswesen eingebracht, die ja einige Verbesserungen bringt. **„Die Mehrheit des Landtages hat diese Novelle zum Knappschaftsgesetz in gleicher Weise verschlechtert, wie im Jahre vorher das Berggesetz.“** In dieser Frage stehen die Bergarbeiterverbände aller Richtungen zusammen. Sie verlangen eine reichsgesetzliche Regelung der Materie, die auch im Interesse der Bergherren selbst liegt. Daß der preußische Landtag etwas Brauchbares schaffen wird, glauben sie nicht; dieser hat die Berggesetznovelle im Jahre 1905 so verschlechtert, daß die Regierung ihren gerupften Vogel kaum wieder erkannte. (Heiterkeit.) Zum Reichstag und zum Bundesrat haben wir mehr Vertrauen. Hat doch der Reichskanzler, wie man sagt, am 26. Januar vorigen Jahres, am Tage nach den Wahlen, dem Kaiser geantwortet, als er ihn fragte, wie es mit der Fortführung der Sozialreform gehalten werden solle: Nun erst recht! Möge er dies Wort wahr machen. (Beifall im Zentrum.)

Zur Begründung der Interpellation Albrecht und Gen. (Soz.) erhält das Wort

Abg. **Hue** (Soz.):

Wir haben die Anfrage an die Regierung gerichtet, wann sie eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vorzulegen gedenkt, die eine Regelung der Knappschaftsverhältnisse in einer für die Arbeiter befriedigenden Weise enthält. Sie wissen, daß in diesem Hause vor allen Dingen die sozialdemokratische Partei wiederholt Anträge auf die Einbringung eines Reichsberggesetzes gestellt hat. Wir bescheiden uns aber, mit Rücksicht auf die akut gewordene Knappschaftsfrage, zunächst damit, in bezug auf das Knappschaftswesen eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz zu fordern. Vorhin wurde die „Nationalzeitung“ genannt und auf einen Artikel hingewiesen, in welchem es heißt, daß man bei der Ablehnung des Knappschaftsstatuts kaum von einem sachlichen Motiv sprechen kann. Ich halte es deshalb für notwendig, vor dem ganzen Lande festzustellen, daß das Aeltestenkollegium aus Vertretern der verschiedensten Parteien zusammengesetzt ist und daß in der Siebenerkommission ebenfalls Vertreter der verschiedensten Parteien sitzen; zwei davon gehören gegenwärtig dem Block an. Wie ist es möglich, die Haltung der Arbeitervertreter unter solchen Umständen auf politische Motive zurückzuführen? Man hat immer damit zu rechnen, daß in der Siebenerkommission und im Aeltestenkollegium Anhänger der Regierung sitzen. Ich rufe den Kollegen Behrens zum Zeugen dafür auf, daß in der Siebenerkommission niemals Beschlüsse gefaßt sind aus parteipolitischen Erwägungen heraus und daß für das Verhalten der Siebenerkommission niemals parteipolitische Erwägungen bestimmend gewesen sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Ich sehe: Herr Kollege Behrens nickt mir zu.

Gestatten Sie mir noch eine andere Bemerkung: Vor 14 Tagen habe ich in Bochum über die Materie gesprochen, die uns heute beschäftigt, und über das Verhältnis der Herren vom Zentrum zu den Bergarbeitern. Ich soll dort die Herren in Schutz genommen haben gegen die Behauptung, sie hätten die Berggesetznovelle von 1905 verschlechtert. Wir haben niemals gesagt, daß das Zentrum die Verschlechterungsanträge gestellt hat. Wir behaupten vielmehr, daß das Zentrum schließlich den Verschlechterungsanträgen zugestimmt hat und daß Sie (zum Zentrum) deshalb mitverantwortlich sind für das Gesetz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Polen haben selbstverständlich gegen das Gesetz gestimmt. Auch die Herren von der Freisinnigen Partei stimmten dagegen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Herren Fischbeck, Kopsch und Wiemer haben in diesem Falle etwas getan, was den Wünschen der Bergarbeiter vollständig entsprochen hat.

Ferner haben wir dem Zentrum den Vorwurf gemacht, daß Sie (zum Zentrum) das, was Sie versprochen haben, nämlich mindestens die Regierungsvorlage durchzusetzen, nicht gehalten haben. (Widerspruch im Zentrum.) Zu tutzenden Malen haben Sie das versprochen, und wenn Sie diesen Standpunkt innegehalten hätten, dann hätten Sie einstimmig gegen das Gesetz gestimmt, und dann hätte sich die Regierung dem Willen der nationalliberal-konservativen Mehrheit nicht gebeugt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Zuruf im Zentrum: Im Gegenteil!) Ich verweise auf die Verhandlungen der Kommission des Herrenhauses, wo gesagt wurde: Wenn in diesem Hause nicht mindestens das zustande käme, was im Abgeordnetenhause beschlossen war, so wäre die Gefahr einer Reichsberggesetzgebung vorhanden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist es, was wir Ihnen (zum Zentrum) zum Vorwurf machen und was die Arbeiter nicht vergessen. Mein Kollege Sachse kann bestätigen, daß christliche Bergarbeiter, die noch vor zwei Jahren sagten, das Zentrum habe gut daran getan, der Berggesetznovelle zuzustimmen, heute unserer Meinung sind.

Der Herr Kollege Schiffer hat vorhin mehrfach von der reaktionären Mehrheit des Abgeordnetenhauses gesprochen; sie ist aber anders zusammengesetzt als er glaubt. Herr Spahn hat damals das Gesetz für annehmenswert erklärt. Ich mache Herrn Kollegen Spahn und auch sonst niemandem den Vorwurf, daß sie persönlich aus Feindschaft gegen die Arbeiterschaft böswillig diese oder jene Gesetzesbestimmung vorgeschlagen oder angenommen haben. Ich möchte nur dringend den Wunsch aussprechen, daß man bei kommenden Gesetzesvorlagen, auch wenn man Jurist ist, auch wenn man hervorragender Jurist ist, auf die Stimme der Arbeiterschaft mehr hören möge. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was hat denn nun das Gesetz von 1905, dieser wunderbare Erfolg des Zentrums, gebracht? Eine Verkürzung der Schichtzeit, eine Einschränkung der Arbeitszeit! Und was ist der Erfolg? **In den verschiedensten Bezirken sind seit 1888 noch niemals so viele Ueberschichten gemacht und so viele Schichten verfahren wie im Jahre 1906.** (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) An der Schichtzeit ist so gut wie gar nichts geändert worden, ja so weit geht die Auslegungsfähigkeit des Gesetzes — das sage ich speziell für die Herren von der Regierung —, daß eine Betriebsverwaltung versucht hat, die Ein- und Ausfahrt der Bergarbeiter als „Ruhezeit“ anzusetzen!

Die Zahl der Unfälle

ist im Ruhrgebiet von 44 267 im Jahre 1905 auf 46 524 im Jahre 1906 gestiegen, die Zahl der Getöteten von 586 im Jahre 1905 auf 677 im Jahre 1906. Das ist geschehen unter der Geltung dieses Gesetzes, das wiederholt hier im Reichstage als ein annehmbares gepriesen ist. So sieht es mit dem Berggesetz aus. Steine hat man uns gegeben statt Brot. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Warum sind wir denn noch nicht weiter gekommen mit einem Reichsberggesetz? Auch die christlichnationalen Arbeiter verlangen ein Reichsberggesetz. Warum stehen wir denn noch immer vor verschlossenen Türen? An den Sozialdemokraten liegt das nicht. Im Jahre 1894 hat die sozialdemokratische Fraktion einen

Antrag auf Einführung eines Reichsberggesetzes

gestellt. Sie hat ihn wiederholt in den Jahren 1895 und 1896. Am 11. Dezember 1896 sprach sich der Abg. Lerno vom Zentrum entschieden gegen ein Reichsberggesetz aus! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten, Zuruf im Zentrum: Für seine Person!) Das ist immer so. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich werde Ihnen gleich noch mehr Gelegenheit geben, diesen Zuruf zu wiederholen. Schon 1896 hat sich Prof. Arendt, eine Autorität im Bergwesen, dafür ausgesprochen, daß die Fürsorge für die Bergleute gleichmäßig im ganzen Reiche geregelt werde. Eine ganze Reihe von Autoritäten haben sich für reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens ausgesprochen. Als wir Sozialdemokraten im Jahre 1896 den Antrag stellten, im bürgerlichen Gesetzbuch die Einführungsworte zu streichen, daß diese Materie der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben soll, haben sich die gesamten bürgerlichen Parteien dagegen erklärt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Session 1897/98, 1898/99 und 1903/04 haben wir ebenfalls entsprechende Anträge im Reichstage eingebracht. Erst im Jahre 1897/98 sind die Herren der Freisinnigen Partei — es war der Abg. Lenzmann — mit dem Verlangen hervorgetreten, das Knappschaftswesen reichsgesetzlich zu regeln. Erst viel später kam das Zentrum. Hätten die Anträge der Sozialdemokraten Anklang gefunden, hätte man nicht kurzerhand gesagt, die sozialdemokratischen Anträge taugen nichts, dann würde man auf dem Gebiete der reichsgesetzlichen Regelung des Knappschaftswesens viel weiter sein, und dann würde man auch gegen das Syndikatswesen, gegen die Konzentration der Unternehmer viel bessere Mittel zum Nutzen der Gesamtheit in der Hand haben, als es jetzt im preußischen Abgeordnetenhause der Fall ist. Eine Schwierigkeit, die Angelegenheit reichsgesetzlich zu regeln, bestand durchaus nicht. Meine politischen Freunde haben schon vor 25 Jahren einen Antrag eingebracht, der, wenn er angenommen worden wäre, eine erhebliche Verbesserung des Krankenkassenwesens bedeutet hätte. Die Frage der Verkürzung des Krankengeldes würde dann überhaupt nicht erhoben worden sein. Ich möchte auch darauf hinweisen, wie ein Vertreter der Fortschrittspartei, Campe, die Behandlung des Knappschaftswesens gegeißelt hat. Er sprach mit Rücksicht auf die schnöde Behandlung der Materie von der ganz elenden und erbärmlichen Methode. Auch der verstorbene Abg. Max Hirsch brachte seinerzeit einen Spezialantrag ein, der mit seiner Annahme wesentliche Verbesserungen des Knappschaftswesens schon damals gebracht hat. Das Zentrum ist mit großer Voreingenommenheit an die Frage der Regelung des Knappschaftswesens herangetreten. Der Abg. Stöcker — ich mache ihm nicht den Vorwurf, daß er arbeiterfeindliche Pläne hatte, er stammte selbst aus Arbeiterkreisen — brachte 1878 eine Menge Klagen gegen das Knappschaftswesen vor, schloß aber seine wirkungsvolle Rede zur allgemeinen Ueberraschung mit der Mitteilung, daß er sich trotzdem für eine Ausnahmestellung der Knappschaftskassen aussprechen müsse. Ich möchte jedoch nicht den Vorwurf erheben, daß dies absichtlich und böswillig gegen die Knappschaftskassen geschehen sei. Unser verstorbener Abg. Liebknecht hat schon vor 20 Jahren im sächsischen Landtag die ganze knappschaftliche Misere aufgedeckt, allerdings nur mit dem Erfolg, daß alles beim alten blieb.

Die Herren von der Regierung können also nicht sagen, daß die Anregungen auf knappschaftlichem Gebiete ihnen neu oder zu selten zugegangen seien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen eine Novelle zur Krankenversicherung, schon deshalb, weil heute durch die Reichsversicherung das Knappschaftswesen so kompliziert geworden ist, daß selbst Juristen sich in dem Wirrwarr nicht mehr zurechtfinden. Wie sollen das da erst die einfachen Arbeiter können. Wir fordern die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz aus Gründen der gesetzlichen Klarheit und Einheit. Wir sind an den Reichstag herangegangen, weil ja im preußischen Landtage kein Sozialdemokrat sitzt, aber auch weil wir

zum preußischen Landtage und zur preußischen Regierung nicht das mindeste Vertrauen

haben. (Lebhafte Zustimmung links.) **Ich werde nachher den Beweis dafür antreten, daß die preußische Regierung in den Ge-**

Kleines Feuilleton.

Die meteorologische Drachenstation am Bodensee. Die meteorologische Drachenstation am Bodensee, eine Schöpfung des Reiches und der Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen, wird im Frühjahr 1908 ihre Tätigkeit eröffnen. Sie hat ihren Sitz in Friedrichshafen, wo sich das Stationsgebäude am östlichen Ende des Hafens dem malerischen Hafenbild eingliedert. Das Hauptinventarstück der Station ist das Drachenboot „Gna“, das seinen Namen der nordischen Mythologie entlehnt und nach der Botin Friggs benannt ist, „gleich schnell zu Wasser wie in der Luft“. Das Boot ist aus Stahl hergestellt, etwa 27 Meter lang und 3,4 Meter breit; es wird durch Dampf getrieben und hat eine Geschwindigkeit von 17 bis 18 Seemeilen in der Stunde. Es ist somit wohl das schnellste Schiff auf dem Bodensee. Die Wahl des Bodensees als Operationsgebiet für eine meteorologische Drachenstation großen Stiles ist von besonderer Bedeutung. Es gibt fast nirgends sonst in Deutschland Flächengebiete, die so hindernisfrei wären, daß man darauf Drachenaufstiege in dem Bereich von vielen Kilometern bewerkstelligen könnte. Auch das Meer ist wegen der oft stürmischen See nicht so geeignet. Umsomehr bot sich für diesen Zweck unsere größte Binnenwasserfläche, der Bodensee, dar, auf dem die Verhältnisse geradezu ideal sind. Die weite Wasserfläche kommt vor allem der Regulierung der Drachenaufstiege zu statten. Bei schwachem Wind vermag das Drachenboot durch rasche Fahrt gegen den Wind den Gegendruck für den Auftrieb der Drachen zu verstärken; bei zu starkem Wind oder Sturm kann es den Druck mäßigen, indem es mit dem Winde fährt. Unter günstigen Verhältnissen vermag man die Drachen bis zu 5—6000 Meter Höhe zu bringen. Die meteorologischen Drachen sind kastenförmige Gestelle von leichten Holzstäben, die im oberen und unteren Drittel mit Stoff bezogen sind. Sie wiegen $^1/_2$—2 Kilogramm; dazu kommen die Registrierinstrumente im Gesamtgewicht von 1 Kilogramm. Als Drachenschnur wird Stahldraht in der Stärke von 0,7 bis 0,9 Millimeter verwendet. Der dünnste zur Verwendung kommende Draht wiegt pro Meter etwa 3 Gramm, also pro Kilometer bereits 3 Kilogramm. Um größere Höhen erreichen zu können, muß man am gleichen Draht eine größere Anzahl Drachen auflassen, indem man, nachdem der Registrierdrachen etwa 800 Meter Draht hat, einen neuen Drachen anhängt, der die Last des unter ihm folgenden Drahts übernimmt und so je nach 1000 weiteren Metern fortfährt. Die Station ist eine unter dem württembergischen statistischen Landesamt stehende württembergische Landesanstalt.

Humoristisches.

— **Klassische Kalauer.** Der Wiener Hofkapellmeister Fuchs hatte eine Motette komponiert und diese in der Votivkirche zur Aufführung gebracht. Besonders war dem Autor an dem Urteil seines Kollegen Hellmesberger gelegen, den er auch sofort befragte, wie ihm die Motette gefallen habe. Hellmesberger schlug ihm jovial auf die Schulter und intonierte: „Fuchs, die hast du ganz gestohlen . . .!“

Als Liszt von Rom zurückkehrte, wo er die kirchlichen Weihen empfangen hatte, eilte der Weimaraner Hofmusikdirektor Lassen zu ihm, um den neukreierten Abbé zu begrüßen. „Was Tausend, Liszt!“ rief er, „ich dachte, Sie tragen jetzt eine Tonsur, wieso haben Sie denn noch die ganze Haarmähne?“

Liszt saß gerade am Klavier, hatte keine Lust, dies Thema zu erörtern und erwiderte einfach: „Lassen, sieh mich ungeschoren!“

(„Lustige Blätter“.)

— **Der Gelehrte.** „Warum ist denn die junge Frau des Professors ihrem Mann eigentlich durchgebrannt?“ — „Weil er, anstatt des Seelenlebens seiner Frau, das der Maikäfer studiert hat!“

(„Fliegende Blätter.“)

— „Ach, Papa, willst Du mir nicht eine Trommel kaufen?“ — „Nein; ich befürchte, Du wirst mich mit dem Lärm stören.“ — „Nein, Papa, gewiß nicht; ich werde nur trommeln, wenn Du schläfst!“

(„Answers.“)

Notizen.

— **Vorträge. Börries von Münchhausen,** dem Balladendichter, und **Gottfried Keller** ist ein Vortragsabend gewidmet, den die Freie Lehrervereinigung für Kunstpflege Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses veranstaltet. Vortragender ist Emanuel Stockhausen. Karten zu 50 Pf. im Albrecht Dürer-Haus, Kronenstraße 18.

— **Der Polizeiwink.** Herr **Karl Böttcher** teilt uns mit, daß die Polizeizensur gegen sein Drama „Ausgewiesen“ in der Provinz mit einer neuen Nuance arbeitet, da sie ein offenes Verbot nicht mehr erzwingen kann. Sie legt den ängstlichen Theaterdirektoren nahe, die Aufführung zu unterlassen. Gegen diese hinterhältige Methode ist der geschädigte Autor natürlich wehrlos. Daß in solchem Vorgehen ein Mißbrauch der Amtsgewalt vorliegt, versteht sich. Die Theaterdirektoren, denen man mit solchen Zumutungen kommt, werden hoffentlich wissen, wie sie sich dagegen zu verhalten haben.

— **Täglicher Turnunterricht in Schulen.** Das lange Stillsitzen der Kinder in den Schulstunden führt unbedingt nachteilige Folgen für die Gesundheit herbei. Um diesen entgegenzuwirken und eine gute Körperhaltung zu fördern, hat die Regierung in Koburg verfügt, daß in den Volksschulen im Winter ein täglicher Turnunterricht eingeführt werden soll. Bestimmte Freiübungen werden täglich zehn Minuten lang möglichst im Freien geturnt. Es wäre wünschenswert, wenn auch andere Städte dieses Beispiel nachahmen würden.

— **Kapellmeistergehälter in Amerika.** Man spricht so oft von den fabelhaften Gagen, die berühmte Sänger in Amerika erhalten. Aber die Dirigenten von Namen stehen ihnen kaum nach. So erhält der italienische Kapellmeister Campanini an der New Yorker Oper 4000 M. die Woche. Die Gage Gustav Mahlers an der Metropolitan-Oper beträgt für die Saison vom 1. Februar bis zum 15. April 80 000 M. Muck erhält von dem Sinfonie-Verein in Boston für eine Saison von fünf Monaten 60 000 M. Der Konzertverein von Pittsburg bezahlt dem Dirigenten seines Orchesters Emil Paur 50 000 M. und Karl Pohlig bezieht in Philadelphia 32 000 M. Bei Virtuosen sind freilich die Summen noch phantastischer. Paderewski hat man bei einer Tournee von 80 Konzerten ein Minimum von 6000 M. für den Abend garantiert, aber seine Tournee bringt ihm fast das Doppelte, im ganzen etwa 1 000 000 M.; Kubelik verdient auf seiner Tournee eine halbe Million Mark.

— **Das älteste englische Patent,** d. h. das älteste Patent der Welt, von dem man heute noch weiß, wurde nach dem „Prometheus“ im Jahre 1612, unter der Regierung Jakobs I. erteilt. Dieses Patent, welches auf die Dauer von 30 Jahren erteilt wurde, bezog sich auf ein Verfahren zum Ausschmelzen von Eisenerz mittels Steinkohle. Zur Einführung scheint diese wichtige Neuerung aber nicht gekommen zu sein, da noch im 18. Jahrhundert die Eisenerze mit Holz und Holzkohle verhüttet wurden und z. B. in Sussex, einem Hauptsitz der alten englischen Eisenindustrie, nach der Vernichtung der dortigen Wälder die Eisenindustrie vollständig einging.

— **Eine Statistik der Theaterbrände.** Eine Aufzählung der Theaterbrandkatastrophen in den letzten Jahrzehnten bis zu dem noch in frischer Erinnerung stehenden Unglück im Iroquois-Theater in Chicago wird anläßlich des jüngsten Brandes des Opernhauses in Boyertown in einem englischen Blatte gegeben. Im März 1881 forderte der Brand des Stadttheaters und der Oper in Nizza gegen 350 Menschenleben, und noch in demselben Jahre, am 8. Dezember, erfolgte die Katastrophe im Wiener Ringtheater, bei der 470 Menschen den Tod in den Flammen fanden. Es folgten: 1883 Moskau mit 300 Toten, wenige Tage später der Zirkus Ferroni in Brevitschew mit 325, im Juni des gleichen Jahres das Sommertheater in Dervio mit 50 und im August das Theater Gopi Samuk in Japan mit 75 Toten. 1886 Nimnivelly (Indien) 100, 1887 Opéra Comique (Paris) 77, Exeter Theatre gegen 200, 1888 Oporto 170, 1894 Milwaukee 76, 1896 der Zirkus in Ekaterinoslaw mit 49, 1897 Kanton mit 230 und der Wohltätigkeitsbazar in Paris mit 124 Opfern. Dabei sind kleinere Katastrophen, die bis zu 50 Menschenleben forderten, noch gar nicht berücksichtigt.

heimlichen des Bergwerksministeriums das Material des Wahrheitsbeweises für die Klagen der Bergwerkarbeiter hat, und daß sie nicht wagt, sie der Oeffentlichkeit mitzuteilen, um den Grubenbesitzern nicht zu nahe zu treten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) **Das preußische Knappschaftsgesetz vom Jahre 1906** hat die Unständigkeit aufgehoben — da es unmöglich ist, den komplizierten Apparat des Knappschaftswesens hier darzulegen, müssen Sie diese technischen Ausdrücke schon in den Kauf nehmen. Die Gegenseitigkeitsverträge zwischen den einzelnen Knappschaftsvereinen sind also jetzt gesetzlich vorgeschrieben, aber diese Forderungen hat der Bergarbeiterverband schon vor 18 Jahren erhoben. Damals hieß es, das sei eine sozialdemokratische, utopistische Forderung, um das Knappschaftswesen kaput zu machen. Wenn man uns aber auch Negation und Mangel an positiver Arbeit vorwirft, so sind doch auch diese Verbesserungsvorschläge zuerst von uns angeregt worden. Jetzt sind sie gesetzlich durchgeführt, auch zum Nutzen der Bergwerksbesitzer; denn die knappschaftliche Misere war unhaltbar geworden. Aber andererseits hat es diese Knappschaftsnovelle von 1906 den Werksbesitzern ermöglicht, das Krankengeld herabzusetzen, die Unfallverletzten zu schädigen, die jetzt, gleichviel, ob ein Vereinbarungs- oder ein Zwangsstatut besteht, auf Grund des Gesetzes von der vierten Woche an mindestens 50 Pf. weniger bekommen als früher. Ferner hat es die Invaliden ihres aktiven und passiven Wahlrechts beraubt und dadurch die Herrschaft der Werksbesitzer in den Knappschaftskassen erneut befestigt; denn die Invaliden waren die einzigen, die Zeit genug hatten, sich einigermaßen in die komplizierte Materie des Knappschaftswesens einzuarbeiten; den Bergleuten, die den Tag über schwer schuften, ist das unmöglich. Die preußische Knappschaftsnovelle vom Jahre 1906 war also die Fortsetzung der Entrechtung der Bergarbeiter durch das Knappschaftsgesetz von 1854. Damit Sie nicht meinen, daß das sozialdemokratische Verhetzung sei, will ich Ihnen das Urteil des christlich-nationalen „Bergknappen" mitteilen:

„Die neuen Satzungen sind fast durchweg nicht den Wünschen der Arbeiter entsprechend ausgefallen. Vielfach bringen sie Verschlechterungen statt Verbesserungen, und die Verbesserungen haben überall durch Verschlechterungen erkauft werden müssen. Wenn sie trotzdem angenommen worden sind, so lag das an der schlechten Arbeitervertretung in den Außenrevieren. Im Ruhrgebiet sind rückgratfeste Arbeitervertreter vorhanden, und deshalb haben wir hier das Zwangsstatut, das den Unternehmern so günstig ist, daß sie ein Verlangen nach gütlicher Einigung nicht hatten. Nun können die Bergarbeiter des Ruhrbezirks die ganze Gesetzespfuscherei des preußischen Dreiklassenparlaments bewundern. Nur unter dem Dreiklassenwahlrecht, das der großen Masse des Volkes jeden Einfluß auf die Zusammensetzung der preußischen Volksvertretung nimmt."

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

So urteilt der christlichnationale „Bergknappe" über das preußische Abgeordnetenhaus, das der Reichskanzler noch vor wenigen Tagen als den „Stützpunkt der preußischen Politik" bezeichnet hat!

Aus Furcht vor den Zechenbesitzern hat die Regierung ihre ursprüngliche Vorlage im Stich gelassen, die wesentlich bessere Bestimmungen enthielt. Der erste Regierungsentwurf — mein verehrter Nachbar Oberbergrat Steinbrinck, der ihn verfaßt hat, wird es bestätigen — enthielt nichts von der Abschaffung der Grundrente, nichts vom Wahlrechtsraub der Invaliden, nichts von der öffentlichen Wahl des Knappschaftsältesten. Warum hat nun die preußische Regierung, der es so leicht war, sich das Vertrauen einer großen Masse von Arbeitern durch Festhalten an ihrer Vorlage zu erwerben, den Rückzug angetreten? Hier im Reichstage erklärt die Regierung ja so viele Verbesserungsvorschläge, die von unserer Seite kommen, für unannehmbar. Das preußische Abgeordnetenhaus aber hatte die Regierungsvorlage nach einem Worte der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" so gerupft, daß die Regierung ihren Vogel gar nicht wieder erkannte. Gleichwohl hat die Regierung den gerupften Vogel, den sie gar nicht wieder erkannte, als ihr Kind adoptiert! (Heiterkeit.) Sie wagt es eben nicht, den Zechenbesitzern den Fehdehandschuh hinzuwerfen.

Sie wissen, daß bei dem großen Bergarbeiterstreik ein Streitpunkt

das Nullen

war. Die Bergarbeiter hatten damals behauptet, daß ihnen durch das Nullen in einzelnen Fällen bis zu 15 Proz. ihrer Monatsforderung und ihres Lohnes genommen würden; die Regierung aber hat immer nur erklärt, wenigstens öffentlich, das Nullen sei nicht so schlimm: eins, zwei, drei Prozent, im schlimmsten Falle sechs Prozent der Förderung seien genullt worden. So hat sie mit ihrer ganzen Autorität die Behauptungen der Bergarbeiter als Uebertreibungen gekennzeichnet.

In den

Geheimakten des preußischen Bergwerksministeriums

sind aber Fälle aufgezeichnet, in denen **einzelnen Kameradschaften 10 Proz., 17 Proz., 18 Proz., 20 Proz., ja bis zu 28 Proz. der gesamten Monatsforderung genullt** wurden!! (Stürmische Hört! Hört-Rufe bei den Sozialdemokraten.) Dieses Material hat die Regierung den Landtagsabgeordneten, soweit sie in der Kommission saßen, mitgeteilt, jedoch nur vertraulich. (Erneute laute Hört! Hört-Rufe bei den Sozialdemokraten.) Wenn Reichsinteressen oder Fragen der Landesverteidigung in Betracht kommen, sind die Sozialdemokraten es gewiß nicht, die einen Geheimhaltungsbeschluß durchbrechen. Aber was für ein Interesse hat die preußische Regierung gehabt, vor der Oeffentlichkeit zu verschweigen, daß das, was die Bergarbeiter über ihren Lohnraub behaupteten, durch die Wirklichkeit noch übertroffen wird? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was für ein Interesse? Mag der Regierungsvertreter uns Antwort geben. Ich diene ihm im Bedarfsfalle noch mit weiterem Material. Ich konstatiere vor dem ganzen Lande, daß die Regierung den Bergarbeitern, die um ihr Recht kämpften, schmähliches Unrecht getan hat, obwohl sie das Material in der Hand hatte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich drücke mich milde aus, wenn ich das nicht Korruption nenne, sondern nur behaupte, daß die preußische Regierung aus Furcht vor den Zechenbesitzern die Wahrheit öffentlich nicht gesagt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das Gesetz von 1854 bestimmt, daß die Knappschaftsverwaltungen zu gleichen Teilen aus Arbeitern und aus Unternehmern bestehen sollen. Dieses Halbierungssystem, die sogenannte Parität, hat aber in der Praxis dazu geführt, daß in den allerwenigsten Knappschaftskassen Arbeiter in der Verwaltung als Aelteste oder als Vorstandsmitglieder sich befinden. Man hat sie vergewaltigt, man hat im Jahre 1854 das zu drei Vierteln von Arbeitern zusammengesparte Knappschaftsgeld seitens der Bergwerksbesitzer einfach beschlagnahmt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damals kam es im Ruhrgebiet, im Jahre 1857, bereits zu einem Aufstand, zu Krawallen, so daß Militär geholt wurde. Die Arbeiter weigerten sich, das ihnen auf Grund des Gesetzes von 1854 aufgedrängte Statut anzunehmen. Damals gab es noch keine Sozialdemokratie und keine sozialdemokratischen Hetzer. Nun bitte ich die Herren, selbst zu beantworten: Wer hat denn die Erregung in die Bergarbeiter hineingebracht, wenn schon vor 50 Jahren die Bergarbeiter zunächst durch Gesetz und dann durch Statut maßlos entrechtet worden sind? Die Bergarbeiter, die damals zu Aufständen schritten, das waren keine Revolutionäre, keine Atheisten. Dieselben Bergleute haben 1867 an den damaligen preußischen Minister v. Itzenplitz eine Beschwerde gerichtet über Mißstände in den Gruben. Da heißt es u. a.:

„Obwohl wir soviel Unglücksfällen ausgesetzt sind, ist uns doch auch die so schöne und uns liebgewordene Einrichtung genommen worden, daß die Bergleute vor dem Einfahren gemeinsam mit dem Steiger ihr Gebet verrichten".

(Hört! Hört! im Zentrum.) So ist es gegangen im Ruhrgebiet und heute kommen die Herren, die sich national und christlich nennen, und reden davon, daß die Religion dem Volke erhalten werden müsse. Hier haben wir den klaren Beweis, daß man die Bergleute, die religiös gesinnt waren, zur Verzweiflung, zum Aufruhr getrieben hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es heute nicht schon dazu gekommen ist, dann verdanken Sie das lediglich den Organisationen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich betonte schon, daß trotz der Bestimmungen des Gesetzes von 1854 von der paritätischen Zusammensetzung der Knappschaftsverwaltungen keine Rede sein kann. Aus einem Jubiläumsbericht der Wetzlarer Knappschaftskasse geht hervor, daß **von 1857 bis 1907, also 50 Jahre lang, im Knappschaftsvorstande zu Weimar nicht ein einziger Arbeiter vertreten gewesen ist.** (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie hat die Regierung diesen Zustand so lange erhalten können, und wo waren die politischen Parteien dieses Wahlkreises gegenüber diesem unerhörten Zustande? Durch die Nichtparität ist den Bergarbeitern das Krankengeld bis auf die Hälfte verkürzt worden. Die Pensionen wurden heruntergedrückt, die Erziehungsbeihülfen vermindert.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen

die „glänzenden" Leistungen der Knappschaftskassen

durch einige Beispiele belege: Die höchste Pension betrug nach den Feststellungen der Regierung aus dem Jahre 1890 monatlich 37 M. Dagegen betrug sie in Oberschlesien 22, in Niederschlesien 20, im Aachener Revier 22, in Eschweiler 10, Saarbrücken 16, Brühl 12, Hallberg, wo Herr Stumm herrschte, **nach 26jähriger Dienstzeit 20 M.!** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da kann man es begreifen, warum gewisse Herren sich so für die Ausnahmestellung der Knappschaftskassen ins Zeug legen. Im Brikoner Revier beträgt die Pension **nach 22jähriger Dienstzeit 10 M.,** in Wetzlar nach 28jähriger 19 M. Und da wählen die Bergarbeiter Nationalliberale und Christlich-Soziale! Man kann also nicht sagen, daß diese Pensionen aus sozialdemokratischen Kassen gezahlt werden. Die Regierung hätte bei den Knappschaftskassen es nicht bei den Instruktionen bewenden lassen sollen, sondern die Gleichheit der Beiträge einfach vorschreiben müssen. Das ist nicht geschehen. Die Regierung hat ruhig zugesehen, wie man die Pensionsbezüge herabsetzte. Das ist solange geschehen, bis in den letzten Jahren die Regierung zu der Erkenntnis kam, daß der Bankrott nahe sei. Nachdem man jahrelang in bezug auf Bergarbeiterschutz nichts getan hat, nachdem durch die Beitragszahlung die finanzielle Leistungsfähigkeit der Knappschaftsvereine ruiniert war, wer soll da nun die Kosten tragen? Wer soll für die Sünden büßen, die gegen die Arbeiter begangen wurden? Der Arbeiter selbst! Er, der die Beiträge zahlt, soll sich einen Abzug seiner Krankengelder und Pensionen gefallen lassen. Die Regierung hat gewußt, daß die Knappschaftsverhältnisse unter der Herrschaft der Bergbesitzer geradezu miserabel und für die Arbeiter unerträglich geworden sind. Oberbergrat Steinbrink hat sich bei den verschiedensten Gelegenheiten redliche Mühe gegeben, das geheime Wahlrecht der Regierungsvorlage zu verteidigen und eine Reihe von Verbesserungsanträgen den Herren Bergbesitzern schmackhaft zu machen. Oberbergrat Steinbrink **hat in der Kommission gesagt, die öffentliche Wahl habe den Arbeiter von der Kassenverwaltung ausgeschlossen,** die geheime Wahl gebe dem Arbeiter Gelegenheit, sich an der Kassenführung zu beteiligen. Das ist eine Verteidigung des geheimen Wahlrechts. Wenn eine Regierung selbst weiß, daß unter der Herrschaft der Großen und Mächtigen das öffentliche Wahlrecht zur Vergewaltigung führt, wie kommt sie dazu, wie es jüngst bei der Wahldebatte geschehen, dieses öffentliche Wahlsystem als eine Stütze des Staates zu bezeichnen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Da ich gerade beim Wahlrecht bin, möchte ich auch einmal die reaktionäre Mehrheit des preußischen Landtages kennzeichnen.

Vizepräsident **Paasche:** Das gehört nicht zum Gegenstande der Interpellation.

Abg. **Hue** (fortfahrend): Mein Vorredner hat mehrfach von der reaktionären Mehrheit des preußischen Landtages gesprochen, und daher glaubte ich auch darüber sprechen zu können. Ich habe übrigens nicht viel dazu zu sagen. In der Kommissionssitzung haben für die Regierungsvorlage, d. h. für das geheime Wahlrecht, nur drei Kommissionsmitglieder gestimmt. In dieser Kommissionssitzung waren aber vier Herren vom Zentrum anwesend. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich konstatiere, daß bei der Verwerfung des geheimen Wahlrechts die nationalliberale Mehrheit des preußischen Landtages Zuzug aus dem Zentrum bekommen hat. (Widerspruch im Zentrum.) Sie sagen, die Sache ist nicht wahr. Ich bin jederzeit bereit, Ihnen die Namen aus den Akten des preußischen Landtages vorzulesen. Den Nationalliberalen wird vom Zentrum so oft vorgeworfen, sie seien Feinde des allgemeinen und geheimen Wahlrechts, man hat sich ihnen gegenüber so oft aufs hohe Pferd gesetzt. Da ist es doch gut, wenn man im Lande erfahren wird, daß nicht nur bei den Nationalliberalen Gegner des geheimen Wahlrechts sitzen. Die Herren Graf Ballestrem, Dr. Glattfelder, Dr. Hitze und Dasbach, diese vier Zentrumsleute waren in der Kommissionssitzung zugegen und nur drei Kommissionsmitglieder haben für das geheime Wahlrecht gestimmt!! Was die Bergarbeiter dazu sagen, werden Sie ja erfahren.

Wir fordern auch deshalb eine reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens, weil eine Reihe von Einzelstaaten auf dem Wege der Landesgesetzgebung den Arbeitern selbst solche Rechte vorenthalten, die ihnen reichsgesetzlich verliehen sind. Ich bedaure, daß der Vertreter der sächsischen Regierung nicht hier ist, er müßte sonst bestätigen, daß die sächsische Regierung in der Begründung der Vorlage, die sie jetzt dem sächsischen Landtage hat zugehen lassen, dies selbst zugibt. Das sollte für den Reichstag genügend sein, um zu sagen: Fort mit der landesgesetzlichen Regelung des Knappschaftswesens und des Bergwesens.

Ich wende mich nun zu der Frage der

Knappschaftskassen.

Ich weiß, daß einer der Herren nachher erklären wird, die Bergbesitzer können nicht mehr leisten, wie sie schon leisten. Ich möchte daher feststellen, daß die Knappschaftsbeiträge, von denen man sagt, sie seien ein Geschenk an die Arbeiter, nichts anderes sind als ein Teil der Abgaben, die der Staat für die kostenlose Ueberlassung der Bergfelder von den Unternehmern verlangt hat. Sie haben im Jahre 1906 diese Bergwerksabgaben in Preußen durch das Gesetz von 1902 außer Hebung gesetzt. Mögen die Herren, die über die Höhe der Beiträge klagen, sich doch erinnern, daß die Aufhebung der Bergwerksabgaben **allein in Preußen im Jahre 1906 ihnen mindestens 24 Millionen Mark erspart** hat, die also den Bergwerksbesitzern aus den Taschen der Steuerzahler geschenkt sind (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), dann werden Sie wohl zugeben, daß man von einer großen Belastung der Bergwerksbesitzer nicht sprechen kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie ist nun die augenblickliche Situation? Das Zwangsstatut ist eingeführt. Ich bestreite der Bergbehörde das Recht dazu. Das Gesetz hat nur bestimmte Mindestleistungen festgesetzt. Wir finden aber in dem Zwangsstatut, daß die Bergbehörde auch außerordentliche Unterstützungen vorgesehen hat, was nach dem Gesetz und den Ausführungen des Regierungsvertreters bei der Beratung ungesetzlich ist. Das wichtigste ist aber folgendes: Es kann keine bessere soziale Einrichtung geben als die Zahlung eines Kindergeldes, weil dadurch gerade die Aermsten, nämlich die kinderreichsten Leute, unterstützt werden. Das ist auch der Gedanke dieser Unterstützung, die bereits von den Gründern der alten Knappschaftskassen eingeführt worden ist. Nun ist das Kindergeld im Ruhrgebiet durch das Zwangsstatut abgeschafft und man beruft sich dafür auf das Berggesetz. Es liegt aber ein Urteil des Reichsgerichts vor, daß das Kindergeld nicht ein Teil der Berginvalidenrente ist, daß es nicht auf Unfall- und andere Unterstützungen aufgerechnet werden darf. Die Bergbehörde hat also kein Recht zur Abschaffung dieses Kindergeldes. Wenn diese Abschaffung aufrecht erhalten bleiben sollte, so würde das nur eine Bestätigung des Wortes bedeuten: Gewalt geht vor Recht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In letzter Stunde noch war der Vertreter der preußischen Regierung ins Ruhrgebiet gekommen und hat sich eifrig um das Knappschaftsstatut bemüht; er hat mit den Bergwerksbesitzern und den Arbeitern unterhandelt und schließlich eine Reihe von Vermittelungsanträgen gestellt. Die Vertreter der Arbeiter sind in weitem Maße entgegengekommen, und ich gebe Ihnen die Versicherung, daß die Stimmung der Arbeiter im Ruhrrevier dahin geht, daß die Aeltesten schon viel zu weit entgegengekommen sind. Schließlich hat es sich um einen Satz von 2 Pf. gehandelt, der wöchentlich zugelegt werden sollte, um das Kindergeld zu ersetzen. Die nationalliberale „Kölnische Zeitung" bestätigt, daß die Arbeiter geradezu darum gefleht haben, sich gedemütigt haben, um diese paar Pfennige Mehrbeitrag zu bekommen. Der Vertreter der Regierung, Oberbergrat Steinbrink, stellte schließlich einen Vermittelungsantrag. Die Vorschläge der Aeltesten hätten eine Belastung der Bergwerksbesitzer um 0,4 Pf. pro Tonne bedeutet. Erst jüngst sind die Preise einer ganzen Reihe von Kohlensorten vom Syndikat um 30—50 Pf. erhöht worden. Die ganze Mehrbelastung der Werksbesitzer ist schon durch diese Erhöhung der Kohlenpreise herausgeholt worden, und wenn die Arbeiter nichts bekommen, so bleiben die hohen Kohlenpreise auch bestehen. Die Erhöhung der Selbstkosten, die eingetreten ist, ist durch die Preiserhöhung schon drei- bis viermal herausgeholt worden. Außerdem haben die Unternehmer durch den Anschluß an den Rückversicherungsverband, dem die Aeltesten zuzustimmen bereit waren, zweieinhalb Millionen erspart. Die letzten Vorschläge der Werksbesitzer hätten einen ungeheuer großen Verlust für die Invaliden bedeutet, für die Familien der Invaliden mit reicher Kinderzahl einen Verlust von 200—300 M. im Jahre. Können Sie da wirklich nicht verstehen, daß es einfache Menschenpflicht der Arbeitervertreter war, sie abzulehnen, daß sie es nicht verantworten konnten, den Aermsten der Armen so schweren Schaden zuzufügen? Dazu kommt, daß die Zahl der Invaliden, die noch auf der Zeche arbeiten, sehr gering ist, daß sie oft krank feiern müssen **ohne Krankengeld!** Ich frage Sie: wer von den Staats- und Kommunalbeamten ließe es sich am Lebensabend, nach treuer Pflichterfüllung gefallen, wenn ihm kurzerhand die wohlverdiente Pension gekürzt würde? Was können denn die Bergarbeiter dafür, daß die Knappschaftskassen so miserabel stehen? **In den letzten 20 Jahren haben die Bergwerksbesitzer durch Herabsetzung der Beiträge achtzig Millionen gespart.** Wenn die in die Knappschaftskassen geflossen wären, wenn die Unternehmer schon vorher vernünftig hohe Beiträge gezahlt hätten, so brauchte man nicht von der Passivität der Knappschaftskassen zu sprechen, so wären ihre versicherungstechnischen Grundlagen nicht so schlecht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber wie kommt es, daß trotz der enorm erhöhten Beiträge die Kassen nicht aktiv bleiben? Weil die Bergarbeiter in Grund und Boden ruiniert werden durch das herrschende bergbauliche System. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Invalidität

begann im Jahre 1896 durchschnittlich mit 46 Jahren, 1906 durchschnittlich mit 44 Jahren. Im Ruhrgebiet ist das Alter der Neuinvaliden in diesen zehn Jahren von 48 auf 41 Jahre zurückgegangen. Könnten Sie da nicht verstehen, daß die Aeltesten sich sagen: Wir haben kein Bergarbeiterschutzgesetz und müssen deshalb damit rechnen, daß das Lebensalter der Bergleute noch weiter zurückgeht, daß die Invaliden noch jünger werden; und je jünger die Invaliden sind, desto schwerer trifft sie die Herabsetzung der Rente. Hören Sie, wie gewirtschaftet wird unter der Aufsicht der preußischen Bergwerksinspektion: In Preußen betrug die Zahl der Neuinvaliden, die jünger sind als 35 Jahre, im Jahre 1896 11 Proz., im Jahre 1906 26 Proz. (Hört! Hört!) Im Ruhrgebiet allein stieg ihre Zahl von 10 Proz. auf 30 Proz. Welch ungeheurer Verlust für die deutsche Volkswirtschaft! Wie viele menschliche Arbeitskraft ward hier zerstört! Der Bergbau frißt förmlich Menschenkraft. Können Sie da von den Aeltesten verlangen — ich frage die Herren von der Regierung und die von der nationalliberalen Partei, denen ich die Anklage ins Gesicht schleudere, daß sie in erster Linie an dieser Situation durch die Verhunzung des Berggesetzes schuld sind (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe bei den Nationalliberalen) — können Sie verlangen, daß die Aeltesten zugeben sollten, daß zu all diesem Elend und Unglück auch noch der Hunger in noch größerem Maße in die Familien der Invaliden einziehe. Nein, das tun Sie nicht, das dürfen Sie nicht tun! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokr.) Die allgemeine Folge der Unternehmervorschläge würde eine ungeheure Belastung der Armenkassen sein. Die „Bergwerkszeitung", ein geradezu syndikatstolles Blatt, schrieb jüngst, daß das Jahr 1907 ein Jahr der Hochkonjunktur gewesen wäre und doch seien die Armenlasten in den rheinischen Gemeinden bedeutend gestiegen. Wenn das, was die Unternehmer beabsichtigen, Statut wird, so werden diese Ausgaben für die Invaliden, ihre Witwen und Waisen noch bedeutend steigen, und dann müßte die Allgemeinheit, dann müßten wir Bürger in der Form der Steuererhöhung bezahlen, was die Grubenbesitzer zu zahlen sich weigern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Ruhrgebiet herrscht geradezu eine Massenarmut, von der die wenigsten in diesem Hause sich eine Vorstellung machen. Im südlichen Teil meines Wahlkreises, wo sich der alte westfälische Bergmannstand noch am besten erhalten hat, mag es noch halbwegs gehen, aber kommen Sie in die neuen Reviere, Wanne, Gelsenkirchen und Herne, da lebt das Proletariat ganz von der Hand in den Mund und ist

sofort ohne Existenzmittel, wenn es zwei Tage lang arbeitslos ist.

Wo bleibt da die Zunahme des Volkswohlstandes? Die Gelsenkirchner Interessengemeinschaft hat im Jahre 1906 30 Proz.,

im Jahre 1907 37 Proz. Dividende

erzielt. Für die Forderungen der Aeltesten haben auch 130 Werksbesitzer gestimmt, ein Beweis dafür, daß sie durchführbar sind; denn die wissen doch auch, was der Bergbau tragen kann. Diese Herren haben soziales Empfinden gezeigt, aber wo bleibt sonst das soziale Empfinden der Bergherren? Nicht allein die Arbeiter werden jetzt mißhandelt, sondern auch die Steiger. Sehen Sie nur das Schicksal des Steigerverbandes: Rücksichtslos hat man die Beamten auf die Straße gesetzt. Jüngst haben wir hier über die hohen Kohlenpreise debattiert; jetzt hat das Kohlensyndikat die Preise noch weiter hinaufgesetzt. An Sie als Vertretung des deutschen Volkes richte ich die dringende Bitte: Helfen Sie dem Bergmann, helfen Sie dem Berginvaliden, drängen Sie mit uns die Regierung, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die allerdringendsten Reformen bringt. Bei der Debatte über die Kohleninterpellation sagte der Vertreter des preußischen Staatsministeriums, auf Kohle und Eisen ruhe unsere Kultur. Jawohl, aber wer verschafft uns die behagliche Wärme in diesem Raume und all die Bequemlichkeiten und den Komfort? Der Bergmann, der unter Lebensgefahr — erst heute kommt wieder die Nachricht von einem größeren Unglück bei Oberhausen — die schwarzen Diamanten aus der Erde hinausschafft. Ist es da nicht ein himmelschreiendes Unrecht, wenn man nicht einmal den Berginvaliden und ihren Hinterbliebenen das Lebenslos verbessern will? Tausende und abertausende Bergarbeiter werden jährlich verkrüppelt, Tausende fallen jährlich auf dem Schlachtfelde der Arbeit. Können Sie über das alles leicht hinweggehen? Nein! wer es gut meint mit dem deutschen Volke, gedenke des Bergmanns nach dem Worte: Edel sei der Mensch, hülfreich und gut! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Zur

Beantwortung der Interpellationen

nimmt das Wort

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg:** Auf die in zweien der Interpellationen an die Spitze gestellte Frage habe ich zu sagen, daß dem Herrn Reichskanzler die Vorkommnisse bekannt sind, welche das Zustandekommen des Knappschaftsstatuts im Oberbergamtsbezirk Dortmund vereitelt und die preußische Bergverwaltung — sehr wider ihren Willen — genötigt haben, ein Zwangsstatut zu erlassen. Auf diese Vorkommnisse im einzelnen einzugehen, muß ich mir versagen, da es sich um die Ausführung eines preußischen Gesetzes handelt und dem Herrn Reichskanzler in dieser Beziehung irgend ein Eingriff nicht zusteht. Jeden-

falls wird das Scheitern des Knappschaftsstatuts wohl auf allen Seiten gleichmäßig bedauert, und wenn es richtig ist, daß an dem Scheitern des Statuts eine Machtprobe, sei es von der einen oder der anderen oder von beiden Seiten, schuld ist, so würde ich es doppelt beklagen, daß eine Machtprobe um einen materiell nicht wichtigen Differenzpunkt bei einer Gelegenheit veranstaltet worden ist, die nicht verglichen werden kann etwa mit einem vorübergehenden Lohnkampfe, sondern bei der es sich darum handelte, die Grundlage für einen dauernden Zustand zu etablieren. Ich möchte meinerseits die Hoffnung nicht aufgeben, daß eine Nachrevision des Standpunktes, der bei dieser Gelegenheit von den beiden Seiten eingenommen worden ist, dazu führen wird, die Angelegenheit noch in einer anderen Weise, als es bisher möglich gewesen ist, zu lösen. Ich kann im übrigen auf die eingehende Kritik hier nicht eingehen. Täte ich es, so würde ich meinerseits eine Kritik an der Gesetzgebung und der Verwaltung eines Einzelstaates ausüben müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Kritik kann nach der einen oder der anderen Seite gehen, nehmen Sie nicht an, daß jede Kritik eine absprechende ist, wenn wir Deutsche ja auch gewöhnt sind, unter dem Worte „Kritik" nur eine negative Kritik zu verstehen. Ich will mit diesem Wort „Kritik" nichts dergleichen gesagt haben. Ich bin gezwungen, die positiven Momente aus den vorliegenden drei Interpellationen herauszugreifen, soweit sie die Reichsgesetzgebung, das Reich angehen. Alle drei Interpellationen verlangen gegenüber den von ihnen beobachteten Schäden im Knappschaftswesen der Einzelstaaten eine eingreifende Reichsgesetzgebung. Grundsätzlich unterliegt es den schwersten Bedenken, sofort nach der Reichsgesetzgebung zu rufen, sobald einem die Verhältnisse eines Einzelstaates auf einem Gebiete, wo er souverän ist, nicht gefallen, oder sobald das Parlament und die Regierung des Einzelstaates den Kritikern nicht gefallen. Täten wir das, so würden wir einen Weg beschreiten, der nicht mehr von verfassungsmäßigen Grundlagen ausgeht und zu vollkommen unabsehbaren Zielen führen würde. Die Berggesetzgebung, einschließlich des Knappschaftswesens, unterliegt der einzelstaatlichen Gesetzgebung laut ausdrücklicher Bestimmung einer Reihe von Reichsgesetzen und der Verfassung. Das wird von den Herren teilweise lebhaft beklagt. Die gesetzgeberischen Faktoren des Reiches, Bundesrat und Reichstag, haben sich bei einer so wichtigen Angelegenheit wie dem Erlaß des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Einführungsgesetzes zu ihm auf den Standpunkt gestellt, daß es richtig sei, das Bergrecht den Einzelstaaten zu belassen. Der Bundesrat hat bis in die letzten Jahre an diesem Standpunkt festgehalten, und ich bin nicht in der Lage, Ihnen in Aussicht zu stellen, daß er von diesem Standpunkt abweichen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß das Reich diesen Standpunkt bisher eingenommen hat, ist durchaus in der Sache begründet. Der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamts hat bei Erlaß des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch noch darauf hingewiesen, daß das Bergrecht eine Reihe von polizeilichen Rechten umfaßt, bei denen nach der Reichsverfassung das Reich nicht zuständig ist, und daß es nach der historischen Entwickelung in dieser Beziehung nicht empfehlenswert erscheine, die Kompetenz des Reiches auszudehnen.

Was nun die Interpellationen im einzelnen anbetrifft, so verlangt die Interpellation Albrecht eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz. Ich habe es bedauert, aus den Ausführungen des Herrn Abg. Hue nicht des näheren entnehmen zu können, welche Bestimmungen diese Novelle zum Krankenversicherungsgesetz enthalten soll. Ich kann daher im gegenwärtigen Moment zu Ihrer Forderung nicht Stellung nehmen. Andeutungen aus seinen Ausführungen ließen mich aber darauf schließen, daß es sich im wesentlichen um die Vornahme der geheimen Wahl der Knappschaftsältesten handelt. Diese Frage ist im Reichstage schon wiederholt erörtert worden und hat auch die Gesetzgebung Preußens beschäftigt. Ich brauche daher auf die Einzelheiten nicht einzugehen. Sieht man die Sache vom praktischen Gesichtspunkte an, so ist es Ihnen ja bekannt, daß der § 34 des Krankenversicherungsgesetzes, der von der geheimen Wahl der Delegierten zur Krankenkassen-Generalversammlung spricht, ausdrücklich auf das Knappschaftswesen nicht übertragen worden ist.

Die andere Interpellation wünscht die gesamte Regelung des Knappschaftswesens durch das Reich. Das Knappschaftswesen hängt aber so eng mit dem Bergrecht als solchem zusammen, daß es mir nicht angängig erscheint, das Knappschaftswesen aus dem Bergrecht herauszuschälen. Wie eng dieser Zusammenhang ist, das haben die gestrigen und heutigen Reden aus dem Hause bewiesen, die immer auf das Bergwesen übergingen. Eine Trennung ist also außerordentlich bedenklich. Herr Hue meinte, die preußische Regierung sei vielleicht in der Frage des Knappschaftswesens etwas liberaler als das preußische Parlament. Aber die preußische Regierung, so sagte er, habe aus Angst vor den Werksbesitzern gehandelt. Er hat bei dieser Gelegenheit auch mit dem Worte „Korruption" gespielt. Wenn er der Regierung nicht den Vorwurf der Korruption machen wollte, so hätte er besser das Wort überhaupt nicht in den Mund genommen. (Zustimmung rechts.) Was die Behauptung anlangt, die preußische Regierung habe Angst vor den Zechenverwaltungen, so erkläre ich für die Regierung, daß sie ihre Politik aus Angst vor niemanden einrichtet. (Lebhafter Beifall rechts, Widerspruch und Zurufe: Wahlrecht! links.) Es ist auf einen Vorgang in der Kommission Bezug genommen worden. Mir sind diese Vorgänge in der Kommission nicht bekannt. (Zuruf links: Aber wahr sind sie!) Wären sie mir bekannt, so würde ich darüber nicht zu sprechen haben, weil sie mir als vertrauliche bekannt geworden wären. (Sehr gut! rechts.)

Ein dritter Vorschlag der Interpellationen richtet sich auf reichsgesetzliche Regelung des Invaliden-, Witwen- und Waisenwesens der Bergleute. Ich habe nicht genau entnehmen können, nach welcher Richtung hin diese reichsgesetzliche Regelung sich bewegen soll. Gegenwärtig liegen die Verhältnisse so, daß den Bergarbeitern die reichsgesetzlichen Versicherungswohltaten gesichert sind, wie jedem anderen Arbeiter, daß die Versicherung ausgeführt werden kann zum Teil bei bergrechtlichen Organisationen, daß die Organisation dieser knappschaftlichen Organisationen von der reichsgesetzlichen Regelung nicht berührt wird und daß die Gewährung von Renten über die reichsgesetzlichen Renten hinaus einer besonderen Gesetzgebung vorbehalten ist. Wenn das Reich gleiche Renten für alle Knappschaftsorganisationen vorschreiben wollte, wenn es die Höhe der Beiträge und Leistungen obligatorisch machen wollte, so würde es den verschiedenartigen Verhältnissen im Bergwesen nicht gerecht werden und andererseits gegenüber der Selbstverwaltung der Knappschaftsorgane einen sehr starken Trumpf ausspielen. Das preußische Statut setzt Mindestleistungen fest, es geht aber von der Voraussetzung aus, daß die Leistungen nur das absolut Notwenige darstellen und durch freiwillige Leistungen zu ergänzen sind. Ich setze nun den Fall, wir hätten für das Reich Mindestleistungen, etwas höher als in Preußen, dann würden zwischen den Aeltesten und den Werkleitern immer noch Verhandlungen über den Erlaß eines freien Statuts bezüglich der Mehrleistungen notwendig sein. Der Effekt würde also der sein, daß das Zustandekommen der Leistungen von dem Beschluß der Aeltesten und der Werksbesitzer abhängig wäre. Ich glaube aber, das Reich steht den Verhältnissen im Bergwesen praktisch viel ferner als die Landesregierungen. Unsere Einzelstaaten sind große Bergwerksbesitzer; ihre Bergwerksverwaltungen — das werden mir auch die Sozialdemokraten unter vier Augen zugeben — bemühen sich, für das Interesse der Arbeiter zu sorgen; sie haben auch schon manchen Erfolg erzielt. Sehen Sie sich die Verhältnisse in den Saargruben und anderswo an. (Na! na! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren, die sich von einer reichsgesetzlichen Regelung so viel Vorteile versprechen, kennen die praktischen Verhältnisse nicht.

Ohne achtlos vorbeizugehen an der Bedeutung des Bergarbeiterstandes und an seinen Sorgen, möchte ich doch meinen, daß wir in einem Moment, wo die Staaten mit dem größten Bergbesitz an einer Revision ihrer Berggesetzgebung arbeiten, auf diese Revision warten. (Abgeordneter Hue: Noch fünfzig Jahre!) Sie können nicht behaupten, daß die preußische Regierung in den letzten Jahren untätig gewesen ist, vielmehr hat sie das Bestreben, ihre Berggesetzgebung zu verbessern; dasselbe gilt für Bayern und Sachsen. In diesem Moment den Weg der Reichsgesetzgebung zu beschreiten, heißt die Konstruktion des Reiches und sein Verhältnis zu den Einzelstaaten verkennen. Davor sollte man sich hüten. (Sehr richtig! rechts.)

Auf Antrag des Abg. Burckhardt (wirtsch. Vg.) wird beschlossen, die Interpellationen zu besprechen. Dagegen stimmen die Konservativen!

Abg. Osann (natl.): Die Besprechung der Interpellationen hier im Reichstage begrüße ich, weil hier auch Vertreter der Arbeiter zugegen sind, die im Landtage fehlen. Aber bei der Besprechung des preußischen Berggesetzes muß man auch seine Licht-, nicht nur seine Schattenseiten betrachten. Verantwortlich für das Gesetz ist auch das Zentrum. Die Einführung der geheimen Wahl in das Gesetz wäre eine Verbesserung gewesen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten und dem Zentrum.) Ich bin nicht Mitglied des Abgeordnetenhauses, sonst hätte ich gern an der Verbesserung des Gesetzes mitgearbeitet. Mit Recht ist darauf hingewiesen, daß die Freizügigkeit für die Bergleute im Reich nicht besteht: beim Wegzug aus einem nach einem andern Bundesstaat verlieren sie ihre wohl erworbenen Rechte an die Knappschaftskassen! Wir stehen daher trotz der Erklärung des Herrn Staatssekretärs auf dem Standpunkt, daß es am besten sei, diese ganze Materie reichsgesetzlich zu regeln. Der Anlaß aber zu dieser Verhandlung heute ist der Streit im Ruhrrevier. Diesen hat Herr Hue nicht objektiv geschildert. Die Bergwerksbesitzer sind von vornherein an die Grenze dessen gegangen, was sie bewilligen konnten; deshalb glaubten die Arbeiter, sie wollten eine Machtprobe anstellen und sagen: Ihr müßt das Statut so annehmen, wie wir es vorlegen. Trotzdem sind die Unternehmer noch weiter gegangen. Die Sozialdemokraten tadeln, daß man sich der namentlichen Abstimmung widersetzt hat. Sie verlangen diese Abstimmung zur Kontrolle über die Vertreter der Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei einer anderen Art der Abstimmung wäre das Statut wohl noch angenommen worden. Ich bedauere aufs tiefste, daß die Verhandlungen nicht zu einem Ergebnis geführt haben. Durch die Aussprache hier im Reichstage wollen wir die Kluft nicht erweitern, wir wollen weder den Werksbesitzern noch den Arbeitern die Schuld beimessen, sondern wir sollten auf beide Seiten einzuwirken suchen, um zum sozialen Frieden zu kommen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Geheimer Oberbergrat Meißner: Der Abgeordnete Hue hat der preußischen Bergbehörde den Vorwurf gemacht, daß in der Bergwerkskommission falsche Zahlen über das Wagennullen abgegeben seien. Wir haben vertrauliche Mitteilungen über das Wagennullen in der Kommission gemacht, aus denen hervorging, daß

auf einzelnen Zechen bis 28 Proz. der Wagen genullt

wurden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Herr Sachse, die bergpolizeilichen Bestimmungen kommen hier nicht in Frage, es handelt sich hier um rein private Erhebungen. Vertraulich haben wir diese Mitteilungen gemacht, weil wir nicht berechtigt waren, private Erhebungen zu veröffentlichen; (Sehr richtig! rechts.) die Mitteilung der Zahlen an die Oeffentlichkeit hätte nur die Mißstimmung zwischen den Zechenbesitzern und den Arbeitern erhöht. Vergessen wurde, hinzuzufügen, daß trotz des Nullens von 28 Prozent der Lohn immer noch über 5 Mark täglich betrug.

Abg. v. Brockhausen (k.): Wir haben hier wieder das alte Lied gegen Preußen gehört. Dabei hat die preußische Regierung stets für die Minderbemittelten gesorgt, ich erinnere nur an die preußische Steuergesetzgebung. (Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Nationalliberalen, die hier für das geheime Wahlrecht schwärmen, erinnere ich an den Ausspruch des Abgeordneten Hilbck im preußischen Abgeordnetenhause: „Durch das geheime Wahlrecht sind die Krankenkassen zu Brutstätten der Sozialdemokratie geworden." (Heiterkeit rechts.) Aber mögen die Herren sich unter sich auseinandersetzen, das ist Ihre eigene interne Angelegenheit. Die Darstellung, als ob sich die preußische Regierung vor den Bergwerksbesitzern fürchtet und dadurch ihre Maßnahmen zu erklären sind, weise ich entschieden zurück. Ein preußischer Minister fürchtet sich nicht! (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Bergarbeiter sich zu Organisationen zusammenschließen auf königstreuer und christlicher Grundlage und ihre Ziele in einer Form verfolgen, die sich mit dem Wesen einer königstreuen und christlichen Partei verträgt, werden wir sie unterstützen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Mugdan (frs. Vp.): Nur ein Teil der Konservativen ist nicht für eine reichsgesetzliche Regelung der Bergbauangelegenheiten; denn die Wirtschaftliche Vereinigung, die ich doch zu den Konservativen zählen muß, ist hier derselben Meinung wie wir. Mit Recht wird die Angelegenheit hier so ausführlich behandelt; denn das preußische Abgeordnetenhaus hat hierbei tatsächlich versagt. Auch ich empfinde die Angriffe auf Preußen — gleich Herrn v. Brockhausen — unangenehm; gerade als guter Preuße empfinde ich es mit Trauer, daß man von Preußen jetzt immer als von einem halbasiatischen Staate spricht. Der Abgeordnete Hue war in der Lage, dem Zentrum nachzuweisen, daß es im Abgeordnetenhaus nicht ebenso energisch für die Bergarbeiter eingetreten ist als hier im Reichstage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Brockhausen konnte dasselbe der nationalliberalen Partei nachweisen. Ich halte einen solchen Zwiespalt zwischen dem Reichstag und dem Landtag des größten Bundesstaates nicht für gut und entnehme auch daraus, daß es notwendig ist, das Wahlsystem zum preußischen Landtag in Uebereinstimmung zu bringen mit dem zum Reichstag. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Es ist kein Grund vorhanden, die Bergarbeiter anders zu behandeln als die anderen; schon aus diesem Grunde ist eine reichsgesetzliche Regelung notwendig. Die Erklärung des Oberbergrats Meißner war sehr unglücklich. Er erklärt das Wagennullen für eine private Handlung zwischen dem Bergwerksbesitzer und dem Arbeiter, welche die Oeffentlichkeit nichts anginge. Dabei ist gerade das Wagennullen der Gegenstand des Streites der letzten Jahre gewesen (Sehr richtig! links), und die vertraulichen Mitteilungen in der Kommission beweisen, daß die Arbeiter das Recht auf ihrer Seite hatten. Um so besser wäre es gewesen, dies der Oeffentlichkeit bekannt zu geben. Das hätte nur dem Frieden dienen können. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Persönlich erklärt Abg. Dr. Spahn (Z.): Ich habe das preußische Berggesetz von 1905 nicht an sich für annehmbar erklärt, sondern nur für eine Verbesserung gegenüber dem bestehenden Zustand. Außerdem bestreite ich auf das entschiedenste, daß ein Zentrumsmitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für die öffentliche Wahl zu den Knappschaftskassen gestimmt hat.

Abg. Hue (Soz.) (persönlich): Herr Spahn verwechselt offenbar die Berggesetznovelle von 1905 mit der Knappschaftsnovelle von 1906. Ich habe nicht ein Wort von dem zurückzunehmen, was ich über die Haltung der Zentrumspartei gesagt habe.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Diskussion, Viehseuchengesetz, Gesetz über das Telegraphenwesen, Scheckgesetz.

Schluß 6¾ Uhr.

Die Budgetkommission.

(17. Januar.)

Die Sitzung wird eingeleitet mit einer längeren Besprechung der Oberstleutnantszulagen, die unter Durchbrechung des gewöhnlichen Aufrückungsganges gewährt werden sollen. Referent v. Elern gibt eine Geschichte dieser Zulagenfrage (1150 M. pro Jahr), die den Reichstag schon oft beschäftigt habe. Er ist für die Zulage, hat aber formelle Bedenken; auch der Korreferent Erzberger äußert budgetrechtliche Bedenken; der Kriegsminister und ein anderer Regierungsvertreter begründen die Forderung damit, daß, nachdem die Marine ihre Offiziere besser gestellt, auch hier etwas hätte geschehen müssen. Südekum sieht in der heutigen Forderung das Ende eines von der Militärverwaltung mit großem Geschick durchgeführten Feldzuges um die definitive

Erhöhung der Oberstleutnantsgehälter auf Umwegen.

Gröber lehnt die Verantwortung für die Erhöhung der Gehälter der Fregattenkapitäne für die Zentrumspartei ab; dafür haben Sie (zu den Freisinnigen) gestimmt. Eickhoff ruft: Wir stimmen auch jetzt wieder für die Oberstleutnantszulage! (Große Heiterkeit und Rufe: Das hat niemand anders erwartet!) Nach längerer Debatte wird der Antrag Südekum, die Beschlußfassung auszusetzen, abgelehnt. (Der Block stimmt geschlossen dagegen.) Mit derselben Mehrheit wird sodann beschlossen, die Zahl der Zulagen für Preußen auf 235, für Sachsen auf 20, für Württemberg auf 12 festzusetzen.

Kap. 25, Naturalverpflegung, ist der Budgetkommission nicht überwiesen, es werden hier 150 840 000 M. gefordert, 11½ Millionen mehr als im Vorjahr.

Kap. 26, Bekleidung und Ausrüstung der Truppen wird mit 82 714 000 M., Kap. 27, Garnisonverwaltung und Servieswesen, mit 60½ Millionen Mark bewilligt. Zu Titel 10 des Kap. 27, in dem 9½ Millionen Ausgaben für Feuerung, Beleuchtung und Miete gefordert werden, wird das Anwachsen dieser Summe um ½ Million, das wohl auf die hohen Kohlenpreise zurückzuführen ist, bemängelt. Der Regierungsvertreter erklärt, daß auch die Mieten gestiegen sind! — Zu Titel 11, Mieten für Kasernen nebst Zubehör (Forderung 7 839 700 M.), kritisiert Noske die Gepflogenheit, den Städten die Erbauung der Kasernen aufzutragen. Es sei das eine Verschleierung der Schulden, die dem Militarismus zur Last fallen. Den Städten lege man damit große Opfer auf. Die Städte gehen, wie die Verhandlungen im Stadtverordnetenkollegium zu Hanau zeigen, auch nur sehr ungern auf solche Ansprüche der Militärverwaltung ein. — Die Militärverwaltung schweigt sich zu dieser heiklen Frage aus!

Zu Titel 20, Servis, bemängelt Erzberger, daß die Mietsentschädigung für verheiratete Feldwebel nur 126 M. beträgt. Die Forderung von 6 484 000 M. wird bewilligt. — Titel 22 betrifft die

Manöverkosten

von 2 092 880 M. Hierzu bemängelt Erzberger die schlechte Verpflegung der Soldaten: es seien Soldaten wegen der schlechten Ernährung umgefallen und krank geworden! Der Kriegsminister hat nie etwas von Beschwerden über schlechte Ernährung gehört; die Verpflegung sei geregelt und die Intendanturen seien verantwortlich für gute Verpflegung. Noske bringt zur Sprache, daß bei dem diesjährigen Kaisermanöver die Soldaten überanstrengt worden seien. Es sind Märsche bis zu 65 Kilometern gemacht worden und

Hunderte von Soldaten vor Ueberanstrengung umgefallen.

Der Kriegsminister verteidigt diese Uebungen: Das Manöver sei dazu da, um die Soldaten an Anstrengung zu gewöhnen; Märsche von 50 Kilometern sind dabei nichts Seltenes! Er habe selbst eine Truppe gefragt, die 55 Kilometer marschiert war; davon sei nur ein Mann zurückgeblieben. . . . Die Zeitungsnachrichten über die vielen Kranken seien unwahr. . . . Erzberger: Das Regiment 76 sei in Berlin durchgefahren, auf dem Schlesischen Bahnhof verpflegt und davon krank geworden, was dann wohl den Anschein der Ueberanstrengung erweckt habe. — Abg. Stücklen trägt eine Reihe Nachrichten aus der bürgerlichen Presse vor, die alle von einer gewaltigen Ueberanstrengung und von vielen Erkrankungen berichten. Es seien

Märsche von 70 Kilometern

gemacht worden. Wenn das von der gut nationalliberalen Presse, die doch dem Militär so freundlich gegenübersteht, übertrieben war, so hätte man das berichtigen müssen. Der Kriegsminister teilt mit, daß von 55 800 Soldaten nur 303 erkrankt sind, darunter waren 153 Fußkranke; das sei ein ausgezeichneter Gesundheitszustand. Der englische Minister John Burns habe das Manöver mitgemacht und obwohl er ein älterer Mann sei, ganz gut ertragen. . . . Noske wundert sich, daß die Militärverwaltung, die doch sonst gleich mit Strafanträgen bei der Hand ist, sich den Vorwurf der „mörderischen Ueberanstrengung" ruhig gefallen ließ! Märsche von 70 Kilometern dürften auch im Kriege nicht vorkommen. Der Kriegsminister stellt aus einer Tabelle fest, daß die größten Marschleistungen an einem Tage im Manöver 58 und 60 Kilometer betrugen.

Kap. 28, Militärbauwesen, wird ohne Debatte erledigt. Zu Kap. 29, Militär- und Medizinalwesen, verlangt Erzberger eine Besserstellung der Militärärzte. Vogt-Hall führt Beschwerde darüber, daß

Soldaten ungeheilt aus dem Lazarett hinausgewiesen

werden! Er erzählt einen Fall, wo ein Soldat, der sich im Dienste die Rippen verletzte und dem in 3 Operationen 9½ Rippen herausgenommen wurden, ungeheilt und sehr entkräftet aus dem Lazarett hinausgewiesen wurde! Als er sich weigerte, drohte man ihm mit Ueberweisung an die Armenbehörde!! In einem anderen Falle wies man einen kranken Soldaten aus dem Lazarett, der dann 3 Monate später in einem Krankenhaus starb; die Militärbehörde weigerte sich, dem Krankenhaus Ersatz zu gewähren! Der Kriegsminister gesteht zu, daß das Verhalten der Militärbehörden in diesen Fällen unrichtig ist; er will Remedur schaffen. Kap. 29 wird dann ohne weitere Debatte bewilligt.

Bei Kap. 32, Pferdebeschaffung, entspinnt sich eine Aussprache über das sogenannte Pferdegeld. Jeder zur Haltung eines Pferdes berechtigte Offizier bekommt 1500 M. Erzberger will die Bestimmung schärfer gefaßt wissen, damit nicht Pferdegeld auch dann gezahlt wird, wenn überhaupt keine Pferde gehalten werden. Die Militärverwaltung hält es für selbstverständlich, daß Pferdegeld nur gezahlt werde, wenn ein Pferd gehalten wird. Nach längerer Debatte wird die an Pferdegeldern geforderte Summe bewilligt.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages nahm gestern die rechnerische Prüfung der Wahl des Abg. Becker vor. Gültige Stimmen waren abgegeben 25 681. Becker hatte erhalten 14 197, Fusangel 9275. Für Becker waren wegen der Wahlbeeinflussungen 932 (welche Stimmen Fusangel zuzuzählen waren), wegen formeller Verstöße 802 Stimmen zu kassieren und von dem Gesamtresultat in Abzug zu bringen. Nach Vornahme dieser Korrekturen verblieben für Becker noch 257 Stimmen über die Majorität, so daß die Wahlkommission beschloß, beim Plenum die Gültigkeit der Wahl zu beantragen.

Petitionskommission.

In der ersten Sitzung nach den Reichstagsferien kam es zu einer Auseinandersetzung wegen des Oktrois: der zur Abschaffung bestimmten indirekten Gemeindeabgaben auf Lebensmittel. Zwei bayerische Reichsboten, der liberale Magistratsrat Wölzl-München und der Zentrumsmann Irl stritten für die verlorene Sache. Sie beantragten, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung bezw. zur Erwägung zu überweisen. Die Kommission ging zur Tagesordnung über. Die Legende von der Wiedereinführung abgeschaffter Lebensmittelbesteuerungen durch die sozialdemokratischen Gemeindevertretungen (Fürth usw.) wurde vom Gen. Sachse zerstört.

Im Auftrage von angeblich 200 Kollegen wünschte Dr. Göbel in Goda eine Aenderung des § 63 des Handelsgesetzbuches, um für die Kraftwerkzeuge der Aerzte Steuerfreiheit des Benzins zu erzielen. Die Kommission erklärte gegen 5 Stimmen diesen Antrag für ungeeignet zur Behandlung im Plenum.

Eine große Anzahl Petitionen wurden zur Behandlung an die Spezialkommissionen verwiesen.

Die Kommission für das Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen hat in ihrer Sitzung vom 17. Januar den sozialdemokratischen Antrag, die Geltung des Gesetzes auf das ganze Reich auszudehnen, abgelehnt (mit einer Stimme Mehrheit). Die Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen stimmten dafür, daß durch landesherrliche Verordnung bestimmt werde, in welchen Gemeinden das Gesetz Anwendung finden solle. Hingegen wurde der Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums, auch die Ersatzbauten (neben den eigentlichen Neubauten) dem Gesetz zu unterstellen, angenommen. Die Beschränkung des Schutzes auf solche Gebäude, die zu Wohn- oder gewerblichen Zwecken dienen, wurde aus dem Entwurf, entsprechend dem Antrag der Sozialdemokraten, gestrichen. Ein Antrag des Zentrums, für Bauten, die weniger als 10 000 M. Aufwand erfordern, die Anwendung des Gesetzes auszuschließen, wurde abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 21. Januar.

Soziales.

Vom Putzervertrag.

9 M. Restlohn beanspruchte der Putzerträger P. vom Unternehmer Seidler durch Klage beim Berliner Gewerbegericht. Der Beklagte verweigerte die Zahlung und behauptete, er habe mit P. als Träger überhaupt nichts zu tun gehabt. P. müsse sich an den Kolonnenführer Amberg halten. Dieser habe die Putzarbeit einschließlich Träger übernommen. Beklagter legte auch der Kammer 3 eine von Amberg ausgestellte Quittung über eine größere Summe vor, worin ausdrücklich über den Trägerlohn mitquittiert wurde. — Der Kläger wollte aber von dem Kolonnenführer wenig wissen. Seidlitz sei der Arbeitgeber, meinte er, und hätte für den Restlohn zu haften, den der Kolonnenführer ihm nicht gegeben habe. Der Vorsitzende Dr. Prezauer erklärte darauf: Das ist doch ein Putzervertrag. Durch einen solchen werde die Arbeit entweder einschließlich Träger übertragen oder ausschließlich. Hier sei sie vom Kolonnenführer einschließlich Träger übernommen worden, also könne der Träger wegen Lohnrestes sich nur an den Kolonnenführer halten. Auf Anraten der Kammer nahm dann P. die Klage gegen Seidlitz zurück, um den Kolonnenführer Amberg zu verklagen.

Die Entscheidung ist u. E. eine irrige. Die Beratung der Gewerbeordnung wird hoffentlich Gelegenheit zum Entgegentreten gegen die im Baugewerbe sich mehrende Praxis geben, dem Arbeiter ein Recht gegen den abzusprechen, der die Frucht der Arbeit eingeheimst hat.

Ein „wohlwollender" Chef.

Merkwürdige Begriffe von „Wohlwollen" gegenüber seinen weiblichen Angestellten entwickelte gestern vor der ersten Kammer des **Berliner Kaufmannsgerichts** der **Kaufmann Johannes Schulz, Inhaber der Allgemeinen Beleuchtungs-Gesellschaft.** Die Klägerin, Kontoristin Elsbeth F., ein 19jähriges Mädchen von ruhigem und sicherem Auftreten, hat ihre Stellung in genannter Firma nach einwöchiger Tätigkeit auf Grund eines Vorfalls sofort aufgegeben, den sie wie folgt schildert: Der Geschäftsinhaber Sch. sei mit ihr an dem letzten Tage ihrer Tätigkeit allein im Privatkontor gewesen und habe ihr einen Brief diktiert. Plötzlich habe er sie **aufgefordert,** ihm einen **Kuß zu geben** und, als sie sich energisch weigerte, sie auf seinen **Schoß zu ziehen** versucht. Sie habe danach getrachtet, aus dem Kontor zu entschlüpfen, der große, stämmige Prinzipal habe sich aber vor die Klinke gestellt und ihr den **Ausgang verwehrt.** Nun habe die Klägerin gesagt: „Wenn Sie mich nicht hinauslassen, so schreie ich, daß das ganze Arbeiterpersonal zusammenläuft." Der Szene sei schließlich dadurch ein Ende gemacht worden, daß ein Kunde ins Geschäft kam. Zu dieser Darstellung bemerkt der beklagte Chef, **so,** wie es die Klägerin schildert, habe sich der Vorfall **nicht** abgespielt, er habe solche Liebesspäße nicht nötig, denn er habe eine sehr hübsche Frau. Wenn sich aber selbst die Szene so abgespielt haben sollte, so könne er darin **noch nichts Unsittliches** erblicken, es sei das dann nur ein **gewisses Wohlwollen,** wie er überhaupt gegenüber seinen Angestellten ein sehr wohlwollender Chef sei. Er beantrage, eine Anzahl anderer weiblicher Angestellter der Firma zu vernehmen, die zum Teil **bedeutend hübscher als die Klägerin** sind und bekunden können, daß ihre weibliche Ehre durch ihn nicht verletzt worden ist.

Das **Kaufmannsgericht** maß der Aussage der **Klägerin** mehr Glauben bei als der des **Prinzipals,** indem es ihr den Eid über die Vorgänge im Privatkontor zuschob. Einerseits habe Beklagter einen Teil der Darstellung der Klägerin selbst zugegeben, andererseits machte die Klägerin einen glaubwürdigen Eindruck. Bei Eidesleistung müsse **Verurteilung** der Firma erfolgen, denn Beklagter habe sich als Ehemann gegenüber einem unbescholtenen jungen Mädchen und als Chef gegenüber der Angestellten **im höchsten Grade ehrverletzend** benommen. — Vor Eidesleistung zahlte der Beklagte vergleichsweise 75 M., auf den Rest von 25 M. **verzichtete Klägerin.**

Aus Industrie und Handel.

Exportbedürfnis der Eisenindustrie.

Die österreichischen Eisen- und Hüttenwerke klagen in beweglichsten Tönen über den Einbruch ihrer deutschen Vettern, weil diese ungeachtet der hohen Zoll- und Frachtsätze die österreichischen Werke unterbieten. Seit Monaten wird von Lübeck und Stettin nach Oesterreich aus Rheinland-Westfalen Halbzeug verkauft — selbstverständlich zu Bedingungen, die sowohl hinsichtlich der Lieferfrist als der Preise für die Abnehmer günstiger waren als die der österreichischen Unternehmungen. Die oberschlesischen Werke sind zwar noch durch die Absatzkonvention bis zum Jahresschlusse gebunden, haben aber gleichfalls schon mit österreichischen Verbrauchern ihre Schlüsse gemacht, die auch zur Ausführung gelangen werden, wenn nicht vorher zwischen den österreichischen und den schlesischen Werken zum gegenseitigen Schutz der Absatzgebiete neue Vereinbarungen getroffen werden sollten.

Und nicht bloß in den Grenzgebieten verschärft sich die Konkurrenz; die großen deutschen Werke von Oberschlesien wie vom Rheinland entsenden Offerte und Vertreter überall hin und bieten prompte Lieferung sowie solche Bedingungen an, die den Kunden jedenfalls konvenieren — nur um ihre Produkte anzubringen, die Beschäftigung im alten Umfange aufrechtzuerhalten und eine Betriebsreduktion zu vermeiden.

Das Sinken der Konjunktur ist auch an der Kleineisenindustrie nicht spurlos vorübergegangen, und zwar drückt sich die Depression sowohl in der starken Verminderung des Auftragbestandes und dem Zögern der Verbraucher im Abschlusse neuer Bestellungen als auch in den weichenden Preisen aus. Aber selbst zu gedrückten Preisen kommt wenig neues Geschäft zustande, weil die Händler infolge Zurückhaltung und in der Erwartung weiterer Preissenkungen mit neuen Aufträgen nur in beschränktem Umfange herauskommen. Dies bezieht sich namentlich auf Baubedarf, doch macht sich die abgeschwächte Nachfrage auch auf anderen Gebieten bemerkbar.

Der Niedergang verallgemeinert sich immer mehr und der schwere Konkurrenzkampf der deutschen Eisenindustrie, die heute die englischen und österreichischen Eisenwaren zu unterbieten sich bemüht, ist nur ein Symptom der Zustände auf dem Warenmarkte überhaupt.

Arbeiterentlassungen bei Krupp. Die „Köln. Volksztg." läßt sich aus Essen melden: Der Arbeitsmangel bei der Firma Fr. Krupp, von dem wir berichteten, macht sich immer mehr bemerkbar. Betroffen werden davon fast ausschließlich die mit Herstellung von Geschützmaterial beschäftigten Betriebe. In den letzten Tagen wurden wieder etwa 200 Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen. Wenn von diesen Kündigungen auch größtenteils unverheiratete Arbeiter mit weniger Dienstjahren getroffen werden, so sind Härten doch nicht vermieden worden, indem sich unter den Gekündigten Leute befinden bis 8, 10, ja mit 17 Dienstjahren. Diese Härten, die um so schwerer ins Gewicht fallen, als den Betreffenden ihre eingezahlten Beiträge zur Pensionskasse der Firma (2½ Proz. des Lohnes) verlustig gehen, hätten sich vermeiden lassen, wenn die Firma der Arbeiterschaft frühzeitig Mitteilung über die notwendigen Entlassungen gemacht hätte. — Was die letztere Bemerkung besagen soll, können wir nicht erraten. Die zur Wohlfahrtskasse geleisteten Beträge werden auf keinen Fall zurückgezahlt. — Aus Dortmund meldet das Blatt:

Von der Entlassung der Ausländer (Kroaten usw.) wurde letzthin vielfach in der Presse berichtet, u. a. hatte auch die Hütte „Phönix" die auf Zeche „Crone" beschäftigten Kroaten entlassen. Die Harpener Bergbaugesellschaft (Zeche „Preußen I und II") hat die auf Zeche „Crone" entlassenen Kroaten fast alle eingestellt.

Insolvenzen von Getreidefirmen.

In Zahlungsschwierigkeiten geraten ist die Getreidefirma Theodor Levy in Guben. Die Passiven werden auf ½ Million Mark geschätzt. — Die Getreidefirma Stolzmann u. Bruns in Spandau hat mit ihren Gläubigern einen Akkord auf der Grundlage von 50 Proz. geschlossen. — In Duisburg ist die Firma Löwenstein u. Co. mit 3- bis 400 000 M. Passiven in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Aus der Frauenbewegung.

Die Hochachtung vor der deutschen Frau.

Man muß es unseren Stockreaktionären lassen: sie sind niemals um schwungvolle Phrasen verlegen! In der Kommissionssitzung des Blockparlaments, in der das Vereinsgesetz beraten wurde, beantragten die Konservativen, die Frauen von den Wählerversammlungen auszuschließen. Mit — der ästhetischen Würde, die den Zirkus Busch-Leuten so wohl ansteht und im östlichen Preußen kultiviert wird, erklärte der Abg. Dietrich, der Antrag seiner Partei „sei der — Hochachtung vor der deutschen Frau" entsprungen, die den Roheiten des Wahlkampfes entrückt werden müsse. Dürften die Frauen in die Wählerversammlungen hinein, so sei das der erste bedenkliche Schritt zur Verleihung des allgemeinen Stimmrechts an die Frauen.

Da hat in einem Atemzuge der Realismus brutalster Sorte den Idealismus totgeschlagen, der im Weibe die Krone der Schöpfung preist, deren Süße und Zartheit nicht von der Rauheit des öffentlichen Lebens beeinträchtigt werden dürfe. Man spricht von Hochachtung vor dem Weibe und sträubt sich dagegen, es aus der Gefangenschaft der Rechtlosigkeit und Unmündigkeit entschlüpfen zu lassen, damit es Sklavin bleibe dem Manne. Man spricht von Hochachtung vor dem Weibe und verteitigt die Sklaverei der Gesindeordnung, damit der Ausbeutung der Proletarerin keine Schranke gesetzt werde. Zu den rohesten, gesundheitsschädlichsten Arbeiten zwingt das ostpreußische Junker-Aesthetentum die Arbeiterin, läßt sie die rohe Fäuste männlicher Frondvogte spüren, oft genug ein Spielball viehischer Sinnlichkeit edelblütiger Sprößlinge werden, und wirft die verführten und verlassenen Landmädchen auf den Markt der großstädtischen Prostitution, über welche jenes Aesthetentum dann wieder die Schale sittlicher Entrüstung ausgießt. Bei allen Reaktionären stellt jedesmal eine rührende Fürsorge um das weibliche Geschlecht sich ein, sobald diesem Rechte eingeräumt werden sollen. Die Frau kann unter ihren Pflichten zusammenbrechen, das Junkertum kümmert sich nicht darum. Auf seinen Gütern müssen Frauen für 60 Pfennige pro Tag von Tagesanbruch bis in die sinkende Nacht bei übermenschlicher Anstrengung arbeiten. Schwangere werden bis zur letzten Stunde ausgenutzt, hinausgetrieben. In elenden Hütten sperrt man die hochgeachtete Frau ein. Schweine und Ochsen wohnen oft besser als Landarbeiterinnen. So sieht es mit der junkerlichen Hochachtung vor dem Weibe aus. Man betrachtet es als Spielzeug — oder Ausbeutungsobjekt.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Friedrichshagen. Montag, den 20. Januar, 8½ Uhr, im Restaurant „Wilhelmsbad", Seestr. 45: Versammlung. Vortrag: Genosse Dupont: „Die Frau in der Gemeinde".

Tegel-Borsigwalde. Mittwoch, den 22. Januar, 8½ Uhr, in Tegel im Lokale von Schmidt, Schlieperstr. 64, Vortrag.

Sonnabend, den 29. Februar, in Tegel, in Trapps Festsälen, drittes Stiftungsfest. Billetts gelangen im Vereinslokal zur Ausgabe.

Gerichts-Zeitung.

Ein Anarchistenprozeß

beschäftigte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der 37 Jahre alte, verheiratete Tapezierer Karl Kielmeyer vorgeführt. Seit der Verhaftung des Anarchisten Oesterreich, der am 27. Februar wegen Hochverrats vor dem Reichsgericht stehen wird, führt der Angeklagte die Redaktion des anarchistischen Organs „Freier Arbeiter". Die Anklage macht den Angeklagten für drei Artikel des Blattes, in welchem nach Ansicht der Staatsanwaltschaft **Beleidigungen der Unteroffiziere des deutschen Heeres, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Aufreizungen zu Gewalttätigkeiten** enthalten sind, verantwortlich. — Auf Antrag des **Staatsanwalts Dr. Fiegen** beschloß der Gerichtshof den **Ausschluß der Oeffentlichkeit** während der Dauer der Verhandlung. Der **Staatsanwalt** hielt die Schuld des Angeklagten im Sinne der Anklage für erwiesen und beantragte **ein Jahr Gefängnis.** Nach zweistündiger Beratung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lieber, das **Urteil** dahin: In der ersten inkriminierten Nummer handelt es sich um einen Artikel „Errungenschaft", in welchem der deutsche **Unteroffizierstand** beleidigt wird. Gleichzeitig wird in diesem Artikel eine Staatseinrichtung, nämlich die **Altersversicherung,** durch Behauptung unwahrer Tatsachen verächtlich gemacht, indem behauptet wird, daß die Beiträge für diese Versicherung in Wirklichkeit ganz allein von den Arbeitern zu tragen sind und daß die Einrichtung der Quittungskarten nur als Uriasbrief anzusehen ist, damit die Arbeitgeber in der Lage sind, unbequeme Arbeiter zu kennzeichnen. In einem weiteren Artikel „Der Patriotismus als Stütze der kapitalistischen Gesellschaft" ist **eine Aufforderung zum Klassenhaß** enthalten, in dem dritten Artikel **„Seid Antimilitaristen"** eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze. Was die Strafzumessung betrifft, so hat der Gerichtshof erwogen, daß der Angeklagte schon eine Vorstrafe wegen ähnlicher Vergehen in Höhe von drei Monaten erlitten hat, ferner, daß den Bestrebungen, die bestehende Ordnung zu unterminieren, mit aller Schärfe von denjenigen, die die bestehende Ordnung zu schützen haben, entgegengetreten werden muß. Es war ferner zu erwägen, daß die Schreiber solcher Artikel sicher in ihrem Redaktionszimmer sitzen, diejenigen aber, auf die solche aufreizenden Artikel wirken sollen, sich die Köpfe einrennen und viel Unglück über sie gebracht wird. Deshalb hat der Gerichtshof auf **ein Jahr Gefängnis** erkannt und dem Angeklagten einen Monat Untersuchungshaft angerechnet.

* * *

Das horrende Strafmaß ist, wie die Urteilsbegründung zeigt, auf politische Gründe zurückzuführen. Eine Rechtsprechung, die von politischen Motiven getragen ist, ist das Kehrbild einer Gerechtigkeit, die nach dem Zugeständnis des trefflichen Juristen Brüggemann um so ängstlicher sich vor der politischen Leidenschaft hüten soll, je ferner der Richter den Ansichten des Angeklagten steht. Lediglich **durchaus falsche** Anschauungen des **Gerichts** konnten dies zu der Ansicht verleiten, das Altersversicherungsgesetz werde verächtlich gemacht, weil durchaus der Wahrheit entsprechend behauptet war, die **Lasten** der Versicherung werden **allein** von den Arbeitern getragen. Freilich hat der Arbeiter und der Arbeitgeber je die Hälfte der Markenbeiträge zu **zahlen.** Der Teil, den hiernach nominell der Arbeitgeber zahlt, ist aber nichts weiter als ein von vornherein feststehender Teil des Lohnes. In Wahrheit **trägt** demnach auch **den** Teil der Markenbeiträge, den der Arbeitgeber zu entrichten hat, der **Arbeiter.** Das ist keineswegs lediglich anarchistische oder sozialdemokratische Ansicht, sondern eine Ansicht, die von Mitgliedern **aller** Parteien ausgesprochen ist: wir erinnern unter anderem an die Darlegungen des verstorbenen **konservativen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker.** Gleiche Urteile über die Natur des vom Arbeitgeber zu zahlenden Beitrages haben liberale und Zentrumsabgeordnete gefällt. **Jeder,** der nationalökonomische Kenntnisse besitzt und die Gründe für die Höhe oder Tiefe des Lohnes kennt, auf den wirklichen Zusammenhang der Dinge eingeht und nicht an der Oberfläche der Erscheinungen haften bleibt, wird die vom Landgericht als „wissentlich unwahre **Behauptung**" mit hoher Gefängnisstrafe belegte **Anschauung** vertreten müssen. Der **Angeklagte** ist in diesem Punkt — der Inhalt der anderen Artikel ist aus der vorstehenden Urteilsbegründung nicht zu entnehmen — **völlig ungerecht bestraft.** Der Widerspruch des Urteils mit der Gerechtigkeit ist freilich weit weniger den einzelnen Richtern als dem **System** zur Last zu legen, das immer mehr darauf ausgeht, statt über das Vorliegen von **Tatsachen** über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit politischer oder wissenschaftlicher **Ansichten** Gerichte entscheiden zu lassen. Eine solche Entscheidung ist mit dem Zweck einer gerechten Justiz unvereinbar und übersteigt die Fähigkeiten auch des gelehrtesten Richters.

Ein Dienstmädchenjäger

mußte sich gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III verantworten. Wegen tätlicher Beleidigung war der Architekt Hans Rüttner aus Friedenau angeklagt. — Der Angeschuldigte, der seinerzeit in Karlshorst wohnte, ist seit mehreren Jahren verheiratet. Er weicht aber, wenn sich ihm die Gelegenheit bietet, gern vom Pfade der ehemännlichen Tugend ab. Zu diesen Liebeleien schienen ihm am besten — die von ihm engagierten Dienstmädchen geeignet. Im Sommer vorigen Jahres war bei ihm ein Dienstmädchen Anna B. in Stellung. Das erst siebzehnjährige Mädchen setzte allen Annäherungsversuchen ihres verliebten Dienstherrn hartnäckigen Widerstand entgegen. Als der Angeklagte aber eines Nachts in der allerdürftigsten Toilette in ihrer Kammer erschien und zudringlich wurde, erhob sie ein mörderisches Hulfegeschrei, durch welches das ganze Haus alarmiert wurde. Als sich das Mädchen bei ihrer Dienstherrin beklagte, beruhigte sie diese Dame mit den Worten: „So etwas ist doch nicht so schlimm, so etwas kommt doch alle Tage vor!" Diese Aeußerung der „Gnädigen", die gewiß in ihrer Mußezeit genug über die Dienstbotenplage und Unsittlichkeit der „niederen Stände" zu klagen weiß, war natürlich kein Hinderungsgrund für den geilen Architekt, auch ein zweites Dienstmädchen zu attackieren. Das nahm die Hülfe ihrer Eltern und der Polizei in Anspruch. Das Schöffengericht Lichtenberg verurteilte den Angeklagten zu der milden Strafe von 300 Mark. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Berufung ein und beantragte die Bestrafung des R., der seine Gewalt als Dienstherr in der verwerflichsten Weise mißbraucht habe, zu einer Gefängnisstrafe. Das Gericht belies es bei dem ersten Urteil und verwarf die Berufung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 70—72 pr. 100 Pfd., IIa 64, 69, IIIa 56—59. Bullenfleisch Ia 67—72, IIa 56—66. Kühe, fett 50—58, do. mager 38—46, Fresser 52—60. Bullen, dänische 53—65. Kalbfleisch, Doppellender 110—130, Mastkälber Ia 90—100, IIa 80—89, Kälber ger. gen. 60—76, do. holl. 50—56. Hammelfleisch Mastlämmer 76—78, Hammel Ia 68—72, IIa 62—67, ungar. 0,00, Schafe 47—60. Schweinefleisch 51—59. Rehwild Ia per Pfund 0,00, IIa 0,00. Rotwild Ia per Pfund 0,40—0,48, do. IIa 0,30—0,39, do. Kälber 0,40—0,55. Damwild 0,40—0,60, do. Kälber 0,60—0,70. Wildschweine per Pfd. 0,30—0,40. Frischlinge per Pfd. 0,50—0,60. Kaninchen, groß, Stück 0,80 bis —1,10, do. klein 0,00. Hasen, groß per Stück 3,40—3,70, do. mittel und klein Stück 2,00—3,00. Wildenten per Stück 0,00. Fasanenhähne Ia, junge 2,75—3,25, do. IIa und alte 1,50—2,50. Fasanenhennen 1,00—2,25. Hühner, Ia per Stück 1,60—3, dito IIa 1—1,50. Tauben Ia 0,50—0,90, do. IIa 0,00, do. alte 0,60—0,70, do. ital. 1,10. Enten, per Stück 0,00, do. russische per Stück 0,00, do. Hamburger, per Stück 3,20 bis 3,50. Gänse per Pfd. 0,50—0,63, do. Oderbrucher per Pfund 0,60—0,65, do. russ. p. St. 0,50—0,56. Poulets per Stück 1,20—1,50. Puten Ia p. Pfd. 0,70—0,80, do. IIa. 0,50—0,55. Hechte per 100 Pfund 84—94, do. matt 95—103, do. groß 53—62, do. groß-mittel 75—62. Zander, unsortiert 0,00, do. groß 75, do. matt 91—101. Schleie, groß 0,00, do. uns. 0,00, do. IIa 50—73. Aale 0,00, do. klein-mittel 0,00, do. groß 0,00. Karpfen, 70—80er 51—54, 50er, stumpf 51—56, do. franz., 70—100er 53—57. Plötzen 41—50, do. matt 34—38. Aland 49—55. Quappen 0,00. Bleifische 0,00. Weiß 0,00. Bunte Fische 23—50. Barse 68—76, do. matt 48—57. Bleie 48, do. matt 30—41. Karauschen 0,00. Winter-Rheinlachs, per 100 Pfund 0,00, Amerikanischer Lachs Ia, per 100 Pfund 110—130, do. IIa 90—100. Seelachs, per 100 Pfund 15—20. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, do. mittel, Kiste 0,00, do. Hamb. Stiege 3—6, halbe Kiste 2—3, pomm. Ia Schock 0,00, IIa 0,00. Bücklinge, Kieler per Ball 2—3,00, schwedische 2,00—2,50, englische 0,00. Sprotten, Danziger, Kiste 0,70, do. Rügenwalder, Kiste 0,70. Aale, groß per Pfund 1,10—1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schock 5,00—9,00. Schellfische, Kiste 3,00—4,00, dito ½ Kiste 2,50. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85—90. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full 38—40, med. 36—42, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 11, do. kleine 5—6, do. Riesen- 14. Krebse per Schock 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 cm 0,00, do. unsortiert 0,00, Galizier, groß 0,00. Seemuscheln 100 St. 1,00. Eier, Land-, unsortiert per Schock 4,00—5,80, do. große 6,00—6,50. Butter per 100 Pfd. Ia 123—126, IIa 116—123, IIIa 112—115, abfallende 100—106. Saure Gurken Schock 4,00. Pfeffergurken Schock 4,00. Kartoffeln per 100 Pfund Daberscke 3,00—3,50, weiße runde 2,75—3,25, mag. bon. 3,00—3,50. Porree, per Schock 1,50—1,75. Meerrettich, Schock 4—12. Spinat per 100 Pfund 20—40. Sellerie, per Schock 3—6, do. pomm. 6—9,50. Zwiebeln per 100 Pfd. 2—3,50. Petersilie, grün, Schockbund 0,80—1,50. Rettich, bayrischer, per Stück 0,06—0,10, hiesiger, per Schock 0,00. Mohrrüben, 100 Pfund 3,00 bis 4,00. Karotten, per 100 Pfund 10—15. Wirsingkohl p. Schock 3—7. Rotkohl, Schock 4—8. Weißkohl p. 100 Pfd. 2,00—3,50. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, do. italienischer 100 Stück 25—35, do. in Kisten 18 Stück 1,25—2,25. Rosenkohl, per 100 Pfund 16—30. Grünkohl 5,00—8,00. Kohlrüben, Schock 2,50—6,00. Petersilienwurzeln, per 100 Pfd. 5—6. Schockbund 5—6,00. Schnittlauch, Töpfe Durchs. 3—4,00. Tomaten, kanarische, per Kiste 1,00—3,00. Rote Rüben, per 100 Pfund 2,50—3,00. Rübchen, Beeliitzer, per 100 Pfund 0,00, do. Teltower 3—18. Eskarol, per Schock 18—24. Endivien, per Schock 20. Birnen per 100 Pfd. Tiroler 0,00, Kochbirnen 3—7, Tafelbirnen Ia 18—25, do. IIa 6—17, Ital. 10—22. Aepfel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 22—30, do. IIa 12—20, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30—50, Most-, hies., 100 Pfd. 0,00, Koch- 5—11, Tafeläpfel Ia 15—24, do. IIa 8—12, Amerikaner, per Faß 10—30, Italiener, lose, 100 Pfd. 8—12, do. in Körben per 100 Pfd. 13—25, do. in Kisten 10—25. Wallnüsse 0,00. Paranüsse 0,00. Haselnüsse, lange, 100 Pfund 0,00, do. runde franz. 0,00. Weintrauben, Almeria, per Faß 4—18. Ananas I, per Pfund 0,80—0,90, do. II 0,40—0,60. Bananen, gelb, per 100 Pfund 8—20. Kokosnüsse per 100 Stück 0,00. Krachmandeln per 100 Pfd. 65—115. Maronen, ital., per 100 Pfund 9—20. Feigen, Kranz- per 100 Pfd. 20—22, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 28—58. Traubenrosinen per 100 Pfund 65—120. Zitronen, Messina, 300 Stück 7,25—10,00, do. 360 Stück 9,00—9,50, do. 300 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00. Apfelsinen, Murcia, 200 Stück 7,00—11,00, do. 300 Stück 7,00—11,00, do. Valencia 420 Stück 10—25, do. 714 Stück 12—18,50, do. Messina-Blut 100 Stück 8—9, do. 150 Stück 9—10. Mandarinen, Schachtel 0,45—2,00, do. 420 Stück 0,00, do. 100 Pfund 17—22. Datteln, per 100 Kart. 35—45. Johannisbrot, per 100 Pfund 10—15.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sonntag, den 19. Januar, früh 8 Uhr, von den bekannten Stellen:

Flugblatt-Verbreitung in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Spandau steht uns das Lokal „Ulrichs Konzert- und Ballhaus“, Havelstr. 20, zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In **Groß-Beeren** hat der Inhaber des erst kürzlich freigegebenen Lokal „Restaurant Fichtenwäldchen“, Berliner Straße 99, Herr O. Heinze, seine Unterschrift zurückgezogen. Wir ersuchen speziell die Arbeiterradfahrer, dies zu beachten.

Der „Lotterieverein Fortuna“ veranstaltet am 1. Februar cr. in dem Lokal „Kaiser-Wilhelms-Garten“ in **Friedenau**, Rheinstr. 65, einen Maskenball. Da uns dies Lokal zu Versammlungen beharrlich verweigert wird, so ersuchen wir, alle dortigen Veranstaltungen streng zu meiden.

Die Lokalkommission.

Rixdorf. Achtung! Zu der am Sonntag, den 19. Januar, früh 8½ Uhr, stattfindenden Flugblattverbreitung ersuchen wir unsere Mitglieder sich recht zahlreich und pünktlich in ihren Zahlstellen einzufinden. Der Vorstand.

Charlottenburg. Am Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden dringend ersucht sich äußerst rege hieran zu beteiligen und sich rechtzeitig in den bekannten Lokalen einzufinden. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Die Flugblattverbreitung am Sonntag findet früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus statt.

Rummelsburg. Am Dienstag, den 21. Januar, abends 8½ Uhr, findet im Saale der Witwe Weigel eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichterstattung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. 2. Freie Diskussion. 3. Wahl eines Komitees für die bevorstehenden Gemeindewahlen. 4. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung wird am Sonntag ein Extra-Flugblatt verbreitet. Der Vorstand.

Stralau. Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant Loeke, Alt-Stralau 5: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag, Bericht des Vorstandes, Neuwahl desselben, Anträge und Verschiedenes. Pflicht eines jeden Genossen ist es, pünktlich zu erscheinen.

Im Anschluß hieran findet in den „Markgrafensälen“ ein Unterhaltungsabend statt, veranstaltet von den Berliner Parteigenossen. Rezitation von Frau Margarete Walkotte. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 19. d. M., mittags 12 Uhr im Schloßpark „Wilhelminenhof“ eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins stattfindet. Tagesordnung: „Entgegennahme von Berichten“. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Für diejenigen, denen es an Zeit mangelt, selbst die Wählerliste einzusehen, haben sich die Genossen Paul Gräbnitz, Berliner Straße 123 und Paul Bengsch, Grünauer Straße 8, erboten, es zu tun.

Am Sonntag früh 8 Uhr treffen sich die Genossen in ihren Bezirkslokalen. Es ist erwünscht, daß ein jeder pünktlich erscheint. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulenweg. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zu einer Flugblattverbreitung Sonntag früh 9 Uhr in den Bezirkslokalen einzufinden. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Lichtenberg. Sonntag früh: Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus. Kein Genosse darf fehlen! Der Vorstand.

Tempelhof. Der Wahlverein für Tempelhof hält am Sonnabend, den 18. d. M., im Lokal „Wilhelmsgarten“ bei Mokulys, Berliner Straße 9, sein diesjähriges Stiftungsfest unter Mitwirkung von Mitgliedern des Gesangvereins Sangeslust III und der „Freien Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf“, sowie der humoristischen Sängergesellschaft Balze ab. Durch Vorträge heiteren und ernsten Inhalts ist für eine gute Unterhaltung gesorgt. Die Mitglieder nebst Freunden und Bekannten sind mit der Bitte, recht zahlreich zu erscheinen, hierdurch eingeladen. Der Vorstand.

Mariendorf. Sonntag früh 8½ Uhr Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Rege Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Grünau. Am Sonntagmorgen um 8 Uhr findet von der „Grünen Ecke“ aus im Orte eine Flugblattverbreitung statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Zernsdorf. Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 2½ Uhr: Volksversammlung. Vortrag des Genossen Wollermann über: „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“.

Friedrichsfelde. Am Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung statt. Rege Beteiligung der Genossen ist notwendig. Der Vorstand.

Adlershof. Am Sonntag, den 19. d. M., findet eine „Vorwärts“-Agitation und eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich an diesen Parteiarbeiten zu beteiligen. Treffpunkt bei Kaul, Bismarckstraße, um 8 Uhr morgens.

Zur Einsichtnahme in die Gemeindewählerliste haben sich folgende Genossen bereit erklärt: Hildebrandt, Selchower Straße Nr. 14, Beck, Hackenbergstr. 24, Kaul, Bismarckstr. 16, Tempel, Kronprinzenstr. 46, Bartels, Bismarckstr. 56, Barth, Oppenstr. 55.

Lankwitz. Am Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Um vollzählige Beteiligung der Genossen ersucht Der Vorstand.

Reinickendorf. Parteigenossen! Am Sonntag findet Flugblattverbreitung statt. Die Genossen treffen sich früh 8 Uhr in den bekannten Lokalen.

Wilhelmsruh. Morgen, Sonntag früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Sämtliche Genossen treffen sich im Lokal von Barth, Viktoriastr. 7. Der Vorstand.

Französisch-Buchholz. Am morgigen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal von Haehne, Berliner Straße 39, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Stadtverordneter Genosse Leid über: „Das Dreiklassenwahlrecht und die Gemeindevertreterwahlen“ sprechen wird. Genossen, sorgt für guten Besuch dieser Versammlung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Die am Sonntag Punkt 8 Uhr stattfindende Flugblattverbreitung findet von allen drei Bezirkslokalen aus statt. Für Nordend um 10 Uhr vom Genossen Schüßler aus. Der Vorstand.

Nowawes. Am morgigen Sonntag, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt morgens bei Gruhl, Priesterstr. 69. Ehrenpflicht eines jeden Genossen ist es, sich an derselben zu beteiligen. Der Vorstand.

Wittenau. Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale von Albert Schulz, Hauptstraße, öffentliche Volksversammlung. 1. Vortrag des Gemeindevertreters Genossen Kubig-Pankow über: „Der Kampf ums Recht“. 2. Freie Aussprache. Genossen agitiert für den Besuch der Versammlung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Arbeitslosen-Versammlungen

finden am **Dienstag, den 21. Januar,** vormittags 10½ Uhr, in folgenden Lokalen statt:

Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24 (großer und kleiner Saal),
Gesellschaftshaus Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstr. 18m,
Freyer (früher Keller), Koppenstr. 29 (großer und kleiner Saal),
Kliems Festsäle, Hasenheide 13/15 (großer und Gartensaal),
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (großer Saal und Saal I).

Tagesordnung in allen Versammlungen: „Die Pflichten von Staat und Gemeinden gegenüber der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit.“

Referenten: die Reichstags-Abgeordneten Albrecht, Brühne, Emmel, Frank, Lehmann, Scheidemann, Singer, Stücklen, Zubeil.

Alle Arbeitslosen in Groß-Berlin werden gebeten, an diesen Versammlungen teilzunehmen.

Tellersammlung findet nicht statt.

Die Berliner Gewerkschaftskommission.
Verband sozialdemokratischer Wahlvereine.

Im Dienste einer Gräfin Stolberg-Wernigerode.

In gräflichen Diensten zu stehen, diese Ehre war einem Herrn D. zuteil geworden. Er kriegte die Stelle eines Portiers und Heizers für das neuerbaute Haus Oldenburger Straße 44, das einer Gräfin aus der millionengesegneten Familie derer von Stolberg-Wernigerode gehört. Sein Wohnungsvertrag nebst dem Vertrag über seine Portier- und Heizerpflichten wurde unterzeichnet von dem Generalbevollmächtigten der Frau Gräfin, einem Prior Andreas Schmidt, der in Moabit über die Dominikaner herrscht und an der dortigen (katholischen) Paulskirche das Gotteswort predigt. Verwaltet wurde aber das Haus Oldenburger Straße 44 nicht von diesem hochwürdigen Herrn Schmidt, sondern von einem simplen Herrn Bunning, der in der Flotowstraße ein Baugeschäft betreibt. Und auch Bunning war noch nicht die unterste Instanz, vielmehr war das sein Geschäftsführer Kramer. So war die hausbesitzende Gräfin vor der Berührung mit ihrem Portier durch eine dreifache Barrikade geschützt.

Als D. in ihrem Hause die Portier- und Heizerstelle übernahm, wurde ihm durch den Vertrag die Pflicht auferlegt: „Alles nötige Reinigungsmaterial und Hausreinigungsgerät hat der Portier selbst zu liefern.“ Das Haus war knapp fertig, Reinigungsgeräte usw. waren noch nicht vorhanden, mithin mußte alles erst beschafft werden. Da der Geschäftsführer nichts besorgte und auch kein Geld hergab, so kaufte D. selber zusammen, was er für nötig hielt. Er sagte sich aber, daß die hochadlige Frau Gräfin samt ihrem hochwürdigen Herrn Prior schwerlich im Ernst verlangen würden, daß er die Geräte usw. aus eigener Tasche bezahle. In dem Geschäft, wo er kaufte, erklärte er, Bezahlung werde wahrscheinlich von der Gräfin oder ihrem Prior geleistet, wenn aber nicht, so werde er selber zahlen. Die Rechnungen blieben bis auf weiteres unbezahlt, schließlich aber wurden sie von dem Geschäftsmann eingereicht — und nun brach über D. ein Donnerwetter herein. Es kam zum Krach, der mit Exmission des Portiers endete. Man weiß ja, daß mit einem Portier gewöhnlich ein Vertrag geschlossen wird, der es ermöglicht, bei Differenzen ihn allerschleunigst auch aus der Wohnung herauszuwerfen. Bald rückte nun der Gerichtsvollzieher an und ließ D.'s Wirtschaft herausschaffen. Mit herausgeschafft wurden auch die Geräte usw., die D. für seine Arbeit in gräflichen Diensten hatte anschaffen müssen. D. nahm an, daß sie inzwischen schon aus der Kasse der Gräfin bezahlt worden seien, und da seine eigenen Ansprüche auf rückständigen Lohn und auf Provision für Wohnungsvermietung zurückgewiesen wurden, so glaubte er, daß man sich auf diese Weise schadlos halten wolle. Daher betrachtete er die Geräte nunmehr vollends als sein Eigentum und nahm sie mit.

Dieser Akt brachte ihn auf die Anklagebank: am Freitag hatte er sich vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte wegen „Unterschlagung“ zu verantworten. Die Anklage zählte folgende Gegenstände auf, die D. „als ihm anvertraut in Gewahrsam gehabt“ hatte und „sich rechtswidrig angeeignet“ haben sollte: „1 Petroleumlampe, 1 Gießkanne, 1 Dutzend Schlüsselringe, 4 Schlüsselringe, 2 Leitern, 1 Oelkanne, 1 Straßenbesen, 1 Haarbesen, 1 Handfeger, einige Schlüssel“. Diese Gegenstände wurden als „der Gräfin Stolberg-Wernigerode gehörig“ bezeichnet und sollten „einen Gesamtwert von etwa 18 M.“ haben. (Dagegen berechnet D., nebenbei bemerkt, seine Forderung auf 85 M.) Vor Gericht gab D. ohne weiteres den Sachverhalt zu. Er legte den Vertrag vor, der ihn zur Beschaffung „aller nötigen“ Geräte usw. verpflichtet. „Ich nahm aber“, sagte er, „vorläufig auf Kredit, weil ich der Meinung war, die Gräfin und der Prior seien Leute mit Namen von Klang, die würden doch nicht von einem armen Portier diese Gegenstände bezahlen lassen“. Als Zeuge wurde nur Herr Bunning vernommen, der „nichts wußte“. „Warum zeigte man denn“, fragte der Vorsitzende, „die Sache an, wenn man nichts weiß?“ Hiernach beantragte der Anklagevertreter selber die Freisprechung, weil dem D. wohl das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe. Das Gericht sprach D. frei mit der Begründung, er habe vermutlich geglaubt, Eigentümer der Sachen geworden zu sein.

Die Frau Gräfin und ihr Prior werden wahrscheinlich den Kopf darüber schütteln, wie „unbegreiflich“ doch manchmal die Urteile der Gerichte sind. Aber noch mehr werden sie sich vielleicht darüber wundern, daß jemand annehmen konnte, der Adel verpflichte eine schwerreiche Hausbesitzerin aus dem Geschlecht derer von Stolberg-Wernigerode, ihren Portier und Heizer nicht aus eigener Tasche bezahlen zu lassen, was er zur Bedienung der gräflichen Mietskaserne braucht.

Wie furchtbar die Arbeitslosigkeit wirkt, zeigte am Donnerstag in den Abendstunden ein trauriges Bild. Ein bekanntes Café hatte durch Annonce einen Kellereiarbeiter verlangt. Trotzdem nun die Stelle schon wenige Minuten nach Ausgabe des „Arbeitsmarktes“ besetzt war, stand noch um ½6 Uhr eine Schar Arbeitsloser vor dem Lokal, an dessen Tür ein Zettel klebte, auf dem bekannt gegeben war, daß die betreffende Arbeitsstelle schon vergeben sei. Und immer noch warteten die Aermsten mit ernsten, schweigenden Gesichtern und starrten unverwandt auf den Zettel, der ihnen in harten, trockenen Schriftzügen mitteilte, daß alles Hoffen vergebens ist. „Jetzt komme ich von Rixdorf hierher und gebe noch den letzten Groschen für die Elektrische aus, um schneller da zu sein“, erzählt der eine Mann, „man weiß gar nicht mehr, was man anfangen soll, ich traue mich bald gar nicht mehr heim zu meiner Familie zu gehen. Seit November nichts verdient, in 14 Tagen soll ich 26 M. Miete bezahlen und bin die letzte noch schuldig.“ Und diese Bilder kann man täglich hundertfach sehen. Und diese Armen hungern buchstäblich, aber niemand tut seine milde Hand auf, um sie zu speisen. Aber Geld zu anderen Dingen ist immer vorhanden. Kirchen zum Beispiel werden immerzu gebaut, trotzdem sie leer bleiben, aber hunderttausend Menschen in Berlin wissen nicht, wo sie ein Stück Brot hernehmen sollen. Aber so ist es und so soll es bleiben, denn so will's nun einmal die göttliche Weltordnung.

Im Zeitalter des Militarismus.

Das erste Garde-Feldartillerieregiment hält seit Anfang dieser Woche auf dem Tegeler Schießplatz Uebungen im Scharfschießen ab. Die hierbei üblichen Absperrungen und Vorsichtsmaßregeln waren im weitesten Maße getroffen worden. Für gewöhnlich wird die Schießdistanz der Geschütze auf drei Kilometer begrenzt, und es sind auch bisher Unglücksfälle bei derartigen Schießübungen nicht zu verzeichnen gewesen. Um so seltsamer ist es, daß bei dem gestrigen Schießen eine Granate weit über das begrenzte Gebiet hinausflog und in einer Entfernung von fast fünf Kilometern in ein Wohnhaus in Saatwinkel einschlug und dort erhebliche Verheerungen anrichtete. Das Haus gehört dem Restaurateur Märten in Saatwinkel und wird von einem Verwandten bewohnt. Dieser war bei dem Eintritt des Unfalles zufällig abwesend, so daß Menschenleben nicht zu Schaden gekommen sind. Die verirrte Granate zerschlug eine Giebelwand des Hauses und richtete in dem Gebäude auch sonst noch arge Verheerungen an. Eine Anzahl von Sprengstücken blieb in der Zimmerdecke und in den Wänden stecken. Noch im Laufe des gestrigen Tages wurde der Militärbehörde von dem Vorfall Anzeige erstattet. Der Amtsvorsteher in Tegel, zu dessen Bezirk Saatwinkel gehört, ließ heute eine Besichtigung durch Polizeibeamte vornehmen und erstattete amtlichen Bericht. Auf welche Ursachen die abnorme Flugbahn des Geschosses zurückzuführen ist, bedarf noch der Feststellung.

Der geschilderte Vorgang ist ein so unerhörter, daß hoffentlich derartige Schießereien in Tegel in der Zukunft nicht mehr stattfinden.

In ihrem Bett tot aufgefunden wurde gestern mittag in ihrer Wohnung in der Putbuser Straße 31 die 24jährige Ehefrau Minna Walther. Gewisse Begleitumstände deuteten anfangs darauf hin, daß Frau W. das Opfer eines Mordes geworden sein konnte. Frau Walther hatte vor zwei Jahren ihren Mann, den Buchhalter Richard Walther, geheiratet. Vor einiger Zeit wurde Walther stark lungenkrank und er mußte schließlich eine Lungenheilanstalt aufsuchen. Die Frau war nun gezwungen, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Morgens wurde sie von der Nachbarsfrau stets geweckt. Vorgestern morgen klopfte die Nachbarin wieder an der Tür, doch vernahm sie keine richtige Antwort aus dem Zimmer, sondern nur einige schwache Laute drangen an ihr Ohr. Sie glaubte, daß sich Frau W. nicht wohl befinde und kümmerte sich nicht weiter um den Vorfall. Als sie aber gestern morgen beim Wecken überhaupt keine Antwort erhielt, schöpfte sie Verdacht und benachrichtigte den Portier. Dieser öffnete die Korridortür und beim Betreten des Zimmers fand er die junge Frau tot im Bette auf. Auf dem Stuhl neben dem Bett standen zwei Wassergläser, in denen sich noch etwas Flüssigkeit befand. Die benachrichtigte Polizei leitete sofort die Untersuchung ein, konnte jedoch bestimmtes nicht ermitteln. Beim Abrücken des Bettes gewahrte man an der Wand eine Blutspur. Wo das Blut herstammt, bedarf noch der Aufklärung. Zwei Gerichtsärzte, die die Leiche nachmittags untersuchten, fanden äußere Verletzungen an ihr nicht vor. Die Tote wurde nach dem Schauhause gebracht, damit dort durch die Obduktion die genaue Todesursache festgestellt wird.

Der Tod im Polizeigewahrsam. In einer Zelle des Königlichen Polizeipräsidiums ist gestern eine unbekannte, etwa 35 Jahre alte Frau, vom Tod überrascht worden. Sie war von einem Schutzmann auf der Straße aufgegriffen und zunächst in das 37. Revier eingeliefert worden. Von dort kam sie nach dem Polizeipräsidium. Dort fand sie später ein überwachender Beamter tot in der Zelle auf. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht, damit durch die Obduktion die Todesursache festgestellt wird.

In große Aufregung wurden gestern nachmittag gegen 2 Uhr die Passanten der Alexandrinenstraße versetzt. Ein Pferd war scheu geworden und raste führerlos mit Gespann durch die belebte Alexandrinenstraße. Vor der Kaserne des 2. Garde-Dragoner-Regiments stürmte es einem Wagen der Omnibuslinie 24 in die Flanke, wobei die Deichsel zerbrach und die Insassen nur durch einen Zufall unverletzt blieben. Durch diesen Zusammenprall noch wilder gemacht, karambolierte es kurz darauf mit einem Militärpferdetransportwagen, dessen Kutschersitz in Trümmer ging. Hierauf rannte es an einen Rollwagen an, wobei es endlich zum Stehen gebracht werden konnte. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Ein verhängnisvoller Automobilunfall ereignete sich vorgestern abend gegen 8 Uhr am Weddingplatz. Zur genannten Zeit wollte der 12 Jahre alte Schüler Walter Jakob, Müllerstr. 60 wohnhaft, vor dem Hause Nr. 8 des genannten Straßenzuges den Fahrdamm überschreiten, als ein Automobil des Kommerzienrats Borsig, von Tegel kommend, heransauste. Der Knabe, der einem Straßenbahnwagen auswich, hatte die Annäherung des Kraftwagens nicht bemerkt, wurde von diesem erfaßt und geriet unter die Räder des Automobils. Kommerzienrat Borsig nahm den Verunglückten in seinen Wagen und brachte ihn nach der nahen Unfallstation in der Lindower Straße, woselbst der anwesende Arzt schwere Brust- und Halsquetschungen und innere Verletzungen feststellte. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der kleine Jakob in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhause Moabit übergeführt. Nach Angabe von Augenzeugen ist der Unglücksfall durch die zu hohe Fahrgeschwindigkeit des Automobils herbeigeführt worden.

Feuerwehrbericht. In der Donnerstagnacht wurde die 4. Kompagnie um 4 Uhr nach der Grünthaler Straße (Gesundbrunnen) alarmiert. Nachdem alle Nachforschungen nach der Ursache vergeblich und nirgends eine Gefahr zu entdecken war, rückte die Feuerwehr wieder ab. Kaum auf der Wache angekommen, erfolgte ein neuer Alarm nach der Christianiastraße nahe Pankow. Auch dort war trotz eifrigen Nachforschens kein Brand zu ermitteln. Der Täter ist in beiden Fällen entkommen. Nachts um 2 Uhr stand in der Karlstr. 20a ein Keller in Flammen. Um diese zu löschen,

mußte tüchtig Wasser gegeben und ein Rohrführer mit einem Feuerschutzanzuge ausgerüstet werden. Die Entstehung dieses Brandes ist nicht aufgeklärt. In dem Straßenbahndepot der Bahn von Siemens u. Halske am Kottbuser Ufer 19 brannte in einem Schuppen die Bedachung eines elektrischen Straßenbahnwagens. Der 17. Zug wurde nach der Ritterstr. 65 gerufen, wo ein Benzinautomobil brannte. Auf dem Moabiter Güterbahnhof war gestern ein Waggon mit Preßkohlen in Brand geraten. Außerdem hatte der 16. Zug in der Hennigsdorfer Straße 83 zu tun.

In kurzer Zeit zum zweiten Male wurde die Feuerwehr nach der Nikolaikirche gerufen, deren Schornstein starke Rauchwolken entstiegen. Da keine Gefahr vorlag, konnte die Feuerwehr bald abrücken.

Vorort-Nachrichten.

Seht die Wählerlisten nach, die nur bis zum 30. Januar in den Gemeindebureaus zur Einsichtnahme ausliegen. Wer nicht in der Liste steht, geht seines Wahlrechtes verlustig. Für diejenigen, die selbst die Listen nicht einsehen können, übernehmen die auf Plakaten vermerkten Genossen bereitwilligst die Einsicht in die Listen.

Zu den bereits veröffentlichten Orten geben wir noch bekannt:

Wilhelmsruh. Die Wählerlisten liegen im Amtsbureau, Hauptstraße, an Wochentagen vormittags von 8—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr und Sonntags vormittags von 12—1 Uhr aus. Wer nicht selbst die nötige Zeit dazu hat, wende sich schnell an folgende Adressen: Restaurant Barth, Viktoriastraße 7; Restaurant Kersten, Niederstraße 5, Ecke der Kronprinzenstraße.

Für Niederschönhausen-West übernehmen die Einsicht in die Wählerlisten bereitwilligst: Gastwirt Blenck, Sachsenstraße 10 und Gastwirt Lunow, Sachsenstraße 12.

Mühlenbeck (bei Berlin). Die Wählerlisten liegen täglich zur Einsichtnahme im hiesigen Gemeindebureau aus. Wer verhindert sein sollte, wende sich an Genossen Ad. Bärsch, „Gasthof zur Sonne".

Mariendorf. Die Listen liegen aus im hiesigen Rathause, parterre, Zimmer 11, an den Wochentagen vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr, Sonntags von 9—10 Uhr. Für Verhinderte sehen die Genossen Hermann Reichardt, Chausseestraße 27, Ernst Beihke, Königstraße 38 und Hermann Lehmann, Bergstraße 17, die Listen ein.

Königs-Wusterhausen im Rathaus vormittags von 8—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr. Die Einsichtnahme übernehmen die Genossen Franz Kaiser, Luckenwalderstraße 45, Heinrich Dietze und Andreas Haug, beide Amtsgarten 2.

Hoherlehme-Wildau im Gemeindeamt. Hoherlehme vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr. Die Einsichtnahme übernehmen die Genossen Gastwirt Schumann und Fleischermeister Hoffmann.

Niederlehme im Gemeindeamt vormittags von 9—12 Uhr. Zur Einsichtnahme sind bereit die Genossen Gastwirt Koch und Ferdinand Harnau.

Franz.-Buchholz im Amtsbureau wochentags von 8—1 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags; außerdem Sonntags von 6—9 Uhr vormittags.

Friedenau im Gemeindebureau, Feurigstraße, Zimmer 1—2, an den Wochentagen vormittags von 10—3 Uhr nachmittags. Zur Einsichtnahme bereit ist Genosse Max Flieg, Rheinstraße 47 (Laden).

Weißensee auf dem Gemeindeamt und beim Genossen Roßkopf, Königchaussee 38.

Rummelsburg im Rathause in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Karlshorst. Dönhoffstraße 31, I, vormittags von 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr; Sonntags von 10—12 Uhr. Wer keine Zeit hat, selbst nachzusehen, wende sich an Heinrich Stühmer, Dorotheastraße 23, II, Paul Michaelis, Karl-Egon-Straße 20, III, Gustav Becker, Rödelstraße 14, I oder Kehr, Heiligenbergerstr. 22, III.

Zehlendorf im Gemeindeamte, Hauptstraße 88, Zimmer 4, während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags; am Sonntag den 19. und am Sonntag den 26. Januar vormittags von 9—10 Uhr und am Freitag den 17. und Dienstag den 21. außer den gewöhnlichen Dienststunden von 6—8 Uhr abends.

Buckow im Gemeindebureau hierselbst, Dorfstraße 8.

Johannisthal im hiesigen Gemeindebureau, Rathaus, Zimmer 2, während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Listen gebe man sofort zu Protokoll.

Charlottenburg.

Bei den am 16. d. M. stattgehabten Wahlen der Beisitzer zum hiesigen Gewerbegericht erhielten die alleinigen Kandidaten der Gewerkschaftskommission insgesamt 4544 Stimmen. Danach wurden bei den diesmaligen gegen die vor zwei Jahren 1247 Stimmen mehr abgegeben. Für die Kandidaten der Innungen stimmten 583 Wähler und für die der freisinnigen Gewerbetreibenden 148, so daß die Kandidaten der Gewerkschaftskommission in allen Bezirken den Sieg davontrugen.

Rixdorf.

Reiche Beute machte eine Einbrecherbande, die in der gestrigen Nacht in das Hutgeschäft von Kotmann in der Bergstr. 96 eindrang. Die Diebe gelangten unter Anwendung von Dietrichen und Nachschlüsseln in die Verkaufsräume des Geschäftes und räumten dort tüchtig auf. Für mehr als 2000 M. schleppten sie Hüte und andere Herrenbekleidungsgegenstände davon.

Schöneberg.

Zu den am 25. Januar stattfindenden Gewerbegerichtswahlen findet am Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung in Obsts Festsälen statt, in welcher Genosse Adolf Ritter-Berlin über die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Gewerbegerichte sprechen wird. Auch werden die Kandidaten aufgestellt.

Pflicht aller Genossen ist es, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Gewerkschaftskommission.

Fichtenau.

Opfer seines Berufes. Bei einem entsetzlichen Unglücksfall hat gestern nachmittag der Streckenwärter Alfred Weiler aus Fichtenau den Tod gefunden. Er befand sich zwischen den Stationen Erkner und Wilhelmshagen auf dem Dienstgange und kontrollierte die Gleise. Einem entgegenkommenden Zuge mußte er dabei ausweichen und er trat auf das Nebengleis. In diesem Augenblick kam auch von hinten ein Vorortzug herangefahren, ohne daß W. etwas davon bemerkte. Er wurde von der Maschine erfaßt und unter die Räder geschleudert. Der Aermste wurde von der Lokomotive und mehreren Waggons überfahren und fast vollständig zerstückelt. Die Beine wurden ihm vom Rumpfe getrennt und beide Arme zermalmt. Der Kopf wurde gespalten und der Brustkasten eingedrückt. Kurz darauf wurde W. durch den Tod von seinen furchtbaren Qualen erlöst.

Pankow.

Ein dreister Raubanfall ist in der gestrigen Nacht in der Wollankstraße 64a verübt worden. Der dort wohnhafte Kaufmann Becker hatte sich gegen 1 Uhr auf dem Heimwege befunden, als er plötzlich in der Nähe seines Wohnhauses von einer Rotte junger Burschen umzingelt wurde. B. vermochte sich weder rückwärts noch vorwärts zu bewegen und in Anbetracht der großen Uebermacht zog er es vor, sich ruhig zu verhalten. Einer der gefährlichen Wegelagerer forderte dann den Ueberfallenen auf, seine Taschenuhr herauszugeben. Dieser Aufforderung kam B. natürlich nicht nach. Die Uhr wurde ihm jedoch nun von den Attentätern gewaltsam aus der Tasche geraubt. Bei der kritischen Situation wagte es B. nicht, um Hülfe zu rufen. Erst als einige Passanten herankamen, ergriffen die Wegelagerer die Flucht.

Französisch-Buchholz.

Die außerordentliche Generalversammlung wählte an Stelle des Genossen Wiesberg zum ersten Vorsitzenden den Genossen Ernst Neumann. Als Bezirksleiter für den 6. Bezirk fungiert Genosse Paul Ziegelsdorf. Des weiteren ersuchte der Vorsitzende, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen.

Potsdam.

Beim Rodeln stürzte vorgestern nachmittag der 19jährige Tapeziererlehrling L. so unglücklich, daß er sich einen Oberschenkelbruch zuzog. Man schaffte den schwerverletzten jungen Mann zu seinen Eltern nach der Kolonie Cecilienhöhe und dann nach dem Krankenhause Hermannswerder.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung gelangte eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion zur Verhandlung betreffend die Vorgänge mit der Polizei am vergangenen Sonntag gelegentlich der Demonstrationsversammlungen bei Köpenick und Kumke. Die Behandlung dieser Interpellation seitens der bürgerlichen Stadtverordneten und seitens des Oberbürgermeisters zeigt der Arbeiterschaft Spandaus und namentlich der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, wie ihre Interessen dort vertreten werden. Auch nicht ein einziger der bei der letzten Stadtverordnetenwahl gewählten Stadtverordneten der dritten Abteilung außer den Sozialdemokraten hatte den Mut, einzutreten für die von der Polizei so mißachtend behandelten Arbeiter, und noch dazu von der Polizei, die auch von den Steuergroschen der Spandauer Arbeiter zum nicht geringen Teil erhalten wird. Sie schwiegen sich teils aus, teils machten sie sich noch obenein lustig. Von solchen Stadtverordneten wird die dritte Wählerabteilung in Spandau vertreten. Die Interpellation unserer Genossen lautete: Wie denkt der Oberbürgermeister als oberster Polizeichef über das Verhalten der Polizei am Sonntag und wie stellt er sich zu diesem Vorgehen? Stadtverordneter Genosse Schmidt I begründete in ruhiger und sachlicher Weise die Interpellation. Er schildert, wie in ganz ruhiger Weise die Arbeiter, welche der Versammlung bei Köpenick beigewohnt, die Pichelsdorfer Straße entlang gingen, um sich nach dem in der Schönwalder Straße belegenen Lokal von Kumke, wo auch eine Versammlung stattfand, zu begeben. Als an der Klosterstraße die Polizeibeamten in Sicht kamen, habe man den Weisungen der Beamten stets Folge geleistet. Man ging ruhig die Bürgersteige entlang, auf die man von der Polizei gedrängt wurde. Er verweise auf die gefährliche Passage in der Brückenstraße, wo man jeden Augenblick Gefahr läuft, unter die Straßenbahn zu geraten, und ferner auf den schmalen Fußgängerweg vom Bahnhof nach der Klosterstraße, wo wiederholt geschlossene Militärtruppen marschiert sind. Hier duldet dann die Polizei die Ungesetzlichkeiten, bei Aufzügen von bürgerlicher Seite marschieren die Polizeibeamten vorauf und schaffen Bahn. Was dem einen recht sei, müsse auch dem andern billig sein. Redner schildert nun weiter, wie die Beamten die sich stauenden Personen hin und herzerrten, wie der Berittene doch wieder auf den Bürgersteig zwischen die ruhig ihres Weges gehenden Arbeiter sprengte. Er richte die Frage an den Oberbürgermeister, ob die Beamten aus eigener Initiative so gehandelt oder auf Aufforderung des Oberbürgermeisters, und wer für den eventuellen Schaden gehaftet haben würde, wenn Leute zu Krüppeln geschlagen worden wären, wie seinerzeit Biewald. Der Oberbürgermeister Koelze erklärt auf diese durchaus sachlichen Aeußerungen, daß er zwar nicht nötig und es auch bisher abgelehnt habe, über Polizeisachen Auskunft zu geben. Heute wolle er aber eine Ausnahme machen. Er wisse nicht, wie sich im einzelnen die Beamten verhalten haben, denn er war nicht dabei. Er habe nur den Auftrag gegeben, jeden geschlossenen Zug zu verhindern. Was haben die Versammlungsbesucher aus der Wilhelmsstadt bei Kumke zu tun und umgekehrt. Der Zug war der Polizei nicht gemeldet. Die Polizei sei dazu da, die Bürger vor Schaden zu bewahren, namentlich aber gegen die **Personen zu schützen, die den Staat umstürzen wollen.** (Hu! Hu!) Er verliest dann noch ein an den berittenen Polizeisergeanten Bohm gerichtetes anonymes Schreiben, in welchem dieser mit dem Tode bedroht wird, und bezeichnet diesen Beamten als einen pflichttreuen. Der Stadtverordnete und Kriegervereinler Krempf gibt dann auch seine Weisheit zum besten über einen Vorgang in der Schützenstraße in der Nähe des Seitzschen Lokals, wo auch der berittene Polizeisergeant mit seinem Gaul auf den Bürgersteig zwischen die Menge ritt und was man diesem Beamten alles zugerufen. Stadtverordneter Genosse Pieper erwidert auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters, daß die Sozialdemokraten ebenso Steuerzahler seien wie die anderen, und daß sie sich das Recht nicht nehmen lassen werden, wenn es ihnen beliebe die Lokale zu wechseln, dies auch zu tun. Genosse Pieck erklärt, die Männer, die am Sonntag die Straße betreten, waren der Kern und die Elite der Arbeiter. Gegen diese sei man vorgegangen wie die Kosaken. Nur der Ruhe des Proletariats sei es zu danken, wenn nichts geschehe. Nunmehr trat der Stadtverordnete und konservative Landtagsabgeordnete Lüdicke, der kurz zuvor erst den Saal betreten hatte, auf den Plan. Er stellte die jeden ernst denkenden Menschen zum Lachen reizende Behauptung auf, nur der Besonnenheit der Beamten sei es zu danken, daß nichts passiert sei. Der komische Herr sah wohl schon im Geist die leibhaftige Revolution und einige abgeschlagene Bourgeoishäupter vor sich, sonst hätte er eine solche Behauptung gegenüber ruhig ihres Weges gehende Arbeiter, die erst von der Polizei provoziert wurden, nicht aufstellen können. Ihm würdig zur Seite stellte sich der Verleger des Spandauer Schleifsteins Schob. Ein angenommener Schlußantrag machte der Debatte ein Ende. Die Spandauer Arbeiter werden sich ja diese Nichtachtung ihrer Interessen wohl merken und bei passender Gelegenheit die Quittung darüber erteilen. Es wurde jetzt in die Etatsberatung eingetreten. Zunächst stand der Krankenhausetat zur Beratung an. Der Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 248 019 M. und erfordert einen städtischen Zuschuß von 104 401,84 M. Der hierzu gehörige Siechenhausetat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 18 669,25 M. Der Etat wird genehmigt. — Der Wasserwerksetat wird von der Versammlung in Einnahme und Ausgabe mit 308 000 M. festgesetzt, ebenso der Kanalisationsetat in Einnahme und Ausgabe mit 324 000 M. und der Elektrizitätsetat in Einnahme und Ausgabe mit 273 900 M. Der Schuletat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 929 382 M. ab. Einen breiten Raum der Debatte bei diesem Etat nimmt die Schularztfrage ein, die unsere Genossen Pieck, Pieper und Schmidt I vertreten, und beantragen 5000 M. in den Etat einzustellen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Hiernach werden die Wahlen der ständigen Ausschüsse und Deputationen vorgenommen. Erwähnt sei hierbei, daß von den sozialdemokratischen Stadtverordneten gewählt wurden: Pieck in den ersten, Schmidt I in den dritten Ausschuß. Pieck in die Gasdeputation, Pieper in die Krankenhausdeputation und in die Straßenreinigungsdeputation, Pieck in die Wasserwerks- und Kanalisationsdeputation. Wegen vorgerückter Zeit wurden einige Nummern vertagt.

Vermischtes.

Vulkanischer Aschenfall. Eine überraschende Entdeckung hat man gestern in dem benachbarten Eberswalde gemacht. In den letzten Tagen hatte sich in dem Orte und in der weiteren Umgebung eine starke Staubentwickelung bemerkbar gemacht. Besonders in den Abendstunden traten die seltsamen Erscheinungen ein. Der Staub, der gemeinsam mit Regen niederging, wurde gegen die Fensterscheiben geschlagen und auch der Erdboden wurde mit einer dünnen Schicht feinsten Staubes überzogen. Eine Untersuchung des Staubes mit dem Mikroskop ergab, daß vulkanische Mineralteilchen in reichem Maße darin enthalten waren. Es konnten auch vereinzelte Teilchen vulkanischen Glases festgestellt werden. Ueber die Beschaffenheit des Staubregens werden noch weitere genauere mikroskopische und chemische Untersuchungen vorgenommen werden.

Explosion. Nach einer Meldung aus Klagenfurth hat in Hermagor im Hause des Schlossermeisters Wilhelm eine Acetylengas-Explosion stattgefunden. Hierbei wurde ein Dienstmädchen getötet und mehrere Lehrlinge lebensgefährlich verletzt, während das Haus fast gänzlich demoliert wurde und einzustürzen droht.

Der Dampfkessel. Einer Meldung aus Siegen zufolge explodierte in der Anstoßer Mühle bei Freudenberg ein Dampfkessel. Der Sohn des Besitzers wurde getötet, zwei weitere Personen so schwer verbrüht, daß sie hoffnungslos daniederliegen.

Erdrutsch. Zu Augsburg fanden infolge des Rutschens vom Erdreich zwei Frauen ihren Tod, ein Mann wurde noch lebend ins Krankenhaus gebracht.

Untergegangener Dampfer. New Yorker Meldung zufolge sind, wie von dort berichtet wird, Teile des Verdecks und eine Anzahl Kisten von dem englischen Dampfer „Hartfield" bei Vancouver angeschwemmt. Man nimmt an, daß der Dampfer mit 30 Personen an Bord untergegangen ist.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 19. Januar, vormittags 8¾ Uhr, in der neuen Gemeindehalle, Pappel-Allee 15—17: Versammlung mit freireligiöser Vorlesung. — Vormittags 10¼ Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Prof. Dr. A. Gehrke: „Hilf Dir selbst." Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Verein der Buchdrucker und Schriftgießer zu Rixdorf-Britz. Heute abend 9 Uhr im Lokale des Herrn Hoppe, Hermannstr. 49: Vereinsversammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg.) Filiale Berlin 3. Heute abend 8½ Uhr bei Kayser, Reichenberger Straße 157. — Filiale Berlin 6. Heute abend bei Erick, Gleimstraße 7. — Filiale Berlin 7. Sonntag vormittag 10 Uhr bei Hoffmann, Pasewalker Straße 3. — Filiale Berlin 9. Heute abend 8½ Uhr bei Gundlach, Waldenserstraße 24. — Filiale Berlin 10. Sonntag vormittag 10 Uhr bei Faber, Stephanstraße 11. — Filiale Charlottenburg. Heute abend 8½ Uhr im Volkshause, Rosinenstraße 3. — Filiale Rixdorf. Heute abend 8½ Uhr bei Thiel, Bergstraße 152. — Filiale Rummelsburg. Heute abend 8½ Uhr bei Tempel, Alt-Boxhagen 56.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, ☞ Fahrstuhl ☜ wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

E. S. 100. 1. bis 3. Nein. Stellen Sie die Klage beim Gewerbegericht an. — **R. S. 200.** Es genügt die Adresse an die Oberstaatsanwaltschaft, Markgrafenstr. 87. — **W. Sch. 100.** Es könnte Geld- auch Haftstrafe bereits ausgesprochen sein. Außerdem kann aber Einstellung in das Militär erfolgen, wenn Ihr Schwager noch nicht 42 Jahre alt ist. — **G. P. 60.** Eine Klage auf Schadenersatz gegen Ihre Wirtin hätte Aussicht auf Erfolg. Die Klage ist beim Amtsgericht anzubringen. — **F. B. Hochstädterstraße 14.** 1. Nein. 2. und 3. Die Ehefrau könnte auf Scheidung klagen, ebenso umgekehrt der Ehemann. — **Ella 1880.** Da die Klägerin die Beleidigung zu beweisen hat, in dem von Ihnen angeführten Fall aber Beweismittel nicht vorhanden sind, so wäre eine Klage zwecklos. — **G. L. 138.** Der Vertrag ist gültig, wenn Ihre Frau großjährig ist. Durch den Vertrag ist aber nur Ihre Frau, nicht Sie gebunden. — **L. F. 100.** Ihr Freund kann sich hier als Einjähriger melden. — **H. P., Schöneberg.** 1. Nein. 2. Die Höhe einer Abfindungssumme für außereheliche Alimente unterliegt freier Vereinbarung, muß aber nicht nur vom Vormund, sondern auch vom Vormundschaftsgericht genehmigt werden, um gültig zu sein. — **D. 100.** Wir raten nicht zum Beitritt in die Kasse. — **Artikel 3.** Wenden Sie sich zunächst mit einem Gesuch an den Kriegsminister. — **E. B. 100.** Die Ehescheidungsklage ist in Ihrem Falle nicht ohne Aussicht auf Erfolg, jedoch dürfen die Gründe, welche die Ehescheidung rechtfertigen, in den letzten sechs Monaten vor Anstellung der Klage sich ereignet haben. — **A. P. 100.** Wenden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Prinzenstraße 66, bei Hinz. — **E. R. in R. R.** Die Schulbehörde ist berechtigt, auch über acht Jahre hinaus das Kind in der Schule zu behalten, falls das Kind die nötige Reife noch nicht erlangt hat. Der Betreffende soll um Entlassung einkommen, das Gesuch ist zunächst an den Rektor, dann in Ihrem Falle an die Regierung zu richten. — **J. 100.** 1. und 2. Eine Wiederaufnahme des rechtskräftigen Verfahrens wäre nur möglich, wenn Sie die von Ihnen angeführte Tatsache erst nach der Rechtskraft des Urteils erfahren haben. 3. Ja. Die Frau kann sowohl (ebenso Sie) gegen den Pfändungsbeschluß Beschwerde erheben, wie auch klagen. — **K. H. 27.** Sie brauchen der Kirchenbehörde die gerichtliche Bescheinigung über Ihren Austritt nicht vorzulegen. Teilen Sie mit, wann und wo Sie ausgetreten sind und verlangen Sie innerhalb 14 Tage die Mitteilung, daß auf Zahlung verzichtet wird und erklären Sie, daß Sie reklamieren. Ferner können Sie nach fruchtlosem Ablauf der 14 Tage bei der Staatsanwaltschaft den Antrag stellen, das Verfahren wegen versuchter Erpressung gegen den für die Einforderung Schuldigen einzuleiten. — **X. Y. Z. Ja.**

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 16. 1. cm	seit 15. 1. cm[1]	Wasserstand	am 16. 1. cm	seit 15. 1. cm[1]
Memel, Tilsit	286[4]	+2	Saale, Grochlitz	140	+4
Pregel, Insterburg	84[4]	−3	Havel, Spandau[2]	96	−4
Weichsel, Thorn	218[4]	−2	„ Rathenow[2]	148	+4
Oder, Ratibor	132[4]	−6	Spree, Spremberg[2]	100	0
„ Krossen	138	0	„ Beeskow	155	−1
„ Frankfurt	265[4]	−2	Weser, Münden	−67	−15
Warthe, Schrimm	168	−4	„ Minden	−4	−6
„ Landsberg	130[4]	+16	Rhein, Maximiliansau	280	0
Netze, Vordamm	110[4]	+1	„ Kaub	82[4]	−7
Elbe, Leitmeritz	−34	−1	„ Köln	83[4]	−23
„ Dresden	−168[4]	+7	Neckar, Heilbronn	13	−1
„ Barby	92[4]	−2	Main, Wertheim	101	+1
„ Magdeburg	85[4]	+2	Mosel, Trier	71[4]	−12

[1] + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2] Unterpegel. — [3] Eisstand. — [4] Treibeis.

Pharus-Säle
Müllerstr. 142.
Sonntag, 19. Januar
im Titanen-Saal:
Große Soiree der Viktoria-Sänger.
Im Empire-Saal:
Großer Ball.

Happoldts
Neuer Konzertsaal.
Sonntag:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang 5 Uhr.

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.
Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an:
Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken) . . pr. Ztr. 97 Pf.
„ Pfännerschaft . . . 1,02 M.
„ Ia Diamant pr. Ztr. (110 bis 120 Stck.) . . . 1,05 M.
„ Ia Ilse u. Afw. . . . 1,05 M.
„ Ia Anthrazit Cadsb. Ztr. 2,40 M.
Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 18. Januar.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Auf Rissenskoog.
Deutsches. Die Räuber.
Kammerspiele. Aglavaine und Selysette. (Anfang 8 Uhr.)
Thalia. Er und seine Schwester.
Anfang 8 Uhr.
Lessing. Kaiser Karls Geisel. (Anfang 7½ Uhr.)
Lortzing. Das Glöckchen des Eremiten. Nachmittags 3½ Uhr: Rumpelstilzchen.
Lustspielhaus. Panne.
Neues Schauspielhaus. Wollenkratzer. (Anf. 7½ Uhr.)
Berliner. Blaubart.
Neues. Baccarat.
Kleines. Mandragola.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Gebildete Menschen.
Schiller Charlottenburg. Rosmersholm.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Madame Sans Gêne.
Weiten. Ein Walzertraum.
Theater an der Spree. Hokuspokus.
Komische Oper. Tiefland.
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Residenz. Ganz der Papa.
Luisen. Krieg im Frieden.
Nachmittags 4 Uhr: Max und Moritz.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Bernhard Rose. Die arme Mieze. Nachmittags 3 Uhr: Frau Holle.
Bürgerl. Schauspielhaus. Geschlossen.
Carl-Haverland-Theater. Spezialitäten.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Hymack. La bella Alexia. Gentes.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Mal was anderes. Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen.
Parodie. Nachtasyl. Rosenmontag. Tannhäuser.
Kasino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Wintergarten. Robert Steidl. Spezialitäten.
Passage. Die singenden Engelsköpfe. Spezialitäten.
Borussia-Variété. Ackerstr. 6/7. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Hörsaal abds. 8 Uhr: Prof. Donath: Die Entstehung des musikalischen Tones und der Tonleiter.
Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.

Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters
Abends 8 Uhr:

Blaubart

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

Baccarat.

Hierauf: Vision der Salome.
Sonntag und Montag: Baccarat. Hierauf: Vision der Salome.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:

Mandragola.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein Puppenheim (Nora). Abends: Mandragola.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Ein Walzertraum.** Operette von Oskar Straus.
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Madame Sans Gêne.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl. Abends 8 Uhr: König Heinrich.

Lortzing-Oper.

Belle-Alliance-Straße 7/8.
Nachm. 3½ Uhr: **Rumpelstilzchen.**
Abends 8 Uhr:
Das Glöckchen des Eremiten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Freischütz. Abends 7½ Uhr: Die Zauberflöte.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34.
Nachmittags 3 Uhr:
Max und Moritz.
Abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Krieg im Frieden. Abends zum erstenmal: Wallensteins Tod.
Montag: Wallensteins Tod.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Donath: Die Entstehung des musikalischen Tones und die Tonleiter.
Theater 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.

Residenz-Theater.

— Direktion: **Richard Alexander.** —
Abends 8 Uhr:

Ganz der Papa.

Schwank in 3 Akten von Mars und Desvallières. Deutsch v. M. Schönau. Baron des Aubrais: Rich. Alexander.
Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**
Dienstag, den 21. Januar zum erstenmal: **„Bibi."**

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:

Panne.

Zentral-Theater.

Gastspiel des Hebbel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

Theater an der Spree

Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke
Täglich 8 Uhr:

„Hokuspokus"

Neueste Berliner Gesangsposse.
Sonnabend u. Sonntag ausverkauft
Sonntag 3 Uhr z. 2. M.: **Ausgewiesen**

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurterstr. 132

Die arme Mieze.

Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.
Nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Frau Holle.
Sonntag: Die arme Mieze.

Rixdorfer Theater

Bürgersäle, Bergstraße Nr. 147.
Sonntag, den 19. Januar 1908:
Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater des Westens).

Der Troubadour.

Oper in 4 Akten von Verdi.
Anfang 7½ Uhr.

Apollo Theater

Abends 8 Uhr:
La belle Alexia, die Königin des Tanzes.
Walzerwahn von Mary u. Alfred Marquard.
Siegwart Gentes in seiner **Opernprobe.**
Hymack, der Mann mit den Handschuhen.
Die 3 goldenen Jungfrauen.
Sonntag nachm. 3½ Uhr (kleine Preise) Familienvorstellung.

Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.

Das muß man seh'n!!

Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.
Rauchen gestattet.
Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Winter Garten

Neues Programm.
Ruth St. Vincent
Gesangskünstlerin.
Kaufmann-Truppe
reizende Radfahrkünstlerinnen.
Roches Affen
Der Affe als Kapellmeister.
Robert Steidl
der beliebte Humorist, und viele andere
erstklassige Spezialitäten.

Parodie-Theater.

Dresdenerstr. 97. Anfang 8½ Uhr.
Zum **76.** Mal:
Zapfenstreich.
Tannhäuser.
Monna Vanna.
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise: **Das Ungeheuer. Zapfenstreich. Monna Vanna.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.
Volksstück in 3 Aufzügen von Viktor Léon.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Hermannsschlacht.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
Schauspiel in 4 Aufz. v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)

Sonnabend nachm. 6 Uhr: Erster Vortrag von Prof. Dr. **Paul Schubring.** Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken im Anschluß an die Schätze des Kaiser-Friedrich-Museums. Mit Lichtbildern.
Sonnabend abends 9 Uhr: Erste Vorlesung von Dr. **Max Burckhardt: Das deutsche Lied.**

Haben Sie schon

die

Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Biogr.-Theater „Westend"

Neu! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5—11 Uhr.
Sonntags von 3—11 Uhr.
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Steiger Eingang von Neuheiten.

Castan's Panoptikum

165 Friedrichstr. 165

Das Schlangen-Ungeheuer
mit seinen 27 Jungen.
Däumling, der kleinste Mann der Welt!

Pharus-Säle, Müllerstr. 142.

Sonntag, den 26. Januar 1908:

Kunst-Abend

arrangiert von

Margarete Walkotte.

Mitwirkende:
Margarete Walkotte, Herr **Knn Arpad,** der jugendliche Violinvirtuos, Herr **Willi Hagen,** Rezitator, Frl. **Lucy Bogathy,** moderne Sprecherin, Herr **Dallmann,** Bariton, Herr **Bernhard Nitzsche,** am Flügel.
Entree 60 Pf., im Vorverkauf. **Abendkasse 75 Pf.**
Anfang 7½ Uhr. **Anschließend Ball.**
Vorverkauf bei Herrn **Mazanke,** Zigarrenhandlung, Pankstraße 13, in der **Tabakarbeitergenossenschaft,** Kopenhagenerstraße 2, bei Herrn Restaurateur **Dejé,** Müllerstr. 82, bei Hrn. **Horsch,** Engelufer 15 und in den **Pharus-Sälen,** Müllerstr. 142.

Arnold Scholz. Neue Welt. Hasenheide No. 108—114.

Großartige, vollständig neue
Riesen-Festsaal-Dekoration
aus der Theatermalerei **Franz Schulz,** Pappel-Allee.
Täglich! Täglich! Täglich!
Großes Bayerisches Bockbier-Fest.
Baron Muckis Bauernkapelle.
Tirolertruppe Max vom Heede. — 30 bayrische Madl.
Sonntags drei Kapellen.
Anfang: Wochentags 7 Uhr. Entree 30 Pf. Anfang: Sonntags 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Ausnahmepreise für Januar

Essenträger, gefüllt
mit Melangemarmelade
90 Pf.
so lange der Vorrat reicht.
Zu haben in allen Geschäften Berlins und Vororten, welche unsere Waren führen.
Hermann Meyer & Co., Akt.-Ges.

Zirkus Schumann

Heute Sonnabend, 18. Jan., abs. 7½ Uhr:
XVIII. Grande Soirée High Life.
Exquisites Programm.
Debüt! **The 3 Elrados**
in ihren unübertroffenen Leistungen.
Klein-Family
hervorragende Radfahrkünstler.
— Um 9½ Uhr zum **27.** Male —
Ende 11 Uhr:

Amerika

z. Z. der Sklaverei u. Trachten von 1861—1863.
Wildes Manöver. Der Rauh-Reiter. Brandkatastrophe in einem Hotel, löschen mit natürlicher Dampffeuerspritze. Feuerwehr aller Nat.
Morgen Sonntag: 2 Vorstellungen. 3½ Uhr — 7½ Uhr. Nachmittags: Die lustigen Heidelberger. **1 Kind frei,** weitere **Kinder** zahlen **halbe Preise.**

W. Noacks Theater

Direktion: **Rob. Gill.** Brunnenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.** Sonntag:
Der Sonnwendhof.
Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. Tanz.
Montag: **In der Irre.**
Dienstag **Benefiz Karl Reich: Police H. 24.**

Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
Der Gipfel
Herrnfeld'schen Humors

Papa und Genossen.

Sonntag nachmittag 3 Uhr bei halben Preisen:
Endlich allein!
und
Der Fall Blumentopf

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große Programm.
Die erste Sensation im neuen Jahr:
Der Kraftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne musikalisch Ausstattungsakt.
Mestrum, Komiker.
Prolongiert! Prolongiert!
12 Akrobaten Lorch 12.
46 Varietékünstler.
Tunnel: **Bockbierfest.** Regimentskapelle, Tiroler Schrammeln.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Sanssouci

Kottbuser Straße 6
Direktion: **Wilhelm Reimer.**

Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Beg. Sonnt. 5, Wochent. 8½
Morgen: **Gr. Elite-Soirée. Tanz.**
Dienstag, den 21. Jan.: **3. große Spezialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Künstler.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm.
Die berühmte Jahnke-Compagnie,
Zahnathleten ohne Konkurrenz.
Vater und Sohn.
Volksstück mit Gesang.
Außerdem: **16 Spezialitäten.**
Jeden Abend: **Duskes Kinematograph.**
Jeden Sonnabend nachmittag 3½ Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
10, 20 und 30 Pf.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachm.: **Gastons Frauen.**

Infolge der Wahlrechts-Demonstrationen

war es am vorigen Sonntag vielen Interessenten nicht möglich, unsere **Eröffnungs-Vorstellung** zu besuchen. Auf vielseitige Anregung findet deshalb am nächsten

Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr

eine Wiederholung des **zwölf Jahre polizeilich verboten gewesenen** sozialen Dramas **„Ausgewiesen"** von Karl Böttcher statt. 101/15*

Die Leser des **„Vorwärts"** erhalten hierzu Billetts zum Ausnahmepreise von **95 Pfennigen!** **Nur** gegen Abgabe **dieser** ausgeschnittenen Anzeige an der Theaterkasse des **Theaters an der Spree,** Köpenickerstr. 68.

Diese Anzeige berechtigt zur Entnahme von **2** Parkettfauteuil-Plätzen.

„Freiheitliche Bühne."

XIII. Saison.

Zirkus Busch

Sonnabend, den 18. Januar 1908, abends 7½ Uhr: **Gala-Abend.** Auftr. des Herrn Kommissionsrat **Gustav Stensbeck,** Direktor des Berliner Tattersalls als **Gast.** Zu 1. Male: Auf **Count Moritz** v. Masch Box a. d. Borealis, import. von der Firma k. k. Hofl. Gebr. Weltmann. **Bros. Clarkonianks** aus Amerika. Das Phänomenalste a. d. Gebiet d. Luftgymnast. **The Kremo Family,** 10 Personen. Herr Ernst Schumann, Neudreff. Um ca. 10 Uhr: **Auf der Hallig!** Gr. Manege-Ausst.-Pant. d. Zirkus Busch in 4 Bildern. **Sturm und Schiffsuntergang. Die Wunder der Tiefsee.** — Sonntag, den 19. Januar: **2 Galavorstellung.**

Heute!! Erstes großes schwarz-weiß-rotes

Karnevalfest

verbunden mit Theater- und Kabarett-Vorstellungen der **vereinigten Etablissements**
Passage-Theater,
Linden-Kabarett,
Kabarett-Bierabend.
Einheitspreis 3 M. Um 12½ Uhr die Faschingspantomime: **Die Badehose,** mit daranschließender Strandpolonäse.
Anfang des Theaters und Kabaretts 9 Uhr. Ende derselben 2 Uhr. Ab 11 Uhr: **Ball.** Ende des Festes: Morgens.
In sämtlichen Sälen d. Passage Vorstellungen. Jede Karte berechtigt zum Besuche aller drei Etablissements und aller Darbietungen.
Alles Nähere die Plakate.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags **8 Uhr.**
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

Palast-Theater

Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.
Der
Januar-Spielplan.
Les 4 Orans.
Paul Richard.
Manöverliebe.
Burleske.

Kasino-Theater.

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint — Hanni lacht
Operette in 1 Akt n. Jacques Offenbach.
Hierauf das neue bunte Programm.
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Gastspiel in 3 Akten n. M. Hennequin.
Sonntag 4 Uhr: **Biederleute.**

Theater

Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Berlins Tagesgespräch!
Mal was Anderes.
Revue in 3 Bildern.
Dunkle Punkte.
Eine anständige Frau.
Anfang 8 Uhr.

Buggenhagen

Montzplatz. im Theatersaal täglich

Albert Böhme

und das
großartige Januar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offenen, Lüttich.

Borussia-Variété-Theater und Festsäle

Inh.: **J. Leschkowski.**
Ackerstraße 6–7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftret. v. 15 Künstler-Spezialit.

Heute und morgen kommen 150 Stück 1907er
Hühner, garantiert junge beste Leger, à 2,50 M. u. 60 gewöhnl. **Zuchtenten** à 80 Pf. zum Verkauf. **F. Wegner, Berlin SO.,** Mariannenstr. 34. 101/20*

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
(Frankfurter Viertel).
Bezirk Nr. 311.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Former

Otto Brandt

Pallisadenstr. 40, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Januar, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weißensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

216/6 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Otto Brandt

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weißensee, Lichtenbergerstraße, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Johann Chudzinski

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pius-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

110/15 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Köpenicker Viertel.)

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Karl Eitner

Oppelnerstr. 7
am 4. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

216/7 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, den 16. d. M., verstarb unser Mitglied, der Gastwirt

Herm. Sommer

Heidestr. 52.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gnadenkirchhofe in der Barfusstraße statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

224/7 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater, der Tischler

Karl Zarthe

am 16. Januar früh 2 Uhr nach kurzem schweren Leiden im 61. Lebensjahre verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Kaiserin-Augusta-Allee 20 nach dem Heilandskirchhof in Plötzensee statt. 25642

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Tischlers

Paul Thierse

sage ich allen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen haben, meinen tiefgefühltesten Dank. 25675

Die trauernde Witwe nebst Kind.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Minna Hoffmann

sage ich allen Freunden und Verwandten sowie dem Gesangverein „Rote Nelke I", dem Frauenbildungsverein für Schöneberg meinen herzlichsten Dank. 25685

Der trauernde Gatte nebst Kindern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Hermann Kurgan

gestorben ist. 110/14

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, besonders den Parteigenossen des 350. Wahlbezirks Teil I, sowie dem Sparverein „Süd" und „Humanität" sage ich meinen innigsten Dank.

M. Fregevize und Mutter.

Hygienische Bedarfsartikel, Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang

---

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes, des Tischlers

Max Maeding

sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten und seinen Kollegen meinen innigsten Dank. 16772

Die trauernde Witwe
Emilie Maeding.

Für die herzliche Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes 25666

Fritz Haverland

sagen wir dem Radfahrer-Bund und seinen Kollegen unseren besten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 14752*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. **10—12** Uhr.

Kranken- und Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Berlin und Schöneberg.

(E. H. K. 115.)

Sonntag, den 26. Januar 1908, vormittags 9 Uhr:

General-Versammlung

im Lokal von Obst, Meiningerstr. 8, Tunnel.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Jährlicher Kassenbericht. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Statutenberatung. 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht

281/6* **Der Vorstand.**

Zentralverband der Maschinisten und Heizer

sowie Berufsgenossen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 19. Januar 1908, nachmittags 4 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Festsetzung des Gehalts für den ersten Vorsitzenden. 2. Anträge. 3. Wahl des Vergnügungskomitees. 4. Beratung der Anträge zum Verbandstag.

Es wird ersucht, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert!

145/1 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion I.

Geschäftsstelle Berlin C. 54, Mulackstr. 10, I. — Fernsprecher Amt 3a 4519.

Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 2½ Uhr:

Generalversammlung

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Ortsverwaltung. 2. Beschlußfassung über Erhebung von Extrabeiträgen (§ 63 des Verbandsstatuts). 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist notwendig. Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert. [42/3] **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. **Verwaltungsstelle Berlin.** Charitéstraße 3. **Hauptbureau:** Hof III. Amt 3, 1987.

Montag, den 20. Januar 1908,
abends 6 Uhr:

Bezirksversammlung für Tegel und Umgegend

in Trapps Festsälen, Tegel, Bahnhofstr. 1.

Tages-Ordnung:

1. Beratung über die zurückgestellten Paragraphen des Ortsstatuts, betreffend die neue Zusammensetzung der Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle. Ref.: Kollege **A. Kohen.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung bitten wir, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Montag, den 20. Januar 1908,
abends 8 Uhr:

Versammlung aller in Eisen- u. Metallgießereien beschäftigten Former und Berufsgenossen

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag: „Nationalehre—Standesehre".** Referent: Kollege **Bahn.** 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Kollegen! Wir ersuchen Euch, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß Broschüren im Bureau zu haben sind betreffend die Verhandlungen des Reichstages über den Gesetzentwurf betr. die gewerblichen Berufsvereine. Für Mitglieder ist der Preis 25 Pfennig (Buchhändlerpreis 75 Pfennig).

110/13 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr,
im Volkshause, Rosinenstraße 3:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht und Abrechnung vom 4. Quartal 1907. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Anträge und Wahl von zwei Delegierten zum Gautag. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 78/1

Die Pflicht jedes Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Stukkateure!

Montag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Meier,
Sebastianstraße 39:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom vierten Quartal und Jahresbericht der Ortsverwaltung. 2. Diskussion. 3. Neuwahl aller Funktionäre. 4. Verschiedenes.

Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. 173/2

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands.

Ober-Schöneweide.

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein 14782*

Weiß- und Bayrischbier-Lokal.

Eduard Sielot,
Reuleaux-Ohmstraßen-Ecke.

Frisch gesalzenes **Schweinestückenfleisch** (Rippen-, Rücken-, Backenstücke, Schnauzen, Ohren, fleischige Pfoten), feine Delikatesse, versendet in 10 Pfund Postkollis für nur 3,60 M. Bahnkübel enth. 25 u. 50 Pfd. per Pfd. 34 Pf. ab hier unter Nachnahme; Nichtgefall. retour. 9 Pfd. Holsteiner Holländer. Käse 3,20 M. 286/6*

Heinrich Krogmann, Norderdorf i. Holst.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit.

Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst.

Die Herkules-Hose **4 M. 50**

Monteur-Jacketts „Edison", echtblau Köper oder Drell **2 M. 65**
Monteur-Hosen „Edison", echtblau Köper oder Drell **2 M. 25**
Manchester-Hosen Gambrinus **6 M. 50**
Manchest.-Jacketts Gambrinus **11 M. 50**
Maler-Kittel . . . . . 3,50, **2 M. 40**
Mechaniker-Kittel (braun) 3,35, **2 M. 75**
Weiße Lederhosen . . . . . 4,50, **3 M.**
Kessel-Anzüge . . 7,25, 6,—, **5 M. 50**
Weiße Jacketts für Friseure, Kellner, Konditoren, Köche usw.

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

Chausseestr. 29/30. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Haupt-Katalog gratis und franko.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 14712*

Nachdruck verboten!

Neuer Vorteil
für Berlin u. Vororte.

Wegen getroffener Disposition fürs Frühjahr 1908 hält das **Versandhaus Stralauerstraße 28,** hochparterre, a. Molkenmarkt,

Ausverkauf

sämtlich. **Winterpaletots** und **Anzüge,** die aus Maßstoffen aufgearbeitet, zu Räumungspreisen, auch gegen wöchentliche **Teilzahlung** von **1** Mark an.

Zwecks Maßanfertigung besucht Sie auf Wunsch unser Stadtreisender mit Mustern.

Kein Waren-Kredithaus.
Reelle Bedienung.
Auch Sonntags geöffnet.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefern elegante fertige 15523
Herren-Garderoben
Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maaß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37,
Eingang Strausberger Platz.

Die letzten Stunden schlagen

für den **großen Inventur- u. totalen Räumungs-Ausverkauf** im

Konfektionshaus Westmann

Hauptgeschäft: Berlin W., **Mohrenstr. 37a,** an den Kolon., nahe Hausvogteiplatz,
Filiale: Berlin NO., **Gr. Frankfurter Straße 115,** 2. Haus an der Andreasstraße,

darum, Damen, **zögern Sie keine Minute,** beeilen Sie sich!!!

Plüschmäntel, Astrachanmäntel, Abendmäntel, Röcke, Kostüme, Blusen, Kinderkonfektion usw., darunter **Original-Modelle, Reisemuster und Kopien, auch für die stärksten Figuren am Lager**

in 5 Preislagen.

Preisl.	1	2	3	4	5
früher	M. 18	M. 30	M. 50	M. 90	M. 160
heute nur	M. 6	nur M. 10	nur M. 16	nur M. 30	nur M. 55

Bei Einkauf von M. 20.— an gebe ich, soweit der Vorrat noch reicht, einen blauen Kinderkragen mit Capuchon für Kinder von 1—13½ Jahren oder ein Kinderpyjak gratis.

Sonder-Angebot

für **Pelzkonfektion,** wie **Pelzjacketts, Muffen, Stolen in Persianer, Nerz, Nerzmurmel** usw.

in reicher Auswahl und äußerst billig!

Meine Trauermagazin für Damen- u. Mädchen-Garderobe befindet sich unverändert Mohrenstraße 37a.

Sonntags geöffn. 8-10, 12-2 Uhr.

Preise u. Auswahl konkurrenzlos.

Beachtung d. Firma u. Haus-No. im eigenen Interesse geboten.

Nachmittags ist in meinen Verkaufsräumen meistens starker Andrang, desh. wiederhole ich m. Bitte, die Einkäufe bei mir mögl. vorm. zu bewirken.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler

und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen

finden statt:

Bezirk A am **Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10½ Uhr,** im **Gewerkschaftshaus,** Saal 5.
„ B am **Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10½ Uhr,** bei **Ehlert,** Wienerstr. 25.
„ C am **Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr,** bei **Schulz,** Alte Jakobstr. 18/19.
„ D am **Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10½ Uhr,** bei **Hummel,** Sophienstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht pro 4. Quartal 1907. 3. Verschiedenes.

281/18 **Die Ortsverwaltungen.**

Herren-Stoff-Reste zu Herrenanzügen **spottbillig,** feinste Fabrikate, Kammgarne, Cheviots, **neueste Muster** von **4 M.** an per Meter, **reine Wolle.**

Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Alexanderplatz.)

Wer — Stoff — hat fertige Herrenanzug, **20 Mk.** **ohne Konkurrenz** 2 Anpr., feinste Zut. Für gut. Sitz bekam **gold. Medaille.**

Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Alexanderpl.) Gegr. 1892

Spezialität: kompletter Anzug nach Maß **„Napoleon"** Mk. 36,00.

! Ein Versuch führt zur dauernden Kundschaft !

!! Ohne Konkurrenz !!

Möbel

Fabrik Richard Fuhrmann am Winterfeldt-Platz
Gleditschstraße 47/48
Tischlermeister

empfiehlt komplette Wohnungseinrichtungen, von einfachsten bis zu den elegantesten, billigste Fabrikpreise. **1 Zimmer und Küche 295 M.** Großes Lager in Herren- und Speisezimmern. Nur den **„Vorwärts"-Lesern** gewähre bei Barzahlung 3 Prozent Rabatt.

Langjährige Garantie. — Sonntags geöffnet von 8—10, 12—2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Versammlungen.

Gegen die Schankkonzessionssteuer.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung, die am Donnerstag nachmittag in Freyers großem Saal stattfand, legten die Berliner Gast- und Schankwirte einen scharfen Protest gegen die Einführung der Konzessionssteuer ein. Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn führte in seinem Referat aus, daß die Schank- und Konzessionssteuer nicht im Wege der Reichsgesetzgebung, sondern durch den preußischen Landtag eingeführt worden ist, und zwar auf Grund des Kommunalabgabengesetzes von 1893. Im April 1906 wurde vom Landtag das Abgabengesetz für die Gemeinden und Provinzen angenommen und die Folgen bekamen bald die Gast- und Schankwirte aller Orten zu spüren. Sie wurden überall als das am meisten geeignete Steuerobjekt angesehen und sie konnten nichts dagegen tun, weil sie versäumt hatten, beizeiten durch eine kräftige Organisation gegen eine Gesetzgebung, von der sie allen Nachteil hatten, Front zu machen. Die Konzessionssteuer, wie sie jetzt erhoben wird, kommt einer Strafe auf die Ausübung des Gastwirtsgewerbes gleich; sie beträgt oft zehn Prozent des Anlagekapitals. Wenn den Gastwirten gesagt wird, sie würden dadurch vor der Konkurrenz geschützt, so ist dies nichts als Heuchelei. Die Steuer steht in einem schreienden Widerspruch zu der Reichsgewerbeordnung und trifft gerade die kleinen Wirte am härtesten, denn sie werden im Verhältnis zu ihrem Vermögen viel schärfer und auch häufiger zu der Konzessionssteuer herangezogen, als die Inhaber großer Etablissements. Der Kampf gegen diese Steuer ist aber nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein politischer. Man schicke Männer in den Landtag und in den Reichstag, so forderte der Redner, die die Interessen derjenigen vertreten, die durch die jetzige Gesetzgebung schwer benachteiligt werden. (Starker Beifall.) Der Redner brachte viele Beispiele vor von der Ungerechtigkeit der Steuer. Die folgende Resolution wurde von der Versammlung angenommen:

Die am 16. Januar in Freyers Festsälen zahlreich versammelten Gast- und Schankwirte Groß-Berlins protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die in den verschiedenen Kreisen und Gemeinden Preußens zur Einführung gelangten Schankkonzessionssteuer. Die Versammelten sind der Ansicht, daß die Steuer gegen den Wortlaut der Reichsgewerbeordnung verstößt und sie erwarten, daß die parlamentarischen Vertreter des Volkes geeignete Schritte zur Abänderung dieser, den gesamten Gastwirtestand wie das ganze Volk schwer bedrückenden Steuer unternehmen werden.

Paul Litfin hielt dann noch einen Vortrag über „Die gegenwärtige Lage im Gastwirtsgewerbe."

Witterungsübersicht vom 17. Januar 1908.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 8 U. m.
Swinemünde	762	W	3	Nebel	4
Hamburg	763	WSW	2	Nebel	5
Berlin	764	W	2	Regen	5
Frankf. a. M.	769	W	1	bedeckt	2
München	771	SW	4	bedeckt	3
Wien	772	N	1	Nebel	—7
Haparanda	740	Still	0	bedeckt	—2
Petersburg	746	WSW	3	bedeckt	2
Scilly	761	SW	5	bedeckt	10
Aberdeen	750	SSO	3	bedeckt	9
Paris	769	SSW	2	bedeckt	4

Wetterprognose für Sonnabend, den 18. Januar 1908.

Mild und zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

Von Sonnabend, den 18., bis Donnerstag, den 23. Januar cr.

so lange Vorrat

Sonder-Angebot

in

Porzellan bunt

Kaffeeservice für 6 Personen, 9 teilig		2.45 2.95
Kaffeeservice für 2 Personen		98 Pf.
Kaffeekanne	Stück	48 Pf.
Milchtöpfe ca. 1 Liter Inhalt	Stück	23 Pf.
Milchtöpfe Satz 6 Stück		98 Pf.
Tassen bunt und weiss mit Gold	Paar	18 Pf.
Tassen blau Unterglasur	Paar	25 Pf.
Theekanne	Stück	28 Pf.
Dessertteller	Stück	13 Pf.
Butterdosen	Stück	48 Pf.
Kompotts	Stück	8 Pf.

Porzellan weiss

Speiseteller	Stück	10 18 Pf.
Dessertteller	Stück	5 Pf.
Saucieren	Stück	48 Pf.
Terrinen	Stück	98 Pf.
Kartoffelschüssel mit Deckel		75 Pf.
Bratenplatten oval		38 60 75 98 Pf.
Salats	Stück	48 55 65 Pf.
Kaffeekannen gross		55 Pf.
Kuchenteller		18 Pf.
Tassen gerippt	Paar	18 Pf.

Glas

Victoriabecher mit Gold	Stück	18 Pf.
Zuckerschalen	Stück	10 Pf.
Cacesdosen	Stück	48 Pf.
Groggläser gepresst	Stück	8 Pf.
Groggläser geschliffen	Stück	20 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Gaskocher 2 Brenner, 2 Kochlöcher		8.50
Gaskocher 2 Brenner, 4 Kochlöcher		11.50
2 Gas-Plätten mit Erhitzer		4.95
Wirtschaftswagen		1.45
Reibemaschinen		1.10 1.25 1.65
Wringmaschinen (Garantieware)		10.75 11.75 13.75
Waschmaschinen „Marke Hausfrau"		26.50
Heizröhren		0.98 doppelt 1.65
Waschfässer starkes Zink		10.75 12.75
Zober starkes Zink		10.75 12.75
Solinger Besteck schwarz Heft	Paar	0.45 0.65
Solinger Besteck echt Ebenholz	Paar	0.85
Kaffeelöffel Britania	Dutzend	0.70 0.90 1.15
Kaffeelöffel Alpaca	Dutzend	2.00 3.00
Esslöffel Britania	Dutzend	1.20 1.90
Esslöffel Alpaca	Dutzend	5.00 8.25

Seifen

Harzkernseife	Riegel 5 Stück	40 Pf.
Palmöl-Oberschale	Riegel ca. 2 Pfund, sehr trocken	60 Pf.
10 grosse Stück Hausseife	trocken	90 Pf.
6 gr. Pak. Stein's Waschkraft	bestes Seifenpulver	95 Pf.
3 Stück Lanolin-Seife	ca. 180 gr	48 Pf.
3 St. weisse Flieder-Seife	sehr mild	48 Pf.
3 St. Iris-Veilchenseife	in fein. Verpack. anstatt 1,50	65 Pf.
6 St. feine Blumenseife	sortierte Gerüche	50 Pf.
5 St. Vaseline-Seife	ca. 120 gr	45 Pf.

Heute Sonnab., 18. Januar: **Schluss der Weissen Woche.**

Warenhaus Hermann Tietz

Frankfurter Allee 109-111

vormals **Max Mannheim** G. m. b. H.

Soweit Vorrat:

Enorm billige Angebote

Kleiderstoffe

1 Posten **Kostümstoffe** besonders haltbar Unter Preis, Meter **85** Pf.

1 Posten **Schwere Kostüm**-Stoffe, ca. 140 cm breit . . Meter **1⁷⁵**

1 Posten **Hauskleiderstoffe** doppeltbreit kariert, Mtr. **48** Pf.

1 Posten **Blusenstoffe** in feinen Farbentönen . . . . Meter **95** Pf.

1 Posten **Seiden Grenadine** für Kleider, in allen Ballfarben, Wert bis 2.50 . . . . Meter **1⁴⁵**

Grosse Posten Strumpfwaren

zum Teil weit unter Herstellungspreis

Damenstrümpfe			Herrensocken		
Plattiert Wolle		Reine Wolle	Plattiert Wolle		Reine Wolle
23 Pf.	38 Pf.	58 Pf.	18 Pf.	28 Pf.	58 Pf.

Grosse Posten Wollwaren u. Trikotagen

Normalhemden Wolle gemischt, alle Grössen **1⁸⁵**

Normalhosen Wolle gemischt, alle Grössen **1⁵⁵**

Damen- und Herrenjacken alle Grössen . . . . . **75** Pf.

Untertaillen Normal und mit Futter, alle Grössen **75** Pf.

Butterglocken Pressglas	18	22 Pf.	Kompottschalen		38 Pf.
Zuckerschalen Pressglas	12 14	18 Pf.	Kuchenteller	48	55 Pf.
Kompotteller Pressglas	5 6	10 Pf.	Honigdosen		18 Pf.

Restposten einzel. dekor. Tafelgeschirre

besonders preiswert.

Damenwäsche

Damenhemden Achselschluss m. gestickt. Passe

Nachtjacken Köperbarchent mit Languette .

Beinkleider mit Stickerei-Volant . . . .

Beinkleider gestreift Barchent mit Languette

Anstands-Röcke gestreift Barchent mit Volant und Languette . . . . . .

durchweg **1⁵⁰**

Weisses Porzellan

Teller tief	12	Pf.
Teller flach	10	Pf.
Stullenteller	8	Pf.
Terrinen	1¹⁵	
Kartoffelnäpfe mit Deckel	68	Pf.
Saucièren	38 48	Pf.
Salatschüsseln gross . . .	20	Pf.
Runde Platten	38	Pf.

Dekoriertes Porzellan

Kaffeekannen	68	Pf.
Zuckerdosen	25	Pf.
Milchtöpfe	10	Pf.
Stullenteller	18 23	Pf.
Salatschüsseln gross . . .	28	Pf.
Kuchenteller	23	Pf.
Tassen mit Untertassen	18	Pf.
Kompottschalen	8	Pf.

Ein großer Posten Emaille-Geschirre

Schmortöpfe, Schüsseln, Wasserkessel, Kasserollen, Platten etc. **ganz bedeutend unter Preis.**

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Grosse Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. +1

Gardinenhaus Grosse Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1+

Steppdecken billigst Fabrik Grosse Frankfurterstraße 9, parterre +1

Nähmaschinen. Vergütete bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 29708*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Grössen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn. Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Grosse Frankfurterstraße 60. 29338*

Hygienische Bedarfsartikel, billigste Bezugsquelle. Drogerie Weinbergsweg 1. 358*

Wenn man eine Wohnungs-Einrichtung oder einzelnes Möbelstück reell und preiswert kaufen will, so muß man hingehen nach Lehringerstraße 26, Schönhauser Tor. Besichtigung in 5 Etagen! Große Auswahl! Komplette Einrichtung 200 Mark an! Kleiderschrank, geschnitzte Füllungen, 60 Mark! Jugendstil-Schränke, passende Vertikos, Trumeaus, große Auswahl! Bin billiger wie fast alle Möbelhändler! Verkauf nur Hof im Speicher und 5 Etagen! Einzelne Möbel 30 Prozent billiger! Ankleideschränke, Säulentrumeaus, Plüschsofas, Ausziehtische, Bettstellen, Chaiselongues, Schreibtische, Umbaue, Garnituren, Büfetts, Bücherschränke, Moderne Küchen, 65 Mark an! Transport und Aufbewahrung frei! Jetzt kaufen Sie am billigsten! Lehringerstraße 26, Hof, Speicher. *

Kinderwagen, Bettstellen, billigstes Spezialgeschäft. Teilzahlung. Kottbuserdamm 12a. †57

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Riesenauswahl. Winterpaletots, Herrenanzüge, Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Teppichverkauf, Gardinenverkauf. *

Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 6,00, Hosen von 1,50, Gebrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. 25188*

Nähmaschinen. Zahle hohe Vergütung. Hauptlager aller Feister-Naumann-Systeme. Hruda, Rosenthalerstraße 19. †101*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b 918*

Kinderbettstelle, Kinderwagen, Sportwagen, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 918*

Gasbrennen, Petroleumbrennen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Borbagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Winterpaletots, Monatsanzüge wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. 265/1*

Kinderwagen, Kinderbettstelle, Sommer, Wiesenstraße 51. 2275b*

Krautstraße 50. Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig. Möbelspeicher Saalfeld. 2329b*

Anzüge, Paletots, zurückgebliebene Maßsachen nach Inventur für die Hälfte des seinstigen Wertes. Blumm u. Co., Friedrichstraße 212 I. Kein Laden! 2558b

Inventur-Ausverkauf. Sensationserregend billige Räumungspreise der noch vorhandenen hocheleganten Winterpaletots, Anzüge, Beinkleider, Mäntel und Joppen. Die Preise sind über die Hälfte herabgesetzt. Günstigste Gelegenheit zu spottbilligen Einkäufen. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 2557b

Entzückende Ballkleider, Seidenblusen, Kostümröcke, selbstgefertigt, verkauft spottbillig, Maßanfertigung. Littauer, Brunnenstraße 4. Keine Ladenmiete. 2560b

Plätterei zu verkaufen Mantelfelstraße 58. †10

Tafelkartoffeln en detail zu Engrospreisen, I. Sorte Zentner 3,45, II. 3,00, frei Haus 0,15 mehr. Rixdorf, Steinmetzstraße 113, Berlin, Stallherstraße 119. †58*

Gastwirtschaft. Wegen unheilbarer Krankheit meiner Frau verkaufe gut gehende Gastwirtschaft mit regem Fremdenverkehr (nicht Herberge), billig. Versammlungslokal von vier Arbeiterverbänden und Konsumverein, auch gut bürgerlicher Verkehr, große Ausspannung. Saalbau sehr nötig. Möbel in Mecklenburg. H. Hayer. 2556b*

Gestickte Erbsenkissenstores 3,85. Echt Spachtelstores 7,85. Sezessionskissenstores 1,75. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefebvre, Oranienstraße 158. 1148*

Sofa-Teppiche, zirka 2 Meter lang, imitierte Perser 3,35, Tapestribrüsseler 5,35, Axminster 4,65. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefebvre, Oranienstraße 158. 1158*

Vorjährige Herrenanzüge, Paletots, Hosen, neu, nach Maß bestellt, nicht abgehalt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23 II, Alexanderplatz. 702/2

Singermaschine 10,00. Prinzenstraße 77. 241/16

Parteilokal, Ecke, große Räume, Kabinetten, Vereine, Brauerei gibt 2000 Mark, verkauft Litfin, Memelerstraße 67. 2560b*

Fahrräder, verfallene, kolossal billige Winterpreise. Damenräder, Kinderräder, Riesenauswahl. Hochfeine Straßenrenner 45,00, nagelneu, gebrauchte Fahrräder, sämtlich bekannte Marken, spottbillig, 15,00 an, Fahrrad jetzt günstigster Einkauf. Leihhaus Lehmann, Neue Schönhauserstraße 11. 265/2

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 100 Mark (Garantieschein) Turmstraße 8 I. 101/17*

Eckrestaurant, Miete 1200,00, zu verkaufen. Weißensee, Langhansstraße 137. †82

Restaurant, gutgehend, verkauft Putbuserstraße 22. 2570b

9. Seifenhähne, Weibchen aufgabehalber. Schulze, Wilhelmshavenerstraße 16. †86

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555b*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunstkopierei von Frau Kokosky Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Bandwürmer mit Kopf, in Wasser oder in Spritus, kauft a Mark 2,— Limaea, Turmstr. 19. 838*

Tanzunterricht! Gruppe, Annenstraße 16. Anfängerkurse. Sonntagskurse 4,00, Dienstagskurse 5,00 monatlich. Vorortbewohnern Schnellkurse 5,00. 241/13*

Saal, Vereinszimmer Sonnabends frei. Klubhaus Adalbertstraße 16. *

Volkskomiker Albert Bevernick, Dragonerstraße 32. 2553b

Ritterstraße 104 Taschenuhren-Reinigen 0,75, Feder 0,75. 241/15

Vermietungen.

Cuxhavener Straße 1 Restaurationsgeschäft mit Wohnung, volle Schankkonzession, seit über 10 Jahre, zum 1. April 1908 zu vermieten. Preis 1600 Mark. 1256*

Wohnungen.

Prächtige Zweizimmer-Balkonwohnungen billigst Soldinerstraße 32.

Pannierstraße 20, Rixdorf, schöne Ein- bis Dreizimmerwohnungen zum April, auch früher. 2430b*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer mit Badebenutzung zu vermieten Charlottenburg, Sophie-Charlottenstraße 46, Winkler. †100*

Möbliertes Zimmer für 1—2 Herren zu vermieten Rostizstraße 52, IV links. 2313b

Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Baumschulenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnhof. 1894b

Zwei freundlich möblierte Zimmer (eins mit Pianino) vermietet Frau Star, Swinemünderstraße 29. †90

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle vermietet Frau Jacobsen, Wiesenstraße 10, III.*

Schlafstelle für zwei Herren, Steiner, Grimmstraße 23 I. 2561b

Saubere Schlafstelle vermietet Schirl, Wilhelmstraße 20, rechter Seitenflügel IV. 2562b

Möblierte Schlafstelle, separat, für Herrn oder Dame, Kottbuserdamm 100, Quergebäude III, Birke.

Möblierte Schlafstelle vermietet Emserstraße 46, vorn I, Bahnhof Hermannstraße. †58

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Kutscher, ortskundig, verheiratet, mit allen Branchen vertraut, sucht Stellung, auch als Lagerarbeiter, Bote oder dergleichen. Sicherheit vorhanden. Pfeiffer, Kreuzigerstraße 11. †62

Stellenangebote.

Taxameter-Uhrmacher, geübte, solide Leute, erhalten dauernde und gut lohnende Beschäftigung in Berlin. Offerten N. 5 an die Expedition dieses Blattes erbeten. 1248*

Vernickelungsmeister gesucht für eine Neuanlage in Dänemark. Betreffender muß selbständig sowohl Vernickelung wie Versilberung ausführen können. Gehaltsforderung und Empfehlungen in Offerten sub „Meister 373" an Aug. F. Wolff u. Co., Annoncen-Bureau, Kopenhagen, zu senden. 1266*

Selbständige Verkäuferin für Kartoffelgeschäft für Berlin, Skalitzerstraße, wird zum 1. Februar gesucht. Kaution 100 erforderlich. Eugen Raschinski, Rixdorf, Steinmetzstraße 113. †58

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41, Keller. 101/16*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Vereinskassierer

gesucht, um einen leicht verkäuflichen Artikel der Nahrungsmittelbranche gegen eine Vergütung von 1 M. für jeden neuen Kunden bei ihren Zukassogängen zu verkaufen. Offerten sub K. 3858 befördert Daube u. Co., Hamburg. 293/15*

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.